LH
159

LH 159
Sep.
R 3051. Lk.

Der lippische Thronstreit,

die

Grenzen der kaiserlichen Macht

und

deutsche Zustände.

Von

Oskar Asemissen,

Detmold.

ÖFFENTL. BIBLIOTHEK ZU DETMOLD

Lage.

Druck und Verlag von H. Welchert.

1898.

LH 159

Vorbemerkungen.

Der lippiſche Thronfolgeſtreit wird vorausſichtlich in nächſter Zeit im Bundesrate Gegenſtand eingehender Erörterungen werden. Dies und verſchiedene andere Umſtände haben die Veröffentlichung des erſten Teils dieſer Broſchüre und dieſer ſelbſt veranlaßt, trotzdem dieſe noch nicht vollſtändig durchgearbeitet, ſyſtematiſch geordnet und in einigen Teilen auch nicht zum vollen Abſchluſſe gekommen iſt. Es iſt fraglich, ob eine Vervollſtändigung bei der ungewöhnlich großen Arbeitslaſt des Verfaſſers überhaupt im Laufe der nächſten Zeit möglich iſt. Ebenſo ungewiß iſt, ob ſpäter der Zweck der Broſchüre überhaupt noch oder beſſer erreicht werden kann. Dieſer iſt der Hauptſache nach darauf gerichtet, das Augenmerk auf die zeitigen und dauernden Quellen der Sozialdemokratie zu lenken und eine von den bis jetzt beobachteten Gebräuchen abweiſende Behandlung dieſer anzuregen. Bislang ſind die Quellen der im deutſchen Vaterlande klar hervortretenden Mißſtände nicht in einem Staatsweſen genügend ſcharf und ſchonungslos offen gedeckt. Lippe bietet hierzu überhaupt und gerade jetzt nach allen Richtungen hin eine ganz vorzügliche Gelegenheit und iſt eine wahre Fundgrube für Forſcher auf dem Gebiete der Sozialpolitik. Wie in Lippe die künſtliche Fiſchzucht ſchon im vorigen Jahrhundert erfunden iſt, ſo kann man auch behaupten, in Lippe iſt die erſte und kräftigſte künſtliche Zucht der Sozialdemokratie betrieben. Lippe hat es nur verſtanden, die Erzeugniſſe der künſtlichen Fiſchzucht für ſich zu behalten und die Produkte der ſozialdemokratiſchen Brutanſtalten durch allerlei künſtliche Mittel in anderen Staaten und Ländern unterzubringen. Heiratsbeſchränkungen, Entziehung der Gelegenheit zur Anſiedelung, Verbot von Gewerbe und Induſtrie trieben die Ueberſchüſſe der Bevölkerung über die Landesgrenzen hinaus.

Die Broſchüre Teilungsverbot, Anerbenrecht uſw. von E. H. Wilh. Mayer-Berlin, Puttkamer und Mühlbracht und die Nummern 254 u. f. der „Lippiſchen Volkszeitung“ zeigen dies eingehend.

Die lippiſchen Ziegler machen dem Handarbeiterſtande aller deutſchen Länder und über die Grenze des deutſchen Reiches hinaus Konkurrenz. Wenn ſie auch nicht in normalen Verhältniſſen leben, ſo gehören ſie doch nicht zu den zahlloſen Scharen der von ihren Arbeitgebern vollſtändig abhängigen Arbeiter.

Vor hundert Jahren war jeder deutſche Staat im ſtande, ſich ſelbſt zu unterhalten; faſt jede deutſche Familie ſaß auf eigener oder gepachteter Scholle und konnte ſich hierauf der Hauptſache nach ernähren. Heute würde Lippe ohne fremdes Korn bald Not leiden, verſchiedene andere deutſche Staaten können nicht einmal 14 Tage lang mit eigenen Vorräten ſich unterhalten. Früher war jeder deutſche Arbeiter faſt überall brauchbar und verwendbar, jetzt können Millionen von Arbeitern nur in wenigen Gebieten des Gewerbes oder der Induſtrie ihre Arbeitskraft ausnutzen und ſind auf allen übrigen Gebieten des Erwerbslebens nicht verwendbar. Dieſe Gegenſätze werden immer ſtärker und greller vermehrt und ſind nur auszuheilen durch eine vollſtändig grundſätzliche Aenderung der Behandlung des Grundbeſitzes und beſonders zunächſt desjenigen der deutſchen Fürſten, des Fiskus, der toten Hand, der Fideikommiſſe, der Kirche und überall da, wo der Erwerb des Grundbeſitzes großen Maſſen des deutſchen Volkes unmöglich gemacht iſt. Die Geſchichte des lippiſchen Kolonatsrechts lehrt dies und der lippiſche Domanialgrundbeſitz liefert durchſchlagende Beweiſe für dieſe Anſicht.

Die lippiſchen und dieſen ähnliche Mißwirtſchaften ſind überall bekannt, aber noch niemals haben das deutſche Volk oder deſſen Vertreter an dieſer Urquelle des ſozialen Elends gründliche Unterſuchungen angeſtellt. Wiederholt ſind Bundesrat und Reichstag im Laufe der Jahre um Hülfe angerufen, als unerträgliche Mißſtände in der Rechtspflege, grobe Verſtöße eines Miniſters gegen Anſtand, Sitte und Recht; Verletzung der Verfaſſung und der Thronfolgeordnung; jammervolle Zuſtände auf dem Eiſenbahngebiete Veranlaſſung zu bitterſten Klagen in Lippe gaben. Dieſe verhallten ohne den erbetenen Erfolg und vermehrten nur die im Volke täglich **zunehmende Gährung und Unzufriedenheit.**

Nur sehr wenige Männer waren in Lippe im stande und bereit, dem unausgesetzten Drängen der Volksmasse in das Lager der Sozialdemokratie Widerstand zu leisten und offen die berechtigten Klagen der Staatsbürger zu verfolgen. Sehr oft stand der Verfasser dieser Broschüre ganz allein und war dies namentlich dann sehr oft der Fall, wenn seine Ansichten vom Programm der freisinnigen Parteiführer abwichen. Dies war um so leichter möglich — trotz der besten Beziehungen zu den Parteigenossen und besonders zu den Parteiführern — weil gerade auf volkswirtschaftlichem Gebiete der Verfasser eigene Ansichten sich im Laufe der Jahre gebildet und sich von der Richtigkeit dieser immer mehr überzeugt hat und nur wenigen Parteigenossen die Verhältnisse aller Teile des Landes genügend bekannt sind und auch nur wenige Männer befähigt sind, die in Betracht kommenden Fragen sämtlich zu beherrschen. — Viele Liberale Lippe's sind obendrein abhängig von den Behörden oder von den Freunden der alten Zustände.

Die lippischen liberalen Parteien leiden auch an verschiedenen Krankheiten, besonders der der Interessen-Verschiedenheit, Lauheit und der auch alle übrigen Parteien beherrschenden Ansicht, daß hier doch nichts zu erreichen sei. Sie gehen oft sehr weit auseinander, trotzdem sie demselben Ziele zustreben. Das ist eben eine charakteristische Eigenschaft unabhängiger, selbständiger Männer.

Die Parteiführer der lippischen Liberalen haben namentlich in den letzten Jahren aus diesen und anderen Gründen nur praktische Politik getrieben und Besserungen veranlaßt, wo dies nur überhaupt möglich war. In so kleinen Gemeinwesen wie Lippe können die von den großen deutschen Parteien aufgestellten Grundsätze nicht überall in den Vordergrund geschoben werden und muß, wenn überhaupt eine gesunde Politik getrieben werden soll, das Gute genommen werden, wo immer es geboten wird und nicht überall die Machtfrage als Richtschnur dienen. Dies ist leider bei Staatsbeamten und Parteiführern sehr oft, ja vielfach der Regel nach der Fall. Was der Chef nicht gebilligt hat, wird einfach nicht in Angriff genommen und wenn auch der Erdkreis in Stücke fallen sollte. Nur die Häupter der Parteien, der Regierungen und der Landesfürsten wollen lenken und leiten. Das ist auch bei dem lippischen Falle ganz besonders nachweisbar. Die lippischen Fragen sind jetzt nicht von „genügender allgemeiner Bedeutung", sagt Herr Eugen Richter. Se. Majestät der deutsche Kaiser

hat die Initiative in dem lippiſchen Thronfolgeſtreite ergriffen. Lippiſche Volksfreunde halten eine Aenderung der Kammerverwaltung und eine Grundbeſitzausnutzung zu volkswirtſchaftlichen Zwecken für unentbehrlich. Herr Eugen Richter meint, dieſe beſondere auf alle deutſche Staaten in gleichem Maße anwendbare Frage ſei nicht von genügender allgemeiner Bedeutung. Se. Majeſtät der deutſche Kaiſer hält den lippiſchen Grundbeſitz des Domaniums der größten Beachtung wert, wollte den geſamten Domanialbeſitz unter dauernden Schutz und Verwaltung ſeines Schwagers ſtellen.

Solche ſchroffe Gegenſätze haben die Lage in Lippe zu einer außerordentlich ſchwierigen gemacht. Der einzelne Lipper iſt nicht im ſtande, die Leiden der ſtaatlichen und ſozialen Miſere zu heilen und lehrt die jüngſte lippiſche Geſchichte, daß nur eine Flucht in die Oeffentlichkeit nützen kann. Dies gebieten die Umſtände namentlich dem Verfaſſer dieſer Broſchüre.

Wer mit der Begeiſterung und mit dem Patriotismus eines Kriegsfreiwilligen von 1870 nach Lippe zurückgekehrt iſt, ſeitdem, wo immer ſich Gelegenheit bot, in den Kampf um Beſſerung der Zuſtände nicht allein eingetreten iſt, ſondern darin ſtets bis an die äußerſte Grenze der Möglichkeit ausgehalten hat, jegliche nur denkbare Schwierigkeit zu überwinden verſucht, auch ohne jede Rückſicht der Perſon und Partei ſeine für Recht erkannten Anſichten nach oben und nach unten zu verfechten verſucht und dabei keine Opfer geſcheut hat, dem wird hoffentlich ein Recht zu dieſem Schritte zuerkannt werden. Keine Partei unterſtützt dieſen, keine außerlippiſche Preſſe iſt zu bewegen geweſen, ſich Lippe's anzunehmen und die gerade jetzt erbetene und ſo notwendige Hilfe zu gewähren. Der lippiſchen Staatsregierung und den deutſchen Reichsbehörden kann, nach ihrem jetzigen Verhalten zu urteilen, dieſe Broſchüre nicht erwünſcht ſein und die offizielle Preſſe wird unterſuchen, ob die Staatsanwaltſchaft nicht einſchreiten muß. Für ängſtliche Politiker und Streber iſt dieſe ein Univerſalmittel gegen alle nicht im Sinne der herrſchenden Geiſter handelnden Deutſchen und überall anwendbar, wo eine eigene Anſicht ohne Rückſicht verfochten wird. Der Verfaſſer dieſer Broſchüre hat die Wirkungen ſolcher Mittel mehr als 30 mal empfunden und ſoll auch jetzt wieder gründlicher Kur unterzogen werden. Von allen Seiten wird zu dem Mittel gegriffen und das Bückeburger Hetzblatt jammert nach der Veröffentlichung des erſten Teils dieſer Broſchüre förmlich nach ſolcher Kur. Selbſt

Herr Eugen Richter warnt den Verfaſſer vor der Staatsanwaltſchaft, vor der Majeſtätsbeleidigungsklage. Dieſe überall herrſchende Angſt vor der Staatsanwaltſchaft wirkt auf alle öffentlichen Zuſtände in gefährlichſter Weiſe und namentlich wenn Majeſtätsbeleidigungen ſo erhoben und geführt werden, wie das in Lippe geſchehen.

Der Verfaſſer wurde unter ſchweren Beſchuldigungen und unter vollſtändigſt ungerechtfertigter Unterſtellung böſer Abſicht der Majeſtätsbeleidigung angeklagt, in erſter Inſtanz in längere Freiheitsſtrafe verurteilt, und dann, nachdem das Reichsgericht dieſes Urteil aufgehoben, nicht allein freigeſprochen, ſondern es wurde feſtgeſtellt, daß weder eine Majeſtätsbeleidigung verübt ſei, noch die Umſtände die Annahme rechtfertigten, daß der Angeklagte bei der angeblich ſtrafbaren Handlung in irgend einer ſtrafbaren Weiſe beteiligt ſei, ja es ſei die Annahme gerechtfertigt, daß er der Verfaſſer der Schrift und der Urheber der in Betracht kommenden Worte nicht ſein könne, weil weder die Schreibweiſe, noch der Inhalt dem Charakter und Verhalten des Angeklagten entſprächen. Die Beſtrafung des beleidigenden Denunzianten war nicht zu erreichen. Während der Unterſuchung befand der Angeklagte ſich in Acht und Bann aller Fürſtendiener und ihres Anhanges. Ein Peſtkranker mag jemals ähnlich behandelt ſein, jedenfalls wird ihm mehr Liebe, Mitleid und Gerechtigkeit widerfahren ſein wie dem Verfaſſer. Wer mit der Majeſtätsbeleidigungsklage behaftet iſt, wird ſchutz- und rechtslos in den Augen vieler Kleinſtaatler und Philiſter.

In ſo kleinen Verhältniſſen wie in Lippe bewirken oft die jämmerlichſten Menſchen die Einleitung von Majeſtätsbeleidigungsklagen. Gerade in ſo ungeſunden Verhältniſſen dürfte nur im äußerſten Notfalle zu ſolcher Anklage geſchritten werden.

Die Staatsanwaltſchaft iſt im Laufe der Zeit überhaupt eine eigentümliche Einrichtung geworden. Sie verſagt bei Beamtenbeleidigungen ſelten, ja nie, bei gemeinſten Verläumdungen Liberaler verweiſt ſie der Regel nach auf die Privatklage — dieſes höchſt mangelhaften Mittels —, ſelbſt wenn Staatsbeamte unter erſchwerenden Umſtänden die Ehrabſchneider und Verläumder ſind.

Die Staatsanwälte werden meiſtens von den hochkonſervativen, nicht fachmänniſch vorgebildeten Miniſtern angeſtellt und wählen dieſe die ihren perſönlichen Anſichten ent-

ſprechenden, ſicherlich nicht liberale Männer aus. Der liberale Juriſt iſt im Laufe der Zeit eine phänomenale Erſcheinung überhaupt im deutſchen Reiche, beſonders in den Kleinſtaaten geworden. Einſeitigkeit der Auffaſſung im Rechtsleben in allen Politik und Volkswirtſchaft betreffenden Angelegenheiten und Mißtrauen in die Thätigkeit der Richter und Staatsanwälte, unnatürliche, dem Anſehen des deutſchen Reichs ſchädliche Angſt bei ſchwachen Liberalen und bei Ungebildeten ſind ſehr oft die Folgen ſolcher Behandlung ſo wichtiger Angelegenheiten.

Nichts wäre natürlicher als obige und die in der Broſchüre erwähnten Zuſtände im Reichstage vor dem öffentlichen Richterſtuhle von ganz Deutſchland und der ziviliſierten Welt einer Kritik zu unterziehen. Ein Reichstags-Mandat hätte der Verfaſſer ſchon vor längeren Jahren bekommen können, und iſt er wiederholt in dringendſter Weiſe nicht allein von den Vertretern der Majorität der Wähler, nein, auch von politiſchen Gegnern aufgefordert, ein Mandat anzunehmen. Die Reichsverfaſſung und die hohe lippiſche Politik haben ihm dies unmöglich gemacht, wie eingehend in der Broſchüre „Folgen des Verhaltens der höchſten Organe des deutſchen Reichs in dem lippiſchen Thronfolgeſtreite“ vom Verfaſſer und unten nachgewieſen iſt. Die Lenker der Geſchicke Deutſchlands ſcheinen es nicht für wünſchenswert zu halten, daß in freieſter, offener, ſelbſtändiger und vollſtändig unabhängiger Weiſe auch aus liberalen Kreiſen die allerkläglichſten Zuſtände einer ſchonungsloſen Kritik unterzogen werden und halten konſervative Grundſätze allein für richtig und das Volkswohl fördernd. Die kleinſten Staaten wetteifern im Gegenſatze zur Vergangenheit, in der ſie an der Spitze aller wichtigen liberalen Beſtrebungen ſtanden, den größten Staaten in dieſer Richtung nach und ſägen dabei den Aſt ab, an dem ihre Berechtigung hängt. Lippe liefert auch hier das ſchlagendſte Beiſpiel und wird hier klar, wie ſich ein den Beſtrebungen der Bevölkerung und ſeiner Führer widerſprechendes Verhalten rächt. Der jetzige ſkandalöſe Zuſtand in Lippe wäre vollſtändig unmöglich geworden und würde ſicherlich in Zukunft keine neue Auflage erleben, wenn des Verfaſſers Abſicht, die ganze Angelegenheit im Reichstage zur Sprache zu bringen, nicht durch höchſt ſeltſame lippiſch-Bieſterfelder Politik verhindert wäre.

Auf andere Weiſe, außer durch ſchriftſtelleriſche Arbeit jetzt noch zu wirken, iſt dem Verfaſſer ſicherlich zur Zeit nicht möglich. Die politiſchen deutſchen Parteien ſind entweder im

höchsten Grade intolerant gegen die Ansichten anderer Parteien und deren nicht gebilligte Programme oder abgeneigt, Zustände einzelner Staaten einer eingehenden Behandlung zu unterziehen.

Ueberall fehlt die nur zum Siege führende Organisation der Volkskräfte von unten nach oben, das Zusammenfassen der Riesenkräfte im geeigneten Zentrum. Nur die Sozialdemokratie hat eine Zentralisation aller Kräfte und gewährt den Genossen einen kräftigen Schutz. Deutsche Beamte fürchten überhaupt vor der Sozialdemokratie mehr wie jede anderen Staatsbürger und kommen deshalb Beamtenvergehen diesen gegenüber häufiger vor wie bei den Sozialdemokraten. Das lockt mächtig an und zieht besser als alle Phrasen der jetzigen Sozial-Politiker.

Die Quellenforschung ist gründlich veraltet und tritt überall der Versuch hervor, die Krankheiten des Volkes durch Medikamente, statt durch Veränderung der Lebensweise auszuheilen. Theorie und Praxis der deutschen Parlamentarier und Staatsmänner erzeugen keine gesunden Früchte.

Sie wenden sich unlösbaren Problemen zu und sehen oder wollen die allernächsten und gefährlichsten Hindernisse der Entfaltung der deutschen Volkskräfte nicht sehen. Sie scheinen nicht zu verstehen, daß wir in der großen deutschen Armee der Pflege des einzelnen Soldaten und der Erziehung der Individiums die erste und eingehendste Pflege angedeihen lassen müssen und daß die Armee um so brauchbarer ist, je mehr sämtliche Glieder dieser im stande sind, alle Aufgaben der Kriegsführung zu erfüllen und daß so auch auf volkswirtschaftlichem Gebiete von unten die Reorganisation beginnen muß. Die allgemeine, jede brauchbare Kraft des Volkes ausnutzende Wehrverfassung ist nicht allein die beste, gerechteste und praktischste, sie ist auch schon aus dem Grunde zu erstreben, damit jedem deutschen Manne und besonders den Berufspolitikern die aus der Armee-Ausbildung zu ziehenden Lehren in Fleisch und Blut übergehen.

Irgend ein Staat muß zunächst einmal unter die Sonde genommen werden. Lippe bietet sicherlich ein vorzügliches Untersuchungsfeld und manche recht interessante Erscheinungen.

Es lohnt sich deshalb auch vom Standpunkte der Gesamtheit aus, die jetzigen Erscheinungen im lippischen Staate genauer zu betrachten.

Alle diese Umstände haben die Herausgabe dieser Broschüre und die Beschleunigung dieser veranlaßt. Die Unvollständigkeit der Arbeit, vor allen Dingen manche Wiederholungen und mangelhafte Zusammenstellungen der einzelnen Gedanken werden hoffentlich dem sehr angestrengt in sehr schwierigem Berufe, unter recht ungünstigen Verhältnissen arbeitenden Verfasser nicht zu sehr zum Nachteile angerechnet werden.

Detmold, den 28. Oktober 1898.

Die lippiſchen Fragen ſind wieder einmal durch die Initiative Sr. Majeſtät des Kaiſers in den Mittelpunkt des öffentlichen Intereſſes und der Erörterung zwiſchen Preußen und Lippe getreten. Selten hat eine Willensäußerung eines Monarchen der Form und dem Inhalte nach ſo viel Aufſehen erregt, wie die Depeſche des Kaiſers an den Graf-Regenten zur Lippe und die Preſſe des In- und Auslandes hat ſich eingehend mit der Art dieſer Handlung beſchäftigt. In der Ausgabe vom 20. und 21. Auguſt d. J. der neuen bayeriſchen Landeszeitung bietet der bekannte Redakteur Memminger eine ebenſo kräftige, wie originelle Beſprechung des Tones der Depeſche. Der lippiſche Staatsminiſter hat ſeine eben begonnene Badekur unterbrochen; iſt über Berlin gereiſt; hat darauf Publikationen in Lippe erlaſſen und der Bundesrat hat in neueſter Zeit ſich eingehend mit der lippiſchen Thronfolgefrage beſchäftigt. Die kaiſerliche Depeſche hat eine alte Wunde aufgeriſſen und wirkt in Lippe, in den kleinen Bundesſtaaten und überall da, wo Intereſſe für die Kleinſtaaterei beſteht, in hervorragender Weiſe; es zeigt ſich wiederum einmal, wie ſo oft, daß die Bedeutung der Stellung des Kaiſers innerhalb des deutſchen Reiches und beſonders in den inneren Angelegenheiten der Bundesſtaaten überſchätzt und daß der neue Kurs der inneren Politik durch eine künſtliche, unnatürliche Richtung in bisher unbekannte Bahnen geleitet wird. Unverkennbar liegt in der Form der dem Graf-Regenten erteilten Antwort eine dem Bundesſtaate Lippe widerfahrene eigene Behandlung. Der Graf-Regent iſt Repräſentant des lippiſchen Staates und der dieſem zuſtehenden Hoheitsrechte. Was dem Regenten als Vertreter des Staates widerfährt, berührt das lippiſche Volk mit. Letzteres hat zwar durchaus kein beſonderes Intereſſe daran, daß die Kinder des Graf-Regenten vom Militär anders wie andere Staatsbürger geehrt werden, es muß aber verlangen, daß ihnen dieſelben

Rechte zu teil werden, welche den Kindern anderer Fürsten und Regenten als Ausfluß der deutschen Einigkeit und Macht gewährt werden. Das deutsche Volk und in diesem auch die Lipper bilden Deutschlands Macht. Alle Teile des deutschen Reiches tragen die Opfer. Der von der Militärmacht ausgehende Glanz gehört nicht etwa dem deutschen Kaiser, nein allen Deutschen im gleichen Maße. Liegt Veranlassung vor, bestimmten Personen gegenüber bezüglich der Ehrenbezeugungen Auszeichnung widerfahren zu lassen, so hat auch das lippische Staatshaupt, soweit den Mitgliedern deutscher Fürsten-Familien ähnliche Ehrenbezeugungen zu teil werden sollen, Anspruch darauf. Die lippische Regenten-Familie kann nicht von der Gnade des Kaisers abhängig sein, sondern der Anspruch ist ein ureigener des lippischen Staates. Von diesem sind durch Staatsvertrag einzelne, im Interesse der Gesamtheit des deutschen Reichs für die einheitliche, möglichst kräftige und dem Wohlergehen aller Deutschen entsprechende Leitung dem deutschen Kaiser unentbehrliche Rechte übertragen. Auch bezüglich der Militär-Hoheitsrechte sind die deutschen Fürsten nur durch die abgeschlossenen Staatsverträge in der Souveränität beschränkt. Die Ansprüche des deutschen Kaisers und der deutschen Fürsten auf militärische besondere Ehrenbezeugungen sind im Interesse des deutschen Volkes und in der Natur der Dinge begründet. Dem Fürsten als Haupt des Staates und dem Regenten als Träger der Macht — nicht den einzelnen Personen — gebührt der Anspruch. Lippe hat im Interesse des deutschen Reichs einen Teil seiner Hoheitsrechte opfern müssen — die nicht ausdrücklich durch Vertrag dem deutschen Kaiser übertragenen Rechte sind noch bei Lippe. — Sicherlich gebührt Lippe keine Zurücksetzung gegen andere Staaten. Lippe steht hinter keinem deutschen Staate zurück und ist bezüglich seiner Hoheitsrechte unantastbar.

Die Form und der Inhalt der Depesche haben überall den Eindruck einer dieser Ansicht entgegenstehenden Auffassung hervorgerufen. Es tritt ein dem deutschen Wesen der alten Schule widersprechender Zug in der neuesten Geschichte und in dem neuesten Kurse deutscher Politiker hervor. Während früher in peinlichster Weise die Hoheitsrechte der Bundes-Staaten und -Fürsten und die auf die Stellung dieser bezüglichen Rechte geschont und berücksichtigt wurden und Se. Majestät, der Kaiser Wilhelm I. und sein großer Kanzler ganz besonders vorsichtig öffentliche Verhandlungen mit Bundes-

fürſten vermieden, iſt bezüglich Lippes wiederholt ein von dem bisherigen Verfahren abweichendes Syſtem beobachtet. Worin findet dieſer Wandel ſeine Begründung?

An ſich hat auch das deutſche Reich und das deutſche Volk wenig Intereſſe daran, wie das Militär in Detmold die Ehrenbezeugungen erzeigt oder ob das einförmige, langweilige Leben der Wachtſtuben täglich einige mal mehr wie notwendig durch unter die Waffen treten und Präſentieren unterbrochen wird. Der Füſilier leidet unter ſolcher vermehrten Bewegung nicht.

Minima non curat Praetor. Wird die Sache nun deshalb zu einer wichtigen Angelegenheit des deutſchen Volkes, weil der Kaiſer ſie verfolgt? Deutſcher Art, deutſchem Weſen und deutſchen Volksintereſſen widerſpricht es, Cäſaren-Kultus zu treiben. Dieſer wird leider vielfach gepflegt und auch bei der lippiſchen Frage tritt dieſer widerwärtigſte Auswuchs deutſcher Fürſtendienerei hervor. Der Kaiſer wird vielfach als berechtigt hingeſtellt, in die Geſchicke der Bundesſtaaten einzugreifen, dieſen Verhaltungsmaßregeln und Direktiven zu geben. Die kaiſerliche Macht iſt an ſich nur der Ausfluß der Kräfte der einzelnen Kreiſe des deutſchen Volkes und müſſen konſequent die Aeußerungen der kaiſerlichen Macht nur von den Geboten des Wohlergehens der Geſamtheit und der einzelnen Kreiſe und ſoweit dieſe miteinander unvereinbar ſind, nach den Geboten eines Ausgleichs in geſetzlichem Wege geleitet werden.

Die Ausflüſſe der kaiſerlichen Macht dürfen deshalb nicht momentaner Stimmung entſpringen, ſondern müſſen das Ergebnis reifſter Ueberlegung und peinlichſter Berückſichtigung aller Kreiſe des deutſchen Volkes ſein. Der Kaiſer iſt nicht Lenker und Leiter des deutſchen Geiſtes und ſeiner Kräfte, ſondern mit den deutſchen Fürſten nur die dieſe zuſammenfaſſende Macht. Das deutſche Volk der Denker bedarf keines Wegweiſers und Meiſters, ſondern iſt ſo reich an Kräften des Geiſtes, daß es eine Rieſenaufgabe iſt, dieſe in gerechter Weiſe zur Geltung gelangen zu laſſen und ſie zu zügeln innerhalb der Grenzen der Intereſſen der Geſamtheit. Die Macht des Kaiſers iſt eine andere innerhalb und außerhalb des deutſchen Reichs. Die Selbſtändigkeits- und Unabhängigkeitstriebe der Deutſchen verbieten naturgemäß ein ſchroffes Hervortreten der kaiſerlichen Macht, ſie ſchränken dieſe im beſten Sinne des

Wortes ſo ein und laſſen ſie ſo zurücktreten, daß der Ausfluß der kaiſerlichen Macht nur als Erzeugnis der beſten Geiſteskräfte der Deutſchen erſcheinen ſollte.

Ein recht unangenehmer Vorgang wird in der lippiſchen Sache beobachtet. Ein bitterer Streit iſt wieder entfacht. Weder der Kaiſer, noch der Graf-Regent, noch die monarchiſchen Beſtrebungen, noch die Freunde ruhiger Entwicklung des deutſchen Volkes und beſonders der Lipper können Vorteil aus dem Streite ziehen. Es iſt ganz außer Zweifel, daß beide Fürſten mit allen denkbaren Mitteln den Streit vermeiden mußten, wenn ſie die Sachlage genau überſahen, wenn ſie klar und ſicher die Bedürfniſſe der intereſſierten Kreiſe des deutſchen Volkes beherrſcht, wenn ſie gewußt hätten, daß gerade in der lippiſchen Sache ein Hervortreten der Fürſten und beſonders auf perſönlichen Gebieten Gefahren nicht zu unterſchätzender Art im Gefolge haben mußte. Der lippiſche Thronfolgeſtreit hat eine alle Kreiſe der gebildeten Welt beherrſchende Bedeutung und hat deshalb nicht allein in Lippe, ſondern außerhalb der gelb-roten Grenzpfähle die Geiſter bis in die tiefſten Falten erregt. Hie Kaiſer! Hie Graf Bieſterfeld! hieß die Parole der ſich bekämpfenden Parteien. Wenn Se. Majeſtät der Kaiſer auch vollſtändig fern von ſolchen Kampfesrufen ſteht, ſo iſt die wahre Sachlage ſchließlich vielfach ſo zu bezeichnen geweſen.

Nun hat das gute „Bieſterfeld-Recht“ geſiegt! Dies war ein herrlicher Sieg des Vertrauens in die Rechtsſicherheit im jungen deutſchen Reiche! Ihn voll zur Geltung kommen zu laſſen und alle Spuren des entſtandenen Mißtrauens zu verwiſchen, wäre im Intereſſe des deutſchen Reichs und der Hebung des Anſehens aller Organe des deutſchen Reichs und des Bundesſtaates Lippe höchſt wünſchenswert geweſen. Die widerwärtigen Kämpfe mußten ganz erſtickt und vor allen Dingen das Land der Roſe zunächſt einer friedlichen Entwicklung und Entfaltung ſeiner Volkskräfte entgegengeführt werden. Vor allem ſetzt die Verfaſſung des deutſchen Reiches ihren Artikeln als fundamentalen Grundſatz voran: „daß ein ewiger Bund geſchloſſen iſt zum Schutz des Bundesgebietes und des innerhalb desſelben giltigen Rechtes, ſowie zur Pflege der Wohlfahrt des deutſchen Volks.“ Gerade dieſer Pflicht der Bundesfürſten entgegen wirkt ein Thronfolgeſtreit und ganz beſonders die Art des Verhaltens der im Schiedsrichterverfahren unterlegenen, in Lippe ferner wühlenden Parteigänger. Un-

heilvoll hatten die im Intereſſe der Agnaten geführten Kämpfe gewirkt und war mehr als billig und recht Sr. Majeſtät Name mißbraucht und in die wahrlich oft nicht allein kleinlichen, elenden, gemeinen, nein nur den Unzufriedenen im Reiche dienenden Kämpfe gezogen. Nie iſt im jungen deutſchen Reiche mehr den Partikulariſten, den Sozialdemokraten und den Anarchiſten in die Hände gearbeitet, wie in dem lippiſchen Thronfolgeſtreite.

Ob der Graf-Regent Recht hat oder nicht, ob eine zu ſchroffe Antwort erfolgt iſt, und wer ſich im Rechte im jüngſten Streite befindet, iſt vor der Aufgabe des deutſchen Reichs, die Wohlfahrt des Volkes zu fördern, nebenſächlich. Der Friede ernährt, Unfriede zerſtört, ſagt ſchon ein altes Sprichwort. Der Streit der Fürſten miteinander untergräbt das Vertrauen zu ihnen und bietet den Gegnern der Rechtsordnung die breiteſte Fläche zu Angriffen auf dieſe. In Lippe war nicht durch die Schuld des Volkes, ſondern durch die der Fürſten die Rechtsordnung erſchüttert und eine Wiederherſtellung derſelben die erſte Aufgabe des Reichs und des Bundesſtaats. Die alten Anhänger der Bieſterfelder Rechte hatten eben begonnen, ſich von dem alten Streite abzuwenden und ohne Rückſicht auf die alte Gegnerſchaft mit ihren früheren Gegnern ſich zu neuer Arbeit für das Gemeinwohl zu vereinigen. Jetzt ſind die alten Wunden vielfach wieder aufgeriſſen. Unverkennbar tritt wieder eine zu ſtarke Fürſtendienerei hervor und zeigt ſich wiederum, daß die Anhänger beider Teile zu ſehr auseinandertreiben, ſtatt den Riß zu vermeiden. Unverkennbar bieten viele Vorgänge hierzu reichliche Veranlaſſung z. B. das Fernbleiben des Graf-Regenten von dem Kaiſer-Manöver wegen angeblichen Mangels einer Einladung; Unterlaſſung der Erwähnung der Lipper in der Kaiſerrede; das Verhalten des General-Oberſten Graf von Waldersee und anderer Offiziere in Detmold, welche dem Graf-Regenten ſich nicht vorſtellen oder gar zu ignorieren ſuchen; Unterlaſſung von ſonſt unbeanſtandeten Ehrenbekundungen uſw. Aus allen dieſen Erſcheinungen wird ein Nachteil für Lippe herzuleiten verſucht und dadurch die Stellung der lippiſchen Staatsregierung erſchüttert.

Der lippiſche Staat iſt an ſich ſo klein, daß er auf vielen Gebieten ſeiner Aufgabe nur mit unnatürlicher Anſtrengung ſeiner Kräfte nachkommen kann und vielfach dahinter zurückbleibt. Die Verwaltung bewegt ſich in zu engen Schranken

und macht deshalb oft einen zwerghaften Eindruck. Die lippiſchen liberalen Zeitungen, beſonders die Lippiſche Poſt und Lippiſche Volkszeitung, haben unausgeſetzt die Schwächen der Kleinſtaaterei hervorgehoben und ſich ausdauernd bemüht, eine Beſſerung der unheilvollen Zuſtände herbeizuführen. Eben begann die Hoffnung aufzudämmern, daß in nicht gar zu ferner Zukunft eine Wendung zum Beſſern eintreten könnte. Jetzt gerade den alten Streit aufzunehmen, iſt deshalb ſchon höchſt bedauernswert und tritt das Unheilvolle dieſes Schrittes aus folgendem Grunde beſonders hervor.

Viele Bürger des Kleinſtaates waren durch die verſchiedenen Wechſel im Regimente in eine höchſt bedenkliche Lage geraten. Sie waren in ſcharf agitatoriſcher Weiſe für die Bückeburger Intereſſen eingetreten und konnten ſich nicht zu dem allein möglichen, eines Charakters und Mannes würdigen Schritte, ihre öffentlichen Stellungen aufzugeben, aufraffen. Sie machten klägliche Verſuche aller Art, ſich zu halten und waren dabei an der äußerſten Grenze der Lächerlichkeit angelangt. Sie auszuſtoßen, war eine Notwendigkeit für den lippiſchen Staat geworden. Jetzt haben ſie neuen Lebensmut bekommen und fahren mit vollen Segeln in die ihnen bekannten Bahnen des Kampfes.

Ihr Ziel iſt die Aufhebung der Kleinſtaaterei. Mit frecher Stirn ſtreben ſie demſelben zu und drängen ſich überall vor. Sogar bei Führern der Fortſchrittspartei iſt ein Verſuch gemacht, Propaganda zu machen. Ueberall treten den Freunden der herrſchenden Rechtsordnung große, unerwartete Hinderniſſe entgegen. Der Staatsminiſter v. Mieſitſcheck hat eine ganz außerordentlich ſchwierige Stellung, weil das Vertrauen der Bevölkerung im höchſten Grade erſchüttert iſt. Die hieſigen Bückeburger Politiker und ihr Anhang haben den Kleinſtaat überall untergraben und das lippiſche Volk traut den früheren leidenſchaftlichen Parteigängern der Bückeburger nicht allein keinen ernſten Willen zu, das Staatswohl zu fördern, ſondern nimmt an, daß ſie abſichtlich zu Fehltritten verleiten; daß ſie unter der Maske der Ergebenheit unheilvolle Maßregeln angezettelt haben. Ganz ausgeſchloſſen iſt, daß der Fürſt von Bückeburg volle Kenntnis der in Lippe herrſchenden Zuſtände und davon hat, wie im angeblichen Bückeburger Intereſſe hier gewühlt iſt. So weit in unterrichteten Kreiſen bekannt iſt, ſteht die fürſtliche Familie in Bückeburg lediglich auf dem durch Parteiſtellung gegebenen Standpunkte und

werden die Leidenschaft vermehrende Handlungen vermieden. Unverkennbar ist die jetzige Wühlerei auch nicht auf angeblichen Wunsch des Fürsten von Bückeburg gestützt, es werden vielmehr andere Handlungen in geradezu frechster Weise ausgenutzt. Solche Geister schaden mehr als die besten Kräfte und wohlwollendste Männer nützen können. Dazu kommen die, welche unbewußt schaden und eine dem Ansehen der Monarchie sehr gefährliche Politik treiben. Hierzu gehören namentlich die Männer, welche inmitten längst verklungener Ansichten das Heil der Fürstentümer verfechten und keine blasse Ahnung von dem heutigen Zeitgeiste und den Bedürfnissen des Volkes haben. Diese Männer finden an allen Höfen und auch in Lippe mehr Gehör, wie dem Gemeinwohle billig und gut ist.

So ist die Stellung der lippischen Staatsleitung nach allen Richtungen hin eine höchst mißliche. Wenn diese Verhältnisse in Berlin nicht genügend bekannt sein sollten, so ist dies an sich nicht erklärlich, weil hinlänglich dafür gesorgt ist, daß die lippischen Zustände dem Reichskanzleramte, dem Bundesrate und Sr. Majestät durch Immediat-Eingaben und Broschüren unterbreitet sind. Auch in Zeitschriften aller Art sind Abhandlungen veröffentlicht und sicherlich lag die Möglichkeit vor, genügende Uebersicht über die Sachlage in Lippe zu gewinnen. Eine Aufnahme des alten Streites ist für Lippe kein Bedürfnis, sondern ein Unglück.

Wenn dieser aber aber aus anderen nicht erkennbaren Gründen wieder aufgenommen werden mußte, so konnte und mußte auch Folgendes hervortreten.

Die bezüglichen Ehrenrechte sind dem Fürsten Woldemar, dem Prinzen Adolf in gleicher Weise wie dem Graf-Regenten erwiesen. War die rechtliche Lage des Anspruchs darauf in irgend einer Beziehung zweifelhaft, so lag unter der ersten Regentschaft zunächst und vor allen Dingen Veranlassung zur Prüfung vor.

Der Prinz Adolf zu Schaumburg-Lippe hat anerkannt, daß die ihrer Entstehung nach höchst zweifelhafte Anordnung des Fürsten Woldemar ein Recht auf die Regentschaft nicht geschaffen hat und daß erst der bekannte Beschluß des Landtages die rechtliche Basis der Regentschaft gegeben hat. Dieser Akt des lippischen Landtags war mit der Monarchie von Gottesgnaden vollständig unvereinbar und verletzte die Rechte der Biesterfelder Agnaten in empörender Weise. Ein Grund außer einer durchaus unberechtigten Furcht vor der Macht des

Kaiſers und vor den Folgen einer ungnädigen Stimmung des höchſten und erſten Repräſentanten der Rechtsordnung im deutſchen Reiche war nicht aufzufinden. Es war deshalb ſchon Veranlaſſung gegeben, zu erwägen, ob die ſonſt zu berückſichtigenden thatſächlichen Verhältniſſe bezüglich des vom lippiſchen Landtage gewählten Prinz-Regenten Adolf eine Prüfung des rechtlichen Anſpruchs auf die militäriſchen Ehrenrechte geboten.

Se. Majeſtät war Schwager des Prätendenten der Regentſchaft und der jetzige Graf-Regent ein Herr ohne allen nennenswerten Einfluß und Anhang. Letzterer war des Schutzes mehr bedürftig als der durch widerrechtliche Anordnung in den Beſitz gelangte Prinz Adolf. Der Bieſterfelder Prätendent vermißte in der Rechtsordnung des deutſchen Reiches eine ſeinem Ziele dienende Inſtitution und war nicht zu bewegen, den gewöhnlichen Weg der Zivilklage zu betreten.

Er bekundete nach der Anſicht vieler Deutſchen einen Mangel an Vertrauen in die für die übrigen Deutſchen gegebene Rechtsordnung.

Namhafte Rechtslehrer und erfahrene Praktiker teilten dieſen Standpunkt des Grafen Bieſterfeld und viele Deutſche beklagten dieſe Lücke im deutſchen Recht.

Durch eine Vereinbarung der ſtreitenden Teile wäre eine Verſtändigung innerhalb der beſtehenden Rechtsordnung, den Streit zur Entſcheidung zu bringen, leichter möglich geweſen, wie auf dem ſpäter betretenen Wege des Schiedsverfahrens. Die deutſchen Fürſten verlangten ganz erſichtlich beſondere Behandlung und machten, ſo viel wenigſtens bekannt geworden, gar nicht einmal den Verſuch, das Anſehen der beſtehenden Rechtsordnung in angegebener Weiſe zu befeſtigen und zu vermehren.

Dies iſt hoffentlich als Fehler längſt anerkannt. Die unheilvollen Wirkungen des Schrittes haben die Bieſterfelder Grafen trotz dringender Warnungen nicht befürchtet. Sie leiden unter den Folgen erheblich. Ein Prätendent auf einem deutſchen Thron konnte ſein Recht nicht geltend machen! Stand ratlos vor der Rechtsordnung des deutſchen Reichs! Hatte nicht ausreichendes Vertrauen in dieſe und wurde von ſeinem unverkennbarem Rechte durch Sr. Majeſtät Einfluß getrennt! Ein Wort des Hauptes des deutſchen Reiches reichte aus, dieſem Zuſtande ein Ende zu machen und doch dauerte es lange, lange Monate, ehe ein Vertrauen in die Rechts-

ordnung aufkommen konnte. Wie die Folgen der widerrechtlichen Zustände tief einschnitten in das Geistesleben der Deutschen und besonders der Lipper, ist nur dem voll erkennbar gewesen, welcher mitten in dem Treiben gestanden, die widerwärtigen Erscheinungen vollständig übersehen konnte und täglich unter ihren Einflüssen stand.

Außer vielen anderen Erscheinungen haben die letzten Reichstagswahlen schlagende Beweise dafür geliefert, daß die Einwirkung fremder Einflüsse in Lippe Wunder bewirkt hat. Die Sozialdemokratie hat überraschend viele Stimmen bekommen und die Konservativen haben eine alle Kreise in Erstaunen setzende Niederlage erlitten.

Die Landtagswahlen hatten vorher schon bewiesen, daß die künstlich geschaffenen Zustände nicht haltbar waren, und jeder mit dem Volke vertraute Mann wußte, daß in den Kreisen der einsichtigen Staatsbürger die größte Erbitterung herrschte über die peinlichen Vorgänge und besonders über deren Einfluß auf die ungebildete Masse.

Soviel bekannt geworden, haben der Prinz-Regent und seine Gemahlin sich oft bitter über die unsichere Haltung ihrer Vertrauensmänner und besonders darüber beklagt, daß sie bezüglich der Stimmung des Volkes getäuscht sind. Sie haben sich nach besten Kräften bemüht, dieser Rechnung zu tragen, aber sie haben sie offenbar nicht erkannt. Sie waren auch nicht im stande, sich frei bewegen zu können.

Es ist bekannt geworden, daß der Prinz-Regent Adolf zu Schaumburg-Lippe widerwillig und höheren Befehlen folgend auf seinem Posten ausgeharrt hat; daß er lange Zeit vor seinem Abzuge seine Koffer gepackt und den festen Entschluß gefaßt hatte, Lippe zu verlassen, und daß nur Befehle von Berlin und Bückeburg die Ausführung dieses Entschlusses verhindert haben. Widerwillig und im Widerspruche mit den eigensten Wünschen auf solchem Posten bleiben zu müssen, ist gewiß eine höchst unangenehme Aufgabe, noch peinlicher ist diese gewiß gewesen, wenn dabei voll zum Bewußtsein gekommen ist, daß jeder Tag des Regiments dem nach der Rechtsordnung berufenen Regenten entzogen wurde.

Dem Prinzen Adolf konnte bezw. durfte es kein Geheimnis sein, daß der lippische Landtag mit ganz überwältigender Majorität sich für das bessere Recht der Biesterfelder ausgesprochen hatte und daß nur der Einfluß Sr. Majestät die Verwirklichung dieser Rechtsauffassung verhinderte.

Der Prinz Adolf ſtand nicht allein mit ſeiner Anſicht unter den deutſchen Fürſten; ohne Zweifel würde die Majorität derſelben der Regentſchaft ein baldiges Ziel geſetzt haben, wenn ſie zu entſcheiden gehabt hätten. Auch die nicht deutſchen Monarchen traten ſicherlich nicht in ihrer Mehrzahl für die Fortdauer der Regentſchaft ein. Die Wirkung des Einfluſſes Sr. Majeſtät des deutſchen Kaiſers in dieſer Angelegenheit entſprach alſo nicht dem Bedürfniſſe des lippiſchen und des geſamten deutſchen Volkes, war nicht getragen von dem Rechtsbewußtſein dieſes oder ſeiner Fürſten, ſondern war der Ausfluß eines eigenſten Willens, der ſeine Berechtigung nur in ſich oder in den Intereſſen der kaiſerlichen Familie haben konnte. Ob und wie weit dies der Fall, mag zunächſt unerörtert bleiben. Das deutſche Volk und beſonders das lippiſche Volk hat keine Veranlaſſung, irgend eine Berechtigung eines ſolchen dynaſtiſchen Beſtrebens anzuerkennen. Die Konſequenz der Familien-Politik deutſcher Fürſten führt nach den Lehren der Geſchichte nicht zum Glanze der Monarchie, ſondern zum Niedergang.

Es iſt deshalb von größtem Intereſſe, die neueren Vorgänge in Lippe nach verſchiedenen Richtungen zu beleuchten und zu prüfen, ob auch auf dieſem Gebiete der neueſte Kurs und die Lehren der Anhänger dieſes dem Wohlergehen des deutſchen Reichs nützen können.

Statt ſchnell dem ungeſunden Zuſtande ein Ende zu machen, wurde er durch unnatürliche Mittel ausgedehnt.

Welchen Zweck hat jetzt die Wieder-Aufnahme des Streites?

Bei der Verſchiedenheit der Deutſchen nach Abſtammung, nach Anlagen, nach Neigungen, nach Vermögen, nach Wohnſitz in Stadt und Land, in Berg und Thal, in fetten und mageren, geſchützten und klimatiſch rauhen Gegenden ſind ihre Bedürfniſſe von einander abweichend. Die Pflege dieſer, ſich einer alles gleich machenden Verwaltung und Zentraliſation widerſetzenden Glieder des deutſchen Reiches kann deshalb nur von unten nach oben, vom einzelnen Staatsbürger zur politiſchen Gemeinde, zu der dieſe kleineren politiſchen Gemeinden zuſammenfaſſenden Gemeinſchaft, zum Partikular-Staate und zum Reiche erfolgen. In allen dieſen dem geſamten deutſchen Reiche unentbehrlichen Organen muß eine vollſtändige Ausnutzung aller vorhandenen Kräfte im Dienſte der Individuen und in möglichſt weitgehendem Intereſſe der Geſamtheit nicht

allein möglich und gestattet sein, nein, mit allen denkbaren Mitteln angeregt und gefördert werden.

Vor allen Dingen müssen die physischen und geistigen Kräfte der Staatsbürger die ihrer Anlage und Fähigkeit entsprechende Verwendung finden können, wo immer die nähere oder weitere Umgebung dazu Gelegenheit bietet.

Es sollte Aufgabe jeder Erziehung, jeder Vertretung in Gemeinden, Staaten und im Reich sein, hierzu mit voller Kraft beizutragen und die in der Entwickelung aus irgend welchem Grunde zurückgebliebenen Individuen oder Gemeinden zu heben und zu Staatsbürgern zu erziehen. Naturgemäß ist der zur Selbständigkeit und Unabhängigkeit neigende Deutsche nicht mit Zwangsmaßregeln zu solcher Aenderung anzuhalten. Bekanntlich hat der dümmste und schwächste Mensch der Regel nach die starrköpfigsten Neigungen und bedarf es besonderer Vorsicht, ihn von den Vorteilen einer Aenderung zu überzeugen.

Die deutschen Volkswirte, Politiker und Staatsmänner haben diesen verschiedenartigsten Verhältnissen Rechnung zu tragen und es reicht dazu natürlich das Gehirn eines Menschen nicht aus und wenn es das schwerste, feinste, genialste wäre. Bedauerlich wäre es, wenn der Gedanke aufkommen könnte, ein Fürst könne in seinem Lande eine ähnliche Stellung einnehmen, wie der Kopf im menschlichen Körper und es müßte von einem solchen Haupte des Staates die gesamte Entwickelung des Volkes abhängen.

Die großen Aufgaben des deutschen Volkes können ebenso nur durch eine systematische, klare, wohldurchdachte, feste und allen Kräften und Verhältnissen Rechnung tragende Organisation gelöst werden, wie Deutschland und seine Güter nur durch ein alle wehrfähigen Männer in Dienst nehmendes Heer verteidigt werden kann. Genau so wie vor der großen Heeres-Reorganisation liegt die Sache der inneren Verwaltung des deutschen Reichs. Ueberall beste Kräfte, überall trefflich geschulte, hoch veranlagte, wissenschaftlich ausgebildete und wohlwollendste Volksvertreter, Staatsbeamte, Diener der Gemeinden, daneben aber die sich immer breiter machende Strömung, von dem vermeintlich allein glücklich machenden Staats-Regimente das Heil zu erwarten, statt von den einzelnen Volkskreisen aus die Bildung der zusammenfassenden Organisation auszuführen.

Das Unkraut überwuchert den Weizen gerade im besten Boden am stärksten, wenn die einzelnen Samenkörner keinen

gut gepflegten Boden finden. Ganz genau ſo wird es dem deutſchen Volke gehen, wenn es ſich nicht ſorgfältigſter Pflege der einzelnen Kreiſe des Vaterlandes widmet. Wenn es dieſe nicht hebt, nicht fördert und nicht glücklicher Ausbildung entgegenführt, ſondern gar unterdrückt, mit Härte behandelt, zurückſetzt und in ſeiner innerſten Lebenskraft erſchüttert.

Aus ſolchen Gründen iſt es gewiß von größter Bedeutung, ein ſelbſtändiges Glied des deutſchen Reiches genau zu unterſuchen, ſeine kranken und geſunden Teile genauer zu betrachten und nach den Urſachen der hervortretenden Erſcheinungen zu forſchen.

Lippe, als ſelbſtändiger Staat, bietet dem Volkswirte, dem Staatsmanne, dem Forſcher auf allen Gebieten der Kultur und dem Freunde der Natur ein höchſt intereſſantes Feld. Der Kleinſtaat hat nicht allein eine recht lehrreiche Vergangenheit, er iſt auch reich an höchſt charakteriſtiſchen Eigentümlichkeiten. Deutſcher Volkscharakter ſpiegelt ſich überall in treueſter, beſter Geſtalt auf Bergen, in Thälern, Gauen, Dörfern, Städten und Burgen. Ueberall, wohin das Auge dringt, die uralte, längſt vergangenen Zeiten angehörende, von Tacitus ſchon beſchriebene Anſiedelungsart, im Glanze der fortgeſchrittenen Kultur: die Mehrzahl der Lipper ſitzt auf eigener Scholle und hat das ſehnſüchtige Streben, auf dieſer frei und unabhängig zu leben und lieber alle Mühſale eines harten Kampfes ums Daſein zu tragen, als die Folgen der Abhängigkeit. Kein deutſcher Volksſtamm übertrifft die Lipper an Selbſtändigkeits- und Unabhängigkeitsſinn.

Kein deutſcher Staat liefert beſſere Beläge dafür, daß das deutſche Volk zur Entfaltung ſeiner ureigenſten Kräfte und Anlagen der Mutter Erde und daß namentlich jede deutſche Familie zu normaler Entwickelung eines Teiles der Erdoberfläche bedarf; daß gerade der Hand- und Fabrikarbeiterſtand auf eigener Scholle ſtaunenswerte Fortſchritte macht und hier trotz größter Schwierigkeiten und Kämpfe ums Daſein zufriedenes Leben, häusliches Glück und das Gedeihen der Jugend findet. Lippe führt uns dem Ziele entgegen: Auf gemeinſamer Baſis ein vom einheitlichen Geiſte durchwehtes Volk zu erziehen und die ureigenſte Neigung unſerer Vorfahren zu bethätigen, daß jedem Deutſchen es möglich gemacht wird, auf eigener Scholle ſeiner Familie zu leben. Lippe zeigt die Licht- und Schattenſeiten der jetzigen Benutzungsarten des Grund und Bodens in den denkbar grellſten Farben

und führt uns zu der Ueberzeugung, daß die im deutschen Volke immer mehr zunehmende Unzufriedenheit und deren krassester Ausdruck, die Sozialdemokratie, nie hochgekommen wären, wenn nicht die ungerechteste, unpraktischste, unvernünftigste Verteilung der Erdoberfläche durchgeführt wäre und wenn diese nicht ihren Rückhalt fände in Gesetzen aus längst vergangenen Zeiten. Die Urkraft des lippischen Volkes hat die dasselbe fesselnden Gesetze mit staunenswerter Anstrengung durchbrochen und strebt immer mehr einer gleichmäßigen Verteilung des Grundbesitzes zu. Die dabei zu überwindenden Schwierigkeiten sind groß und finden in den verworrensten Ansichten und besonders in ganz unerklärlicher Verkennung der Lebensbedürfnisse ihre Stützpunkte. Sicher ist, daß die Lipper in fortschreitender Entwickelung, unter Bewahrung und Pflege echt deutschen Lebens den Eindruck eines charaktervollen, festen Völkchens machen. Nichts deutet auf Rückgang oder Armut, überall herrscht frischer, kräftiger Pulsschlag des Volkslebens.

Der Unterschied zwischen Stadt und Land ist infolge des Mangels großer Städte nicht bedeutend; er ist aber auch aus verschiedenen anderen Gründen geringer als in anderen Staaten. Die Ziegler sind über Stadt und Land verteilt und tragen viel zum Ausgleiche der Lebensverhältnisse bei. Die namentlich mit Zieglern und mit den von diesen lebenden Geschäftsleuten durchsetzte Landbevölkerung findet ihre Absatzgebiete nicht ausschließlich in den Städten, sondern vielfach auch in ihrer nächsten Nachbarschaft. Sie hat deshalb schon ganz andere Verkehrsgewohnheiten. Sie lebt aber auch unter ganz anderen Einwirkungen wie die auf sich selbst beschränkten Bauern. Das Beispiel der in allen Teilen der Welt verkehrenden Ziegler und Geschäftsleute hat mächtig auf sie eingewirkt. Die Intelligenten unter ihnen haben mit den Zieglern sehr früh die Bedeutung der Volksschule und guter Ausbildung der Jugend erkannt und sind selbst tüchtige Wirte geworden. So tritt das Völkchen der Lipper in vielfachen Beziehungen mit eigenem Treiben und besonderen Neigungen hervor.

Diese charakteristischen Züge des Volkes sind in allen Erscheinungen des öffentlichen Lebens erkennbar. Wer diesen Rechnung getragen hat, ist überall durchgedrungen selbst in den allerschlimmsten Zeiten der Reaktion, in deren bitteren, harten Kämpfen zwischen Volk und Fürsten, im schweren Ringen mit außerlippischen übermächtigen Kräften und wo oft auch nicht ein Fünkchen Hoffnung außer dem Vertrauen in die

Gerechtigkeit der Sache geblieben war. Das Studium der lippiſchen Geſchichte und der öffentlichen Verhältniſſe iſt deshalb beſonders lehrreich und die Hoffnung lag vor, daß die Reichsbehörden oder deutſche Politiker durch die ſich ihnen wiederholt aufdringenden Veranlaſſungen ſich in die lippiſche, an ſich verhältnismäßig leicht zu überſehende, zahlreich in Zeitſchriften und Broſchüren behandelten Zuſtände vertiefen und daraus auch für das übrige deutſche Reich wichtige Lehren ziehen würden. Die lippiſchen Landtagsverhandlungen, das lippiſche Magazin, die „Lippiſche Poſt“, die „Lippiſche Volkszeitung“, zahlreiche gelehrte Abhandlungen von Falkmann, Petri, Preuß, Hausmann und auch nachſtehende Broſchüren und Aufſätze vom Verfaſſer:

1. Das Waſſerrecht und die einheitliche Ausführung der Gewerbe-Ordnung. 1884. Verlag von F. L. Wagner, Lemgo.
2. Die lippiſche Thronfolgefrage und andere öffentliche Angelegenheiten des lippiſchen Staates. 1884. Selbſtverlag, Druck von F. L. Wagner in Lemgo.
3. Kleinſtädte und Kleinſtaaten auf induſtriellen und gewerblichen Gebieten. 1885. Verlag Auguſt Helmich in Bielefeld.
4. Vierteljahrheft für Volkswirtſchaft uſw. (Aufſatz „Erbrecht bei Grundgütern“). 1885. Verlag von F. A. Herbig in Berlin.
5. Die Bedeutung des Grundbeſitzes für das Wohl der arbeitenden unteren Volksklaſſen. 1892. Carl Heymann's Verlag, Berlin.
6. Der Arbeiterfreund. Zeitſchrift für die Arbeiterfrage. (Aufſatz: Die lippiſchen Ziegler und Hollandsgänger und die Organiſation ihrer Arbeit.) 1885. Verlag von Leonhardt Simon, Berlin.
7. Ackerbau und Induſtrie. 1886. Verlag von F. A. Herbig, Berlin. Separat-Abdruck aus der Vierteljahrsſchrift für Volkswirtſchaft, Politik und Kulturgeſchichte. Jahrgang XXIII.
8. Veränderungsvorſchläge zur Verwaltung des Fürſtlich Lippiſchen Haus-Fideikommiſſes und der lippiſchen Staatsleitung von Rechtsanwalt Oskar Aſemiſſen in Detmold. Verlag von H. Welchert in Lage i/L. 1897.
9. Folgen des Verhaltens der höchſten Organe des deutſchen Reiches in dem lippiſchen Thronfolgeſtreite von Oskar

Asemissen, Rechtsanwalt in Detmold. Druck und Kommissionsverlag von H. S. Hermann, Berlin. 1897.

10. Die Lage der Eisenbahnverhältnisse in Lippe und die Zukunft der rechtlichen Beziehungen Lippes zu Preußens Eisenbahnen betreffend, von Landtagsabg. Asemissen in Detmold. Separat-Abdruck der „Lippischen Volkszeitung". Druck von H. Welchert, Lage i/L.
11. Nr. 37, 38 de 1897 der „Lippischen Volkszeitung". Inhalt: Aufsatz betreffend Wege- und Eisenbahnverhältnisse in Lippe.
12. Nr. 55 de 1897 der „Lippischen Volkszeitung". Inhalt: Aufsatz zu dem Landtagsbeschlusse vom 15. Novbr. 1897.
13. Nr. 12, 13 de 1898 der „Lippischen Volkszeitung". Inhalt: Aufsatz betr. die Verwaltung des Domanialwaldes besonders der Grotenburg.
14. Nr. 67 de 1898 der „Lippischen Volkszeitung". Inhalt: Aufsatz, kritische Betrachtung über Verkauf des Grothe'schen Hofes in Spork.
15. Nr. 169 der „Lippischen Volkszeitung". Inhalt: Aufsatz, Ursachen der augenblicklichen Lage im Fürstentum Lippe von O. Asemissen in Detmold.
16. „Die Verwaltung und Besteuerung des Falkenhagener Staatsforstes."
17. „Zur Lage in Lippe"

liefern ein reichhaltiges Material und eine Fundgrube von Lehren. Besonders für folgende Behauptungen sind in diesen Schriften zahllose Beweise zu finden:

1. Deutsche Fürsten können von jeher auf die Entwickelung des Volkes großen Einfluß ausüben. Viele von ihnen haben aber ihre natürliche Aufgabe nicht entfernt erreicht und sind infolge ihrer Selbstsucht, ihres Mangels an Wissen und Können, Hindernisse der Entfaltung der Volkskräfte und der Fortschritte der Kultur gewesen. Viele deutsche Fürsten haben Großes geleistet, manche haben großartige Auffassung ihrer Aufgaben bekundet und bethätigt und sind die Ergebnisse ihrer Thätigkeit die denkbar verschiedensten. Interessant ist folgende Zeitungs-Notiz:

„In einem von der Bayerischen Landeszeitung mitgeteilten Briefe, den König Ludwig II. im Jahre 1883 an eine Persönlichkeit in Berlin gerichtet hat, findet sich folgende Stelle: „Das Glücklichsein ist nur dann wahres Glück,

wenn ſeine Quelle das Glücklichmachen iſt. Nach dieſen Prinzipien glaube ich zu handeln. Wenigſtens bemühe ich mich, niemanden ungetröſtet weggehen zu laſſen, der ſich in ſeiner Bedrängnis an mich wendet. Wenn ich z. B. hauptſächlich der Kunſt und dem Kunſtgewerbe Arbeit gebe, ſo thue ich dies im Hinblick darauf, daß dieſelben der Unterſtützungen vor allem bedürftig ſind. Außerdem geben meine Bauten Tauſenden von fleißigen Arbeitern reichen Verdienſt und dieſe Tauſende laſſen wieder Tauſende von Kaufleuten und Gewerbetreibenden verdienen. Jedenfalls erfülle ich meine Aufgabe als König hierdurch vollkommener, als wenn ich Reichtümer für meine Erben anſammeln ließe. Ein Fürſt muß hauptſächlich die Verbeſſerung der Verhältniſſe des größeren und ärmeren Teiles ſeiner Unterthanen im Auge haben. Wenn die Fürſten gar ſo gerne irdiſche Schätze aufſpeichern, werden ihre Krönungsmäntel in der Regel von den Motten angenagt; das Volk fühlt unter dieſen Mänteln kein königliches und kein menſchliches Herz ſchlagen."

2. Die Familien-Politik deutſcher Fürſten hat der Regel nach das Wohlergehen der Völker gehemmt und wahren Glanz und Ruhm der Fürſten-Familien nicht hochkommen laſſen. Das eigentliche Glück dieſer ruht in der Pflege der Geſamtheit und in dem Zurücktreten der höchſt perſönlichen Wünſche und Neigungen hinter den Bedürfniſſen des Volkes und der Pflege der höchſten Güter.

3. Diejenigen Fürſten ſind ihren Aufgaben am beſten gerecht geworden, welche die Kräfte und Güter ihrer Familien und Staaten dazu benutzten, durch Hebung und Vermehrung der Volkserziehungs-Anſtalten die heranwachſenden Geſchlechter unabhängiger, ſelbſtändiger und zum Erwerbe geeigneter zu machen; welche jede dem Volke ſich bietende Arbeitsſtätte von den dieſe begehrenden Arbeitskräften ausnutzen ließen; welche alle Teile ihrer Staaten mit gleicher Liebe pflegten; Verkehrswege, ſo oft nur ein Bedürfnis dazu ſich zeigte, auf jede mögliche Weiſe förderten; welche unnatürliche Zentraliſation der Arbeitskräfte in Reſidenzen und Hauptſtädten nicht aufkommen ließen und vor allen Dingen nicht als Herren und Führer des Geiſtes- und Erwerbslebens mit deſpotiſchen Launen auftraten, ſondern als Pfleger und Hüter der geiſtigen Neigungen des unaufhaltſam weiter ſtrebenden Volkes anregend, belebend, die zerſtreuten Kräfte zuſammenfaſſend, in

dem Intereſſe der Geſamtheit dienende Bahnen leitete und durch ihr Verhalten ſich vor Ueberhebung in der Richtung bewahrten, daß ſie für alle einzelnen Kreiſe des vielgeſtaltigen Volkes denken und handeln wollten. Der deutſche Volkscharakter iſt unvereinbar mit herrſchſüchtigen, eitlen Fürſten. — Der Fürſt ſoll ihm nur erſter Diener des Staates, nicht Herr und Gebieter, nur Führer im Kampfe mit auswärtigen Feinden ſein. Das deutſche Volk will im deutſchen Kaiſer den Repräſentanten ſeiner Macht ſehen und zwar um des Volkes willen. Jeder unrichtige Gebrauch der kaiſerlichen Gewalt im Innern erſchüttert das geſamte deutſche Reich, ſein Anſehen, ſeine Kraft; wirkt auf die Stellung der Kleinſtaaten zerſetzend und vernichtend, nährt die Sozialdemokratie mehr als irgend einer der zahlloſen deutſchen Staatskünſtler bis jetzt erreichen konnte und untergräbt vor allen Dingen die erſte Grundlage jeder öffentlichen Stellung, das Vertrauen.

Nichts iſt geeigneter, der Stellung des Kaiſers und der Bundesfürſten mehr zu ſchaden, als die jüngſten Vorgänge in Lippe. Weder das deutſche, noch das lippiſche Volk läßt ſich darüber belehren, was in ſeinen Intereſſen liegt, was vom Standpunkte der Volkswohlfahrt aus würdig und gut erſcheint; wem der Dank des Vaterlandes gebührt; wer treu ſeine Pflichten erfüllt hat und wer nicht. Die vox populi iſt ſtärker und gerechter als der Chor der dem Cäſaren-Kultus Huldigenden. Verhältnismäßig ſehr wenige Fürſten ſind dem hohen, ihnen geſteckten Ziele nahe gekommen. Viele Fürſten haben die großen Gedanken des deutſchen Volkes nicht verſtanden, als ein kräftiges, gebildetes, freies und ſelbſtändiges Volk unter den Kultur-Völkern den erſten Rang einzunehmen. Sie konnten oder wollten ſich den hierdurch gebotenen Anforderungen nicht unterordnen, da zuſammen zu faſſen, wo einzelne Kräfte in elender Verkümmerung ſich aufrieben; die Schwachen zu ſtützen und überall übermäßige Zentraliſation des geſamten Volkslebens zu verhindern.

Die deutſchen Fürſten ſind vor allen Deutſchen berufen, die ſelbſtändigen, unabhängigen Beſtrebungen des Volkes hochzuhalten, überall wahres, geiſtiges und materielles Wohlergehen zu fördern, den Uebergriffen der kräftigen, ſtarken, zum Herrſchen neigenden Naturen die durch die Gebote der Geſamtheit gegebenen Grenzen zu zeigen und überall da ſelbſtſüchtige Beſtrebungen zu unterdrücken, wo eine unnatürliche Benachteiligung ſchwacher Volkskräfte bewirkt würde.

Die Fürsten als erste Diener ihres Staates und Mitglieder der Reichsorgane haben eine der denkbar schönsten Aufgaben, wenn sie nach oben und unten vollständig geistig unabhängig dem Wohlergehen ihrer nächsten Mitmenschen und der Gesamtheit dienen. Sie haben vor allen Dingen die Aufgabe und streng darüber zu wachen, daß der Inhaber der kaiserlichen Gewalt die Grenzen seiner Macht innehält und nur erster Diener des deutschen Reiches bleibt. Sie werden hierzu durch die verschiedensten Umstände besonders veranlaßt. Das Oberhaupt des Reiches befindet sich als deutscher Kaiser, Vertreter des mächtigsten und intelligentesten Volkes der Welt, und König in dem bei weitem mächtigsten Staate in einer ganz besonders an Einfluß und Macht reichen Stellung und überragt sämtliche Bundesfürsten ganz unverhältnismäßig an Bedeutung. Der preußische Staat hat in vielen Beziehungen eine auf Zentralisation der Macht gerichtete Verwaltung seiner verschiedensten Provinzen. Die Politik langer Jahrhunderte hat Preußen dazu geführt, die von seinen Staatsmännern anerkannten Grundsätze auch da einzuführen, wo der Volkscharakter sich dagegen auflehnte und wo echtes deutsches Leben unterdrückt wurde. So praktisch, tüchtig und der Nachahmung wert auch viele der Verwaltungs-Prinzipien sein mögen, so verhaßt sind viele und wenig berechtigte und leicht vermeidliche Auswüchse des strammen Dienstes, des übergroßen Pflichteifers oder gar serviler Streberei. Besonders das Hervortreten der unleidlichen Junker und Streber hat viel geschadet. Fürst Bismarck hat diese nach Memminger in folgenden draftischen Worten geschildert: „Heute regiert draußen im Lande der unpraktische Theoretiker und unerfahrene Streber, dessen Tüchtigkeit und Brauchbarkeit von der herrschenden Bureaukratie nur nach der Unterwürfigkeit taxiert wird. Bei uns in Preußen schlägt alles die Augendeckel um die Wette nach den Fühlhörnern des Ministeriums auf oder nieder, je nach Bedarf oder Wunsch secundum ordinem et voluntatem (der Reihe und dem [höheren] Willen nach)."

Wenn der große Gründer des deutschen Reiches sich so äußerte, so kann man sich ein Bild davon machen, was diejenigen sagen, welche unter den Unbilden solcher Zustände zu leiden haben. Die Auswüchse des Preußentums sind ein Grundübel im deutschen Reiche und die Ursache bittersten und leider berechtigten Hasses.

Den deutschen Fürsten können und dürfen die schwachen

Seiten des preußischen Staates und die besonders hieraus hervorgehenden Folgen nicht unbekannt sein. Sie müssen wissen, daß der König von Preußen unbewußt zu einer Auffassung seiner Machtbefugnisse gelangen kann, welche deutschem Volkscharakter in grellster Weise widerspricht. Der Versuch der Einmischung in die Geschäfte des lippischen Staates vor und während der Erbfolgestreitigkeiten war ein Ausfluß der Politik der hohen Hand, der viel böses Blut gemacht hat.

Die offenbar mit besonderem Vertrauen geehrten von Wolffgramm und von Oertzen kamen mit der Siegeszuversicht des Varus in den noch heute rauhen Teutoburger Wald. Sie hatten ähnlich dem römischen Feldherrn eine gebundene Marschroute und handelten nach allerhöchsten Instruktionen. Die Nachkommen der alten Cherusker sind noch heute so wenig zum Cäsaren-Kultus geneigt, daß sie die höfischen Sendboten nicht respektierten, sondern sie in die Flucht schlugen, daß der dumpfe Schall weit über die lippischen und deutschen Gefilde in alle Welt hinaus erklang. Deutsche Fürsten haben diesen Kampf mit angesehen, als wenn er sie nicht berührte. Der Bundesrat hat wenigstens dem deutschen Volke nicht kund werden lassen, daß er Schritte im Interesse des lippischen Volkes und des nach der Rechtsordnung berufenen Thronerben gethan hat. Dieses Verhalten ist charakteristisch und beweist klar, daß ein vollständiger Wandel dringende Notsache ist.

Das deutsche Volk hat sicherlich weniger Interesse hieran als die deutsche Monarchie. Das Volk kann schließlich ohne Fürsten leben, wie die Hansastädte zeigen. Das Volk wird sich republikanischen Grundsätzen immer mehr zuneigen. Lippische Studienreisen preußischer Beamten können leicht zu einer lippischen Wahl-Monarchie und der sehr nahe verwandten Republik führen. Nicht immer wird bei ähnlichen Versuchen die Monarchie von Gottes Gnaden oben bleiben.

Sollten solche und ähnliche Erwägungen die deutschen Fürsten nicht zu dem Entschlusse der Aufraffung und einer Reorganisation der im ganzen deutschen Volke schlummernden Kräfte führen?

Ganz gewiß sträuben sich nicht allein die Staatsbürger in deutschen Partikular-Staaten, sondern eine ganz überwiegende Mehrzahl der Preußen gegen die heutigen Auswüchse der Monarchie, der deutschen Kaisermacht und des Preußentums. Gerade die in ihren Bewegungen nicht freien, durch allerlei Hindernisse in ihren Entschlüssen eingeengten Preußen

ſehen mit geſpannten Blicken auf den Ausgang des entbrannten Kampfes. Im Gegenſatz zu der vor einigen Jahren herrſchenden Stimmung hoffen viele Preußen jetzt von dem Verhalten der Bundesſtaaten Erfolge für die Selbſtändigkeit und Unabhängigkeit der Deutſchen. Nach der jüngſten Vergangenheit zu urteilen, werden deutſche Bundesfürſten ſolche Hoffnung nicht erfüllen und wird es vorausſichtlich Sache des Volkes ſein, ſich ſelbſt zu helfen. Videant Consules!

Das deutſche Reich iſt kein Auswuchs des preußiſchen Königtums und noch weniger das Reſultat der Thätigkeit der preußiſchen Beamten. So ſehnſüchtig vor dem franzöſiſchen Kriege Bewohner deutſcher Kleinſtaaten preußiſches Regiment wünſchten, ſo verhaßt ſind jetzt denſelben Männern die Auswüchſe des preußiſchen Beamten-Syſtems. Sie verabſcheuen das Preußentum in der verzerrten Geſtalt der Junker, des Bureaukratismus und Strebertums. Dieſe haben weſentlich dazu beigetragen, daß der Glanz der deutſchen Kaiſermacht den Preußen weniger Vorteil gebracht hat als möglich war. Die nach der Kaiſerkrönung vermehrte Königsmacht war vielfach den Strebern ein Sporn, die Macht ihres allergnädigſten Herren zu vermehren, überall deſſen Willen als maßgebend zu bezeichnen, blinden Gehorſam für Königsbefehle zu verlangen und ſich als Träger der Königsmacht mit einem unmotivierten Glanze zu umgeben. Statt eines Königs tauſende von kleinen Deſpoten!

Auch das Vorbild des größten deutſchen Staatsmannes, Bismarck, diente ihnen zu einer Karrikaturbildung. Fürſt Bismarck mußte im Intereſſe des Zuſammenhaltens des nach allen Windrichtungen auseinanderſtrebenden Deutſchlands mit eiſerner Konſequenz beſtimmten Zielen zuſtreben, jeden den Intereſſen der Geſamtheit ſich widerſetzenden Willen unſchädlich machen und oft ohne beſondere Rückſichten auf liebgewordene Gewohnheiten vorgehen. Der Streber ſah dies, dachte nicht über den Unterſchied zwiſchen dem Kanzler und ſich nach und geberdete ſich wie der Reichskanzler als leitender, führender, herrſchender Staatsmann. Quod decet Jovem, non decet bovem! Die nach Bismarck'ſcher Art ſich räuſpernden Streber wurden der Schrecken der Preußen, da leider das Ellenbogen-Syſtem vielfach durchdrang. Wer nicht die Kraft beſaß, mit kräftigem Ellenbogen ſich vorzudrängen und ſich geſchmeidig den in allen Zweigen der Verwaltung auftretenden Nachahmern Bismarcks zu fügen, kam meiſtens nicht weiter und blieb in

den unteren Stellungen. Was Bismarck an unerbittlicher Strenge zeigte, diente dem gesamten deutschen Vaterlande und besonders Preußen; was die ihm nachäffenden Streber an Barschheit, Herrschsucht und verkehrter Strenge hervorkehrten, schadete der Gesamtheit und dem Glanze der Monarchie.

Die deutschen Staaten bilden gerade auf diesen Gebieten ein buntes, mit schroffsten Gegensätzen durchsetztes Bild. In den deutschen freien Hansastädten wählen die Staatsbürger ihre sämtlichen staatlichen Organe. Innerhalb der Grenzen dieser Gebiete ist sogar der schwachbegabteste Mann unter gewissen zu erfüllenden Bedingungen im stande, nach seinem Ermessen zur Wahl der Beamten beizutragen. Aehnliche, wenn auch nicht ganz so weit gehende Rechte haben viele Städte, namentlich frühere Hansestädte, sich bewahrt. Alle Städte haben von jeher das Streben, in ihren inneren Angelegenheiten sich frei vom Einflusse der Fürsten zu erhalten, und dieser Zug ist noch im deutschen Bürgerstande allerorts erkennbar. Leider hat die Reaktion diesem natürlichen und berechtigten Streben einen weit über das Bedürfnis der Partikular-Staaten hinausgehenden Zwang angethan. Immerhin ist das Selbstverwaltungsrecht durchschnittlich in den Städten viel größer als auf dem platten Lande. Auch hier haben bis in die neueste Zeit viele Grafschafts-, Herrschafts- und Rittergutsbesitzer sehr weitgehende Verwaltungsrechte behalten. Bis 1879 bestanden zahllose Patrimonial-Gerichte der Städte, Grafschaften und sogar kleiner Rittergüter; die Pfarr- und Schulstellen wurden in vielen deutschen Staaten nicht vom Landesherrn, sondern nach althergebrachtem Rechte vom Patronatsherrn und den Städten besetzt. Auch andere wichtige Hoheitsrechte sind Ausfluß privatrechtlicher Machtbefugnisse. Die Landesfürsten sind vielfach in einzelnen Teilen ihres Landes nicht einmal in der Lage, irgend einen nennswerten Einfluß auf den wichtigsten Gebieten des öffentlichen Lebens auszuüben. Viel geringer noch ist das Recht der in solchen Gebieten lebenden deutschen Staatsbürger. Diese sind zwar nicht mehr Leibeigene wie ihre Vorfahren bis zum Anfange dieses Jahrhunderts, aber sie können ihre wirtschaftliche Lage nur mit Zustimmung der Territorial-Herren verbessern und wenn auch die reichsten Schätze der Erde, der Wälder, Flüsse und Ströme unbenutzt bleiben. Millionen sind im Laufe der Zeit unnütz verdorben und ungezählte Schätze warten in allen Teilen Deutschlands der Hebung.

Als 1879 die Justiz-Organisations-Gesetze im deutschen Reiche eingeführt wurden, wurde das Wahlrecht der Richter den Staatsbehörden übertragen. Unverkennbar ist das an sich ein Fortschritt. Leider ist die Ausführung der an sich guten Maßregel vielfach dem deutschen Volke nicht zum Vorteil erwachsen. Jetzt weht der Wind der Hoffnung nur von einer Stelle. Allmächtige Minister deutscher Partikular-Staaten zeigten bald eine von der Auffassung der Bevölkerung vollständig abweichende Praxis in der Besetzung der Richterstellen. Vielfach artete diese in Erbrecht aus und kümmerten sich manche Minister wenig um besondere Befähigung. Manche Minister waren gar nicht einmal im stande, diese zu beurteilen, weil es ihnen an entsprechender Vorbildung fehlte, z. B. hatte der Kabinets-Minister von Wolffgramm in Lippe nicht einmal das Richter-Examen gemacht, überhaupt nicht Richterdienste selbstständig geleistet und auch nicht in einem Justiz-Ministerium gearbeitet. Minister kleiner Staaten haben wiederholt Beweise dafür geliefert, daß sie die Wahl der Richter schlechter ausführten wie früher die kleinsten Städtevertretungen. Diese hatten meistens gesunden Menschenverstand und den besten Willen, den man bei Entscheidungen von Ministern oft vergeblich sucht. Auch in großen Staaten sind ganz unerhörte Mißgriffe in der Auswahl der Richter vorgekommen und es zeigt sich überall auch auf diesen Gebieten, daß der Bevölkerung der Staaten ein unmittelbares oder mittelbares Mitwirkungsrecht gegeben werden muß, wenn ihre Interessen gewahrt werden sollen. Niemand wird leugnen, daß das Wahlrecht der Verwaltungs-Organe mindestens gleichwertig mit dem der Justizbeamten ist und doch ist auf diesem Gebiete ein der Justiz-Organisation ähnlicher Vorgang nicht zu verzeichnen. Einige von deutschen Magnaten regierte Länder stehen unter ganz unqualifizierbarem Regimente.

Die Beamten deutscher Fürsten haben solche Gebiete der Regel nach unberührt gelassen und darauf ihre reaktionären Gelüste nicht erstreckt. Sie richteten ihr Augenmerk hauptsächlich auf die kleinen Städte und das unter ihren Herren stehende platte Land. In den Bewohnern der Bauerndörfer, Flecken und der nicht mit Privilegien ausgerüsteten Gaue fand der Volksbeglücker und Streber seine Versuchsobjekte. Hier trat der stramme Fürstendiener mit Härte und Strenge auf. Wenn in der benachbarten Stadt und Herrschaft jeder Mann zu denken und auf allen Gebieten zu handeln berechtigt war,

trat in den ländlichen Landrats-, Bezirks-, Amtshauptmanns- und sonstigen Gebieten ein wirkliches Oberhaupt hervor. Der allmächtige Beamte nahm für sich die Bedeutung des Hauptes im menschlichen Körper in Anspruch. Wenn auch Gemeinde- und Kreisvertretungen wagten, sich als Vertreter der Bezirke zu betrachten, sie wurden oft von der vollen Bedeutungslosigkeit ihrer Stellung überzeugt. Je strammer, konsequenter das Prinzip der festen Regierung, der kräftigen Monarchie durchgeführt wurde, je weniger wurde den Selbstverwaltungs-Organen Freiheit des Denkens und Handelns gelassen. Vom Oberhaupte sollten die Gedanken auf die Menschheit ausströmen und je hohler die Köpfe der Machtinhaber waren, je bombastischer, theatralischer und renommistischer erklangen ihre Worte. Thaten im Sinne der Volkswohlfahrtspflege konnte man von ihnen nicht erwarten; sie lebten ja nur ihrer Selbstvergötterung. Je schwächer deutsche Fürsten waren, je stärker trat diese Richtung des Regiments hervor. Nichts echt, nichts wahr, nur vollständige Versumpfung des öffentlichen Lebens war das Resultat solcher Monarchien. Die Deutschen standen solchem Treiben oft vollständig machtlos gegenüber und nicht einmal die großen Revolutionen dieses Jahrhunderts hatten durchschlagenden Erfolg. Immer wieder brachen die Versuche der Unterdrückung deutschen Charakters hervor. Nur die urwüchsige Kraft der Deutschen und ihre unerschöpfliche Gedankenfülle vermag Mittel und Wege aus solchen Wirrnissen und Verkümmerungen zu finden. Jedes schwächer veranlagte Volk würde längst untergegangen sein.

Der starke Naturtrieb der Deutschen, sich selbständig und unabhängig zu machen, bestimmte zu einer anfangs schwachen, naturgemäß beständig anwachsenden Auswanderung aus den von deutschen Grundherren, Fürsten und Beamten in angegebener Art verwalteten Gebieten. Kräftige und starke Naturmenschen rissen sich von der Heimat los und strömten in die Städte mit freierer Verwaltung und mit besserer Gelegenheit zur Ausnutzung der Arbeitskräfte, oder ins Ausland.

Seit Jahrhunderten bestehende und in neuester Zeit immer stärker zunehmende Auswanderungen in die Fabrik- und Industrie-Zentren sind ohne Zweifel in ihren wesentlichsten Ursachen auf den Mangel an Einsicht deutscher privilegierter Grundbesitzer und deutscher Regierungen zurückzuführen. Die einmal begonnene Kristallisation der Arbeitskräfte in den Zentren zog immer weitere Kreise und wurde selbstverständlich um so größer

und ſtärker, je weniger deutſche Fürſten, Regenten und Standesherren mit ihren Beamtenſcharen Verſtändnis für die Bedeutung und die Bedürfniſſe der Induſtrie zeigten. Was in dieſer Beziehung geleiſtet, iſt in den oben erwähnten Broſchüren nachzuweiſen verſucht.

Die Wirklichkeit übertrifft die hierin gebotenen Bilder und läßt uns die Grundurſachen der Sozialdemokratie nicht in undurchdringlichem Nebel liegen. Denn die Berater der Fürſten ſind ſo oft in den dem Volksgeiſte vollſtändig fremden Anſchauungen und in dem Wahne aufgewachſen, ſie ſeien lediglich ihres Fürſten und nicht des Volkes wegen vorhanden. Dieſer Grundſatz iſt vielleicht als das einzige in allen deutſchen Staaten beobachtete Beamten-Prinzip zu betrachten, während im übrigen vergeblich nach einer dem deutſchen Volkscharakter entſprechenden Verwaltungsmethode geſucht wird.

Wo, wie in Lippe und in der Mehrzahl deutſcher Staaten, ein ſchroffer Gegenſatz zwiſchen Kammer- und Staatsbeamten beſtand und wo letztere mit dem beſten Willen die Intereſſen der Bevölkerung nicht zur Geltung bringen und nicht einmal Gerechtigkeit und Billigkeit bei der Verteilung der Staatslaſten erwirken konnten, da entſtanden ſchwere Mißſtände und unabläſſig fließende Quellen der Unzufriedenheit; da reift die Neigung zu gewaltſamer Reorganiſation und zum Triebe in beſſere Verhältniſſe.

Gerade dieſes Gebiet iſt unerſchöpflich und kann deshalb hier nur von einzelnen Geſichtspunkten aus betrachtet werden.

Rätſelhaft bleibt die vollſtändige Syſtemloſigkeit deutſcher Fürſten in den Zielen ihrer Regierungen und in der Auswahl der Staatsorgane. Bald bemerken wir hochorthodoxe, bald freigeiſtige, bald reaktionäre, bald ins Liberale ſchimmernde und ſchillernde Beamte, bald deſpotiſche, bald konſtitutionelle Anwandlungen. Die deutſchen Fürſten boten von jeher ſo weit von einander abweichende Regierungs-Erſcheinungen, wie ihre Staaten in Größe, Lage und Macht von einander abwichen. Niemand kann klare, beſtimmte Herrſchergrundſätze aller deutſchen Fürſten unter leitende Geſichtspunkte zuſammenfaſſen, ja es wird nicht einmal möglich ſein, aus drei oder mehr oder auch nur aus zwei aufeinander in denſelben Staaten gefolgten Fürſten ſyſtematiſch durchgeführte Prinzipien feſtzuſtellen. Die Fürſten herrſchten in der Regel nach eigenem Ermeſſen. Dies würde an ſich deutſchem Weſen am beſten entſprechen, wenn die Fürſten an der Spitze des geiſtigen Lebens geſtanden

hätten und voll ihre Aufgabe zu erfüllen geneigt und im stande gewesen wären. Wenn ein Fürst nicht einmal orthographisch richtig schreiben konnte, die allerelementarsten Wissenschaften nicht einmal stümperhaft beherrschte, schwächste Geisteskräfte, ja zeitweise gestörte Denkfähigkeit zeigte, dann wird der Mangel klarer Verwaltungsgrundsätze besonders schwer empfunden sein, dann wirkte die Charakterlosigkeit und Mangel an Halt in allerschädlichster Weise. Wie in solchen Fällen von einem Oberhaupte des Volkes gesprochen werden konnte, ist unerklärlich.

Die deutschen Fürsten können und müssen sich davon überzeugen, daß sie nur Glieder des Volkes und fehlbare Menschen sind, daß ihnen nach göttlicher und menschlicher Ordnung nur der Gesamtheit wegen eine Stellung in der Staatsleitung eingeräumt ist, welche nicht nach Willkür, sondern nach einer dem Wohlergehen des Volkes ausschließlich dienenden Ordnung geleitet werden muß. Gerade diese Erwägung müßte deutsche Fürsten dahin führen, bei den wichtigsten ihrer Handlungen, der Auswahl ihrer Mitarbeiter, nach fester durch Volkscharakter und Bedürfnis der Gesamtheit gebotener Rechtsordnung zu verfahren. Hierin hätte sich die Berechtigung der staatserhaltenden Grundsätze zu zeigen. Hier müßten wahre konservative Lehren ihre Berechtigung finden. Hier hätten die für Recht erkannten Lehren der Volkswohlfahrtspflege dilettantischen Neigungen und despotischen Anlagen ein Ziel zu setzen.

Die mangelhafteste Vorbereitung eines plötzlich und unerwartet zur Regierung gekommenen Prinzen würde keinen Schiffbruch leiden, wenn ihm vom Vertrauen seines Vorgängers und des Volkes getragene Organe der Staatsleitung den Weg zeigten. Da, wo fremde Prinzen, über Nacht in ein Land gesandte Kron-Prätendenten, überhaupt einem Befähigungsnachweise nicht unterworfene Jünglinge, abgelebte Greise, geistig schwache Männer zur Nachfolge im Regimente eines Staates gelangen können, ist ein fester, unwandelbarer Ausgangspunkt der Verwaltung ganz besonders im Interesse der Monarchie Notsache. Was ist nun im Laufe der letzten Jahre in dieser Richtung geschehen? Der Prinz-Regent Adolf zur Lippe-Bückeburg hielt es vom Standpunkte seiner besonderen Auffassung und seiner Vorbildung in einem Husaren-Regimente zum Herrscher für geboten, den lippischen Beamten zu erkennen zu geben, daß er ihnen die Leitung der Staatsgeschäfte nicht

anvertrauen könne und berief einen preußiſchen Landrat zum Kabinetsminiſter. Wie weit hierbei irgend ein Einfluß eines lippiſchen Staatsbürgers mitgewirkt, iſt nicht bekannt geworden. Auch der Graf-Regent Ernſt zur Lippe befolgte denſelben Grundſatz.

Lippiſche Regierungsgrundſätze der letzten 30 Jahre überhaupt klar wiederzugeben, iſt gewiß viel ſchwieriger, als den Volkscharakter darzuſtellen. So einfach und klar, feſt, unentwegt der wahre, nicht von Hofluſt, Fürſtengunſt, Beamtenſtrebertum beeinflußte Lipper ſich zeigte, ſo kompliziert, verworren iſt der Zickzackgang des lippiſchen Staatsſchiffes. Von Dr. Laurentius Hannibal Fiſcher, dem Flottenverkäufer, bis hinab in die jüngſte Vergangenheit, fordern liberale und konſervative wohlwollende Patrioten eine Verfaſſung und eine klare Ordnung der ſtaatlichen Verhältniſſe.

Könnte es deutſchen Fürſten überhaupt ſchaden, wenn ſie vor der Anſtellung jeder Art von Staatsdienern berechtigten, befähigten Vertrauensmännern des Volks Gelegenheit gäben, ihre Anſicht zu äußern? Dies wird mit den verſchiedenſten Begründungen verweigert und wird die Monarchie dabei auf die Dauer alles Anſehens beim Volke verluſtig gehen. Die Mängel ſolcher Zuſtände ſind eben unverkennbar und fallen auf die Fürſten zurück.

In Wirklichkeit iſt die Sachlage meiſtens ſo. Die Miniſter und Beamten beſtimmen, wen ſie unter ſich aufnehmen wollen, wer im Intereſſe der Beamtenhierarchie in eine beſſere Stelle einrücken darf, wer aus Familien-Politik in die Nähe des Fürſten treten darf. Vielfach iſt nicht Verdienſt, ſondern ausſchließlich Gunſt der Beamten maßgebend. In einem größeren Bundesſtaate erkannten ſämtliche Beamte an, daß ein Reſſort-Miniſter ſich nur um die Beſetzung der höchſten Beamtenſtellen kümmerte und die Auswahl der unteren Beamten vollſtändig ihm untergeordneten Räten überlaſſen hat und von dieſen ohne Ueberſicht über das geſamte Beamten-Perſonal und vielfach ohne Rückſicht auf Befähigung verfahren wurde. Viele wirklich geiſtig unabhängige, tüchtige und voll ihre Pflichten erfüllende Männer müſſen hinter Strebern zurücktreten. „Wer nicht jeden Kohl auf ſeinem Kopfe hacken läßt und nicht unbedingt ſeinen Rücken beugt", kommt nicht weiter, ſind Worte eines unter dem Drucke ſolcher Verhältniſſe erbitterten Ehrenmannes und deutſchen Mannes. Worin liegt in ſolchen Verhältniſſen der Vorteil des Monarchen? Iſt er wirklich Ober-

haupt des Staates? Er denkt und handelt selbst dabei gar nicht. Er spielt nur die Rolle des Handlangers der Beamten. Diese könnten überhaupt nicht, sicherlich nicht in der bislang so beobachteten Gestalt hochkommen, wenn sie wüßten, daß sie nur in den Grenzen der Volkswohlfahrt sich streng zu bewegen hätten und nicht in Fürstengunst ausschließlich ihre Existenzberechtigung fänden.

Das deutsche Volk für unbefähigt zu erklären, auf diesem Gebiete seine Pflicht zu erfüllen, ist die denkbar schlechteste und in sich selbst schon widerlegte Einrede.

Würde der Geist deutscher Beamten ähnlich dem Verfahren der Ehrengerichte der Rechtsanwälte und der Offiziere zu lediglich dem Interesse der Volkswohlfahrt dienender Auffassung erzogen und von dem Gebote der Ehrenpflichten eines gemeinsamen deutschen Beamten-Standesbewußtsein abhängig gemacht, so läge immer die Möglichkeit vor, seine Bedeutung und sein Ansehen zu heben. Die Geschichte des deutschen Beamten hat vielfach wohl das Bild unberechtigten, vollständig verderblichen Beamtenschutzes, aber seltener das strenger Erziehung des Beamten lediglich vom Standpunkte des Volksinteresses aus geboten. Beamtenüberhebung und gewissenlose Pflichtverletzung sind unendlich oft die Früchte falschen Schutzes der Beamten gewesen und ist im deutschen Volke vielfach der Glaube verbreitet, deutsche Behörden verlangten privilegierte Zustände für die Beamten.

Natürlich wirken diese Zustände in schädlichster Weise und verleiden guten, tüchtigen Beamten wahre Freude an ihrem Berufe. Diese würden gern Ehrengerichte unter sich einführen und sich dem Spruche derselben unterwerfen, aber jetzige Beamtengrundsätze gestatten dies nicht, sie wollen die Beamten lediglich von den Vorgesetzten abhängig wissen und verschärfen die Schwierigkeiten der Einleitung von Disziplinar-Verfahren mit allen erdenkbaren Mitteln. Zudem sind die gesetzlichen Bestimmungen der Disziplinargesetze fast sämtlich unter der Reaktion entstanden oder unter ihr verdorben und enthalten keine Bestimmungen, welche den einzelnen Beamten verpflichten, das Standesbewußtsein überall zu pflegen und auch zu überwachen.

Deutsche Rechtsanwälte und deutsche Offiziere haben ganz unverkennbar eine von deutschen Beamten weit abweichende Auffassung von ihren Pflichten gegenüber Verbrechen, Vergehen, Verstöße gegen Moral, Sitte und Anstand ihrer Kollegen.

Beide Stände würden unerbittlich gegen gemeine, charakterlose und schwache Mitglieder vorgehen, wie solche im Beamtenstand der deutschen Staaten nicht allein geduldet, sondern oft mit Auszeichnungen überhäuft wurden. Die Fähigkeit, das Weihrauchfaß beim Cäsaren-Kultus zu schwingen, war so oft die deutsche Beamte bemerkbar machende Erscheinung.

Die Fürsten- und Staatsdiener unter schwachen Fürsten sind von jeher der größte Krebsschaden des deutschen Volkes und die Ursache vieler abnormaler Erscheinungen in deutschen Staaten gewesen. Gerade schwach begabte, nur ihr eigenes vermeintliches Interesse pflegende Fürsten haben stets in Beamten willige Diener ihrer Launen und Unterdrücker gesunder Volksströmungen gefunden. Das System der Erziehung, der Auswahl und der Ernennung der Beamten wurde nicht ausschließlich geleitet von den allein richtigen Lehren der Wohlfahrtspflege des Volkes, sondern steht vielfach mehr wie billig und gut unter den Einwirkungen momentaner Stimmungen der Fürsten und der dem Volke nachteiligen Einflüssen der Beamten- und Vetternwirtschaften. Es ist schwer zu entscheiden, was unnatürlicher, verderblicher von diesen beiden Einwirkungen ist.

Der Vetterndünkel und Hochmut ist ebenso hohl wie verderblich.

So lange nicht ausschließlich nach dem Gebote der Wohlfahrt des Volkes und frei von den verderblichen Einflüssen des Hofes, der Bureaukratie, der Auswüchse der Beamten und der an die Höfe sich drängenden Schmarotzer, nach einem durch Verfassung und Recht bestimmten Systeme das Beamtenwesen geordnet, überall die volle Oeffentlichkeit, Mündlichkeit und andere das Vertrauen pflegende und hebende Einrichtungen eingeführt werden, wird überall im deutschen Volke ein Grundübel fortbestehen.

Die deutschen Fürsten sind nur mit Hülfe aller Kräfte des Volkes im stande, dessen gerechten Wünschen zu entsprechen. Es haben kaum den Knabenschuhen entwachsene Prinzen oder geistig beschränkte, ja zeitweise gestörte Männer, herrschsüchtige, eigenwillige Naturen und andere abnormale Erscheinungen unter den deutschen Fürsten unternommen, ganz einseitig die Beamten zu ernennen, aus dem Dienste zu entlassen, mit Instruktion zu versehen und in anderer Weise auf sie einzuwirken. Das mußte zu unnatürlichen Zuständen führen. Es ist sicherlich nicht schwieriger, die überall im deutschen Volke vorhandenen

reichen Kräfte und hervorragenden Anlagen zur Leitung öffentlicher Angelegenheiten ebenso zu verwerten und hervorzuziehen, wie durch die Volksheer-Einrichtung die physischen und geistigen Kräfte der Gesamtheit dienstbar gemacht sind. Fürst Bismarck hat durch das Reichstagswahlrecht die liberalste Institution aller Kulturstaaten geschaffen und hat damit den Weg gezeigt, auf dem notwendig der Ausbau des deutschen Reiches weiter geführt werden muß. Der Deutsche hat dasselbe Interesse an der Auswahl der Beamten wie an der Auswahl der Reichstagsabgeordneten, und es ist gar nicht erfindlich, weshalb er in das an Einfluß reiche Organ des deutschen Reiches Vertreter wählen kann und nicht in die kleinsten Verwaltungsbehörden der Kleinstaaten.

Die Gründer des deutschen Reiches hatten zwar schon bei Beginn ihres Schaffens mit übertriebener, nicht berechtigter Neigung zur Zentralisation und zu einer besonders starken Ausbildung der kaiserlichen Machtbefugnisse zu kämpfen, sie haben diese aber besonders im Anfange mit großem Erfolge bekämpft. Es sind im Reichstage und auch im Bundesrate Organe geschaffen, welche bei gesunder Entwickelung und bei einer allen Teilen des deutschen Reiches in gleichmäßiger Weise Rechnung tragenden Ausbildung wohl im stande gewesen wären, die Pflege der Volkswohlfahrt voll zur Geltung zu bringen. Besonders bei der Einrichtung von Reichsbehörden trat früher das Bestreben hervor, nicht den deutschen Kaiser bei der Besetzung der Stellen allein entscheiden zu lassen. Das Bundesamt für Heimatwesen z. B. wird in der Weise besetzt, daß auf Vorschlag des Bundesrats vom Bundes-Präsidium die Ernennung erfolgt. Der Bundesrat ist nun die denkbar unglücklichste Behörde für ein Mitwirkungsrecht des deutschen Volkes bei der Besetzung wichtiger Reichsämter. Er bestand oft seiner überwiegenden Mehrzahl nach aus preußischen oder von Preußen abhängigen Beamten. Viele Bundesratsmitglieder ließen sich regelmäßig oder doch oft vertreten. In Lippe z. B. hatten bislang die vom Fürsten berufenen Bundesratsmitglieder meistens oder doch oft keine Zeit, an den regelmäßigen Sitzungen teilzunehmen. Die Mehrzahl derselben war aus preußischem Dienste nach Lippe gekommen; sie werden Lippe nur als Durchgangsstation in ihrer Beamten-Karriere betrachtet haben. Mehrere lippische Minister sind auch in preußischen Staats- oder Kommunaldienst wieder übergetreten. Die Herren haben sich oft nicht so lange in Lippe aufgehalten, daß sie

mit den wichtigſten Verhältniſſen der lippiſchen Staatsbürger vertraut werden konnten. Sie ſtießen vielfach auf ſolche Hinderniſſe ihrer Thätigkeit bei dem Fürſten — weniger bei dem Volke —, daß ſie dieſem weichen mußten. Solche Beamte waren, mit rühmlicher Ausnahme, natürlich in erſter Linie obendrein Fürſtendiener und würden, ſelbſt wenn ſie dazu befähigt geweſen wären, gar nicht im ſtande geweſen ſein, die Intereſſen des lippiſchen Volkes voll zur Geltung zu bringen und in Konfliktsfällen zwiſchen Fürſten und Volk durchzuſetzen.

Aehnlich und noch viel ungünſtiger ging es in anderen Bundesſtaaten.

Die Vertreter dieſer im Bundesrate ſpielten nach allen Richtungen hin nicht allein eine höchſt undankbare Rolle, ſie waren ſich ſehr oft des eigentlichen Zwecks ihrer Aufgabe und namentlich nicht der Pflicht bewußt, das deutſche Volk und beſonders das von ihnen im Bundesrate repräſentierte Volk zu vertreten.

In zahlloſen Fällen iſt die Mangelhaftigkeit dieſer Zuſtände ſogar in den Reichsgeſetzen nachweisbar und bieten hierfür Lippe und namentlich das Zieglergewerbe beſondere Beweismittel. Als z. B. der Reichsgeſetzentwurf betreffend die Gewerbegerichte vorgelegt war, fehlte darin die für das lippiſche Zieglergewerbe wichtige Beſtimmung im § 1 „zwiſchen Arbeitern desſelben Arbeitgebers".

Der lippiſche Vertreter im Bundesrate hatte nicht erkannt, daß ohne dieſe Beſtimmung das Geſetz nur verhältnismäßig geringe Anwendung im lippiſchen Ziegler-Gewerbe finden konnte. Aus der lippiſchen Bevölkerung heraus wurde die Aenderung des Geſetzentwurfs angeregt und allſeitig auch vom Bundesrate in der Reichstags-Kommiſſion als berechtigt anerkannt und in das Geſetz ſpäter aufgenommen. Lediglich der Zufall, daß der Reichsgeſetzentwurf von einem lippiſchen Staatsbürger geprüft worden iſt, veranlaßte die weſentliche Veränderung. Der Vorgang hätte die erwartete, ſehr naheliegende Aenderung anregen können, daß die Reichsgeſetzentwürfe in anderer Weiſe und namentlich ſo vorbereitet würden, daß den einzelnen Volksvertretungen Gelegenheit zur Prüfung durch Einholung von Gutachten oder in anderer Weiſe gegeben würde. Die Land- und Provinzial-Landtage des deutſchen Reiches werden zu ſolcher Mitwirkung nicht herangezogen. Das lippiſche Volk kann Reichstagsabgeordnete und Regenten wählen und letztere auch abſetzen. Es kann für den Fall einer nicht nach

der Rechtsordnung berufenen Regentschaft die zur notwendigen Stütze dieser bezüglichen Gesetze erlassen, aber bei einem auf das Zieglergewerbe bezüglichen Reichstagsgesetzentwurfe wird ihm offiziell keine Gelegenheit gegeben, einen Rat zu erteilen. Die Reichstagsabgeordneten, die nicht einmal Lipper waren und lippische Verhältnisse nicht vollständig beherrschten, haben nicht einmal die Machtbefugnisse, sich von den Organen der lippischen Bevölkerung die erforderliche Auskunft zu verschaffen. Sehr fraglich ist auch, ob überhaupt und wie weit sie Einfluß auf die Ausarbeitung der Gesetzentwürfe im Interesse Lippes hätten ausüben können.

In Lippe wurde früher, ehe die Reaktion eintrat und besonders zur Zeit der Fürstin Pauline, vor Vorlage von Gesetzen allen Kreisen der Bevölkerung, den Vertretern der Städte, den Amtsgemeinderäten, den Richtern und Verwaltungsbeamten Gelegenheit gegeben, sich gutachtlich über das bestehende Recht, die einschlagenden Gerichts- und Gewohnheitsgebräuche und die zu machenden Aenderungen zu äußern.

Lippe hat auf diesem Wege Gesetze und auf einzelnen Gebieten Rechtszustände und Einrichtungen bekommen, welche mustergiltig und im höchsten Grade der Nachahmung wert sind; z. B. die Gütergemeinschaftsordnung von 1786, das Volksschulwesen bis 1868, die Kommunal- und Chausseebau-Zustände. Die lippischen Minister der letzten Jahrzehnte haben die Reichsgesetzentwürfe nicht einmal dem Landtagsausschusse oder Landtagspräsidium zur Kenntnisnahme mitgeteilt. Natürlich und ganz erklärlich erscheint es, daß nach der Publikation der verschiedenen Novellen zur Gewerbeordnung lebhafteste, heftigste Entrüstungsrufe über höchst unpraktische und besonders für das Zieglergewerbe höchst nachteilige Aenderungen erhoben wurden.

Die Reichsgesetzgebung auf dem Gebiete der Gewerbeordnung schwankt in den schroffsten Gegensätzen; in neuerer Zeit ist das 1868 eingeführte System und der große Gedanke der Entwickelung der Volkskräfte auf freiheitlicher Basis vollständig aufgegeben. Die erste Gewerbeordnung ist aus den Entwürfen bezw. aus den Anregungen der ersten Mitarbeiter des deutschen Reichsgedankens hervorgegangen, enthält eine ganze Menge bahnbrechender Bestimmungen und ist nur aus dem Grunde lückenhaft, weil es zunächst nur darauf ankam, die allerschlechtesten, jammervollsten Einrichtungen des Mittelalters zu beseitigen und weil bei der gewaltigen Menge der der

Aenderung bedürftigen Erſcheinungen im gewerblichen und induſtriellen Leben ein ſofortiges alle Uebel beſeitigendes geſetzgeberiſches Werk nicht ausführbar war.

Die Wirkungen der Regalität und die Beziehungen der fürſtlichen Familien hierzu waren faſt in allen deutſchen Staaten vorherrſchend und gerade in dieſen Zuſtänden lag eine der größten Schwierigkeiten der Löſung.

In Lippe z. B. könnte man ſagen, daß die Zukunft des Gewerbes und der Induſtrie Lippes im Waſſer liegt. Statt in dem immerhin noch geſunde, wenn auch ſehr beſchränkte Zuſtände erzeugenden Zieglerhandwerk könnte Lippe ſeine Landeskinder in Gewerbe und Induſtrie beſchäftigen, wenn die Fürſtliche Rentkammer nicht die Bäche und Flüſſe, die Kräfte der Erde und der Luft beherrſcht und von jeher verſtanden hätte, die ihr gegebene gewaltige Macht im eigenen Intereſſe und nicht in dem des lippiſchen Volkes auszunutzen. Die Folgen dieſer Zuſtände ſpiegeln ſich im Volksleben der Lipper und in den traurigen Vermögens- und Verwaltungszuſtänden des Fürſtlichen Vermögens. Ein im Winter 1898 gegebener Ueberblick über die Lage des Domaniums und der darauf betriebenen Gewerbe fordert das denkbar ſchärfſte, vernichtendſte Urteil ſolcher Wirtſchaft heraus. Wäre nach 1868 die urſprünglich auch in Lippe ſich regende durch die Reichsgewerbeordnung belebte Hoffnung einer geſunden volkswirtſchaftlich kräftigen Reichsleitung erfüllt und hätten die lippiſchen Beamten Reichsorgane als Richter im Streite zwiſchen vermeintlichen Intereſſen der Rentkammer und des um ſeine Exiſtenz kämpfenden Volkes fürchten müſſen, ſo wäre die jetzige lippiſche Kataſtrophe nicht eingetreten und lippiſche Ziegler machten nicht in allen Teilen Deutſchlands ihren Standesgenoſſen Konkurrenz, ſondern ſäßen vorausſichtlich, ihrem innerſten Triebe folgend auf heimatlicher Scholle im eigenen Gewerbebetriebe oder als Arbeiter in lippiſchen gewerblichen Anlagen.

Die Fürſtliche Rentkammer iſt eine Behörde, die allem Anſchein nach an unheilbarer, den Intereſſen des Volks widerſprechender Auffaſſung ihrer Aufgabe leidet und die auch heute lieber mineraliſche Quellen unbenutzt fließen läßt, als ſie der leidenden Menſchheit und der Bevölkerung dienſtbar zu machen. Sie verharrt überall bei der Verwaltung des großen Domanial-Vermögens bei ganz veralteten Grundſätzen. Der lippiſche Staatsbürger kämpft hiergegen einen verzweifelten Kampf und hat bis jetzt weder in den Fürſten noch Regenten, noch in

Staatsminiſtern, noch in Beamten die ihm ſo dringend notwendige Unterſtützung gefunden. Die Staatsbehörden haben entweder nicht die Kraft oder nicht die Einſicht, daß Lippe's Zukunft bedingt wird durch einen vollſtändigen Bruch mit der unglücklichen Tradition der Kammerverwaltung. Die jüngſte Zeit hat dies beſtätigt, was ſo vielfach erörtert und namentlich in der oben erwähnten Broſchüre nachzuweiſen verſucht iſt. Die Herrſchaft der Rentkammer im Staate iſt unhaltbar, wenn Lippes Volkskraft ſich entfalten ſoll; der Bundesfürſt als Grundbeſitzer muß wiſſen, daß er Diener des Staates iſt und daß ſeine Aufgabe in erſter Linie die Pflege der Volkswohlfahrt iſt. Wer im deutſchen Vaterlande Rundſchau hält und einmal gründlich die Verhältniſſe prüft, wird zu den hier gefundenen, wenn nicht viel ſchlimmeren Ergebniſſen gelangen.

Die Gewerbeordnung war großartig zugeſchnitten, aber ſie iſt nicht ſorgfältig durchgearbeitet, nicht dem vielgliedrigen Körper des deutſchen Volkes angepaßt und iſt durch ganz jämmerliche Flickarbeit entſtellt. Die großen Meiſter der Gründung der Reichsorgane und der Reichsrechtsordnung haben gerade der Gewerbeordnung nicht das gegeben, was jedem bedeutenden, zunächſt nur in großen Zügen angelegten Werk not thut.

Statt dieſe für die Volkswohlfahrt ſo wichtige Gewerbeordnung mit den zu ihrer Einführung und konſequenten Durchführung notwendigen einheitlichen, kräftigen Organen zu verſehen und die ſchließliche Entſcheidung der hervortretenden Gegenſätze in einer Zentralſtelle, in einem höchſten Reichs-Gewerbegerichte und Reichsgewerbebeamten zum Austrage zu bringen und die Gewerbe- und Induſtrie-Betriebe durch Reichs-Organe überwachen zu laſſen, wurden in den Bundesſtaaten mit dem großen Geſetze unvereinbare Zwitterbehörden und ein den Geiſt des Geſetzes verkümmerndes Verfahren eingeführt. Natürlich erklangen bald aus allen Teilen Deutſchlands die bitterſten Klagen.

Die Broſchüren: „Das Waſſerrecht und einheitliche Ausführungen der Gewerbeordnung, 1884“, „Kleinſtädte und Kleinſtaaten auf induſtriellen und gewerblichen Gebieten, 1885“ bieten Illuſtrationen der durch die Handhabung der Gewerbeordnung im Bundesſtaate Lippe hervorgerufenen Zuſtände. In andern deutſchen Staaten ſind die Eindrücke noch betrübender und ſo ſcharf hervortretend, daß es unerklärlich bleibt, wie den kleinſtaatlichen Beamten die Handhabung einer Gewalt über-

laſſen bleiben konnte, welche unbedingtes Eintreten für die Geſamtheit des deutſchen Volkes und die Kraftentfaltung des deutſchen Reichs für die erſte Aufgabe halten muß und unvereinbar iſt mit den Intereſſen der kleinen und kleinlichſten, überlebten Verwaltungs-Syſteme mancher Bundesſtaaten.

Wenn irgendwo eine Zentraliſation geboten war, ſo iſt es gerade auf dieſem Gebiete eine ganz dringende Notſache, die ſtörriſchen Glieder der deutſchen kleinen und kleinſten Bundesſtaaten zu einer dem geſamten deutſchen Volke dienenden, das Nationalvermögen vermehrenden, die Arbeiter hebenden, pflegenden Thätigkeit zu erziehen und überall die Kräfte des deutſchen Volkes zuſammenzufaſſen zu klarer, der Geſamtheit dienender, jegliche Sonderrechte ausſchließender Rechtsordnung.

Wer ſich ein Bild davon machen will, wie weit das deutſche Reich von dieſem Ziele entfernt iſt, möge feſtſtellen, wie weit die Durchführung des Reichsgeſetzes vom 29. Juli 1890 betreffend die Gewerbegerichte gediehen iſt und wie weit von Thätigkeit der Gewerbe- und Induſtrie-Inſpektion in deutſchen Staaten die Rede ſein kann.

Bei dem Reichsgeſetze vom 29. Juli 1890 bot ſich die beſte Gelegenheit, ein Reichs-Inſtitut zu ſchaffen und hier die Thätigkeit zu entfalten, die die kleinen Bundesſtaaten überhaupt nicht leiſten können. Das Geſetz ſchwebt vollſtändig in der Luft und hat, da der Gedanke der Gewerbeſondergerichte nicht einmal logiſch durchgeführt iſt, gar keinen erkennbaren Zweck. Jeder Bundesſtaat hat es in der Hand, ob er dasſelbe durchführen will oder nicht, und davon iſt der denkbar paſſivſte Gebrauch gemacht.

Man kann durchaus nicht behaupten, daß gerade die Beamten der großen deutſchen Staaten das beſte Verſtändnis für Pflege der Gewerbe und der Induſtrie hätten, nein viele Kleinſtaaten haben in weitgehendſter Vorſorge und Pflege von Kunſt, Gewerbe und Induſtrie den viel größeren Nachbar in Schatten geſtellt, aber trotzdem haben ſie die Reichsgewerbegeſetze nicht verſtanden oder verſtehen wollen und ihre Durchführung nicht allein nicht gefördert, ſondern gehemmt. Dies wird bei richtiger Würdigung der Entſtehung der bezüglichen Reichsgeſetze nicht befremdlich erſcheinen.

Vom früheren badiſchen Miniſter Julius Jolly erzählt Adolf Hausrath, Deutſche Rundſchau Heft 11 1898 S. 252:

„Sein Eindruck von dieſer neuen Einrichtung war wenig befriedigend, und er war geneigt, den Bundesrat für eine mit

einem gewiſſen Prunk umkleidete, aber leere Formalität zu erklären, da Preußen ſiebzehn Stimmen habe und damit alles durchſetzen könne. Als Regierungsorgan ſei der Bundesrat vollends unbrauchbar. Es laufe alles auf Schein hinaus. Seine Anſicht hierüber hat er auch ſpäter nicht geändert. Ueber die Abſichten Preußens, pflegte er zu ſagen, ſei nur Bayern rechtzeitig unterrichtet und wer durch Bayern informiert werde. Dazu aber war er ſelbſt in München nicht hinlänglich gut angeſchrieben. So ging er immer widerwilliger nach Berlin, da er ſeine Anweſenheit in den Bundesratsſitzungen für zwecklos anſah. Zu Bismarck hindurch zu dringen, der ſich mit einer ſiebenfachen Mauer umgeben hatte, war unmöglich. An den Vorlagen in den Plenarverhandlungen noch etwas ändern zu wollen, ſchien ausſichtslos. . . . . .

Wenn ein ſolcher Miniſter, der Diener des Schwiegerſohns des Kaiſers, nicht durchdringen konnte, wie konnten denn andere Sterbliche ihre Wünſche geltend machen?

In der Broſchüre: „Folgen des Verhaltens der höchſten Organe des deutſchen Reichs in dem lippiſchen Thronfolgeſtreite“ ſind die auf dieſes Gebiet bezüglichen Ausführungen gegeben.

Ueberſchaut man dieſe verſchiedenen Seiten unſerer jetzigen Zuſtände, ſo wird man ſich der Anſicht nicht verſchließen, die augenblickliche Zuſammenſetzung des Bundesrats entſpricht den Bedürfniſſen des deutſchen Volks ſo wenig wie den Aufgaben der Fürſten. Dieſe müſſen, wenn ſie ſich auf der Höhe ihrer Stellung erhalten wollen, überall „vor den Erſten ſein“ und müſſen durch erhabenes Beiſpiel jedem Deutſchen zeigen und beweiſen, daß kein Kulturſtaat ein menſchenwürdigeres Daſein gewährt als das deutſche Reich. Hierzu gehört ein umfaſſendes Wiſſen und Können. Wie ſteht es nun mit den Leiſtungen der deutſchen Fürſten auf gewerblichen und induſtriellen Gebieten? Was haben dieſe im praktiſchen Erwerbsleben geleiſtet? Außer dem Herrn Staatsminiſter v. Miquel, der ſich durch verhältnismäßig kurze Thätigkeit in einem Bankgeſchäfte ein bedeutendes Vermögen erworben hat, iſt kein deutſcher Miniſter als hervorragender oder nur mittelmäßig veranlagter Praktiker in Induſtrie oder Gewerbe thätig geweſen. Wer ſind ihre Ratgeber? Sicherlich nicht die Träger der Geſamtüberzeugung der Intelligenz der Praktiker und Theoretiker. Was Julius Folly bei Bismarck nicht erreichen konnte, iſt den Gewerbetreibenden im allgemeinen noch weniger bei einem

Minister möglich. Der Zufall spielt zwar oft eine große Rolle, aber der Regel nach sieht ein deutscher Minister Zustände nicht, wie sie in den oben bezeichneten Broschüren beschrieben und wie solche auf jedem Gange ins praktische Leben wahrgenommen werden können, oder, was noch schlimmer ist, wenn er Mißstände erkennt, besitzt er nicht Kraft genug, die am Alten hängenden und klebenden Ressortbeamten bei Seite zu schieben oder zu vernichten. Gerade deutsche Kunst, deutsches Gewerbe und deutsche Industrie erfordern die rücksichtsloseste, dem Ideale zustrebende Pflege durch die klügsten und besten Kräfte, nicht die Kraft der Ellenbogen und schlauen Verschlagenheit eines Diplomaten der alten Schule. Gehen wir von diesen allgemeinen Gesichtspunkten wieder zurück auf den besonderen Fall, so tritt uns Folgendes entgegen:

Ganz unerklärlich bleibt, weshalb ein preußischer Landrat oder Polizeidirektor die lippischen Interessen und die des eigenartig gestalteten Zieglergewerbes im Bundesrate, im Reichstage usw. vertreten sollte, weshalb nicht lippische Verhältnisse beherrschende, erfahrene Männer im Bundesrate beratend und fördernd wirken konnten und weshalb namentlich das lippische Volk vor der Ernennung der Beamten und besonders der Bundesratsmitglieder nicht ein ähnliches Vorschlagsrecht ausüben könnte, wie es dem Bundesrate beim Bundesamte für Heimatwesen zusteht, mittelbar oder unmittelbar.

Ein Rückblick auf die letzten 30 Jahre der lippischen Geschichte lehrt, daß die Staatsleiter die denkbar ungesundesten Zustände herbeigeführt und einen ganz auffallenden Mangel an Befähigung zur Gesetzgebung gezeigt haben. Das Jahr 1868 schloß ab mit dem Domanial-Vertrage, eines der am meisten angefochtenen Abkommens, das auch von späteren lippischen Ministern als im höchsten Grade ungerecht, das Volkswohl vollständig außer Acht lassend und dem Fürstlichen Hause nichts nutzend bezeichnet wurde. Auf diesem Grundübel ruht der folgende erbitterte Kampf zwischen Staatsregierung und Bevölkerung, der an Schärfe und Heftigkeit vielleicht einzig in seiner Art dasteht.

Jeder ehrliche Lipper erkennt an, daß dieser Stein des Anstoßes beseitigt und daß das Domanium dem Volke nutzbar gemacht werden mußte. Die Fürstendiener wollten dem Wunsche und der Neigung ihrer allergnädigsten Herren entsprechend lieber Wald, Aecker, Flüsse, Bäche, Quellen und Gruben verderben und versumpfen lassen, als die gährende Volksbewegung

durch liebevolle Pflege und Ausnutzung des enormen Vermögens im Keime zu ersticken. Der lippische Kammerfiskus hätte mit größter Leichtigkeit den Riß überbrücken können, wenn er verstanden hätte, die ihm zur Verfügung stehenden Kräfte und Mittel im Interesse des Gewerbes und der Industrie nutzbar zu machen und das Volksvermögen zu vermehren. Der lippische Fürst könnte dabei der reichste und einflußreichste Mann der Welt geworden sein. Die Kammer- und Staatsbeamten sehen den Schwer- und Kernpunkt ihrer Aufgabe nicht und richteten mehr darauf ihre Aufmerksamkeit, das Domanium vor den Angriffen der armen Gemeinden und des Landtags zu schützen, welche in billigster Weise gleichmäßige Verteilung der Steuerlasten auf alle Glieder des Staates verlangten.

Dieser Gegensatz tritt überall im öffentlichen Leben Lippes hervor und hat eine ganz unglaubliche Menge von Kämpfen veranlaßt. Kein Staat wird eine solche Zahl von abgelehnten Gesetzentwürfen haben wie Lippe. Gemeinde und Städte, Kirchen und Schulen haben zahllose ähnliche Belege, und wo man hinsieht, tritt uns statt frischen, kräftigen, dem Volksgeiste entsprechenden Handelns ein unfertiges, unklares, gährendes Verhältnis entgegen, soweit die Domanial-Verwaltung in Betracht kommt und dies ist überall im Lande der Fall.

Selbst recht geniale Minister konnten oder wollten diese Ursachen der unausgesetzten Kämpfe nicht erkennen, hielten sich ängstlich fern von den Kammergebieten und verfielen sogar in das Streben, die Opposition gegen diese unglückliche Behörde zu schwächen und schließlich zu bekämpfen. Statt Dank zu ernten, wurden sie, wenn sie die unmögliche Aufgabe, die absolute Herrschaft der Kammer zu brechen, nicht erreichten, über Nacht ihres Amtes entlassen und so wird es auch ferner geschehen.

Manche lippische Minister zeichneten sich weder durch Gabe des Geistes, noch durch Kenntnisse oder gar durch Charakter aus. Gerade letztere Eigenschaft fehlte oft und traten die überraschendsten Erscheinungen auf. Die geradezu skandalösesten Vorgänge sollten indeß nicht schaden, wenn der Minister nur seinen Mantel nach dem Winde zu hängen verstand und seine Thätigkeit einen Erfolg im Sinne der jeweiligen Strömung versprach. Diese allein machte Schule und war für die Situation entscheidend. Die Thätigkeit der lippischen Minister im Bundesrate wird oft weder genützt, noch das

Ansehen dieser ersten Reichsbehörde und des deutschen und lippischen Volkes gefördert. Der brave, biedere, gerecht denkende Lipper konnte oft nicht begreifen, weshalb der gerade im Amte befindliche Minister berufen sein sollte, das lippische Interesse und die Ehre und das Ansehen des Volkes in den Reichsbehörden zu vertreten und glaubte am allerwenigsten, daß gerade der Mann im Falle des Konfliktes die lippischen Interessen vertreten würde oder im Falle anderer Gegensätze im stande gewesen sein sollte, von dem dem lippischen Staate zustehenden Rechte Gebrauch zu machen, nämlich im Reichstage durch seinen Bundestagsgesandten das Interesse Lippe's geltend zu machen und hier mit allen Kräften für Lippe einzutreten. Der Lipper wußte, wie schwach und minderwertig die Leistungen einzelner Minister waren und wie wenig befähigt sie sich gezeigt hatten, wenn es galt, in würdiger, ernster Weise eine Sache zu vertreten. Wie oft hatten sie die Herren in den allerkläglichsten Stellungen und moralisch vernichtet im lippischen Landtage gesehen. Die Lipper wußten, daß solche Männer nicht berufen waren, das Volkswohl zu pflegen und die Ehre des Volkes zu vertreten und sie machten deshalb schließlich nicht einmal mehr den Versuch, Aenderungen anzuregen.

Je weniger die oft wechselnden Minister Personal- und Sachkenntnisse und Lebenserfahrungen besaßen, je unselbstständiger im Urteile sie waren, je mehr sie den Einflüssen der Streber und Schmeichler zugängig waren, je mehr traten die Wirkungen der kleinlichen Verhältnisse hervor und je schwieriger wurde es, dieser Herr zu werden. Der Spruch:

In großen Staaten nicht allein,
In deinem Hause noch so klein,
Kannst du ein großer Staatsmann sein;

ist in Lippe in den letzten 30 Jahren nicht in die That umgesetzt, noch ist von keiner Seite behauptet, daß es so sei.

In den Reichsbehörden haben lippische Beamte bislang überhaupt keine Verwendung gefunden. In keinem Bundesamte befindet sich ein im lippischen Partikular-Rechte oder im lippischen Verwaltungsdienste geschulter, mit den lippischen Volksinteressen vertrauter Beamter.

Oft im Wechsel der unerwartet kommenden und oft noch unerwarteter gegangener Minister und Regenten wäre es im Interesse Lippe's recht wünschenswert gewesen, wenn hierorts in recht schiefe, unhaltbare Stellung geratene Beamte in einer der zahlreichen Reichsstellen ein Unterkommen und Gelegenheit

zur Verwendung ihrer an sich tüchtigen Kräfte im Dienste des Reichs und Lippe's gefunden hätten, statt ferner die Rolle grollender, oft verkannter Genies zu spielen. Solche Rücksichten auf Lippe würden sicherlich oft recht gute Früchte getragen haben, manche über die eigenartigen lippischen Verhältnisse in höchsten Stellen offenbar herrschende Unklarheiten zu beseitigen. Manche höchst bedenklichen Versuche wären dann voraussichtlich unterblieben.

Letztere sind auf vollständige Unkenntnis des Volkscharakters der Lipper zurückzuführen und schaden in Lippe ganz entschieden mehr wie sämtliche Sozialdemokraten vermögen. Hätten die Lipper die Aussicht, daß je nach dem Verhältnis der lippischen Bevölkerung zu der des deutschen Reiches in frei werdende Stellen der Reichsämter von der lippischen Bevölkerung und der Staatsregierung dazu für befähigt erachteten Lipper berufen würden, so hätte dies im Laufe der Jahre eine für Lippe erhebliche Verbesserung nicht allein des Beamtenstandes, sondern aller Verhältnisse zur Folge gehabt. Durch solche Ernennungen würde der ganze Beamtenstand gehoben und mit der freudigen Zuversicht ausgerüstet sein, daß ihm, wie der deutsche Offizier bei hervorragender Leistung den Feldmarschallstab erringen kann, auch die höchsten Reichsbeamtenstellen bei treuester Pflichterfüllung in Aussicht gestellt wären.

Würde bei der Mitwirkung bei den Ernennungen, wie das mit größter Gewißheit zu erwarten ist, lediglich die Tüchtigkeit, Befähigung und Zuverlässigkeit berücksichtigt, so würden die Ausbildung und der Pflichteifer der Beamten in ganz andere Bahnen geleitet wie heute. Was nützt auf der höchsten Staffel der Beamtenlaufbahn in Lippe Ausbildung in Volkswirtschaft, in Reichs-Aufgaben usw.? Fehlt die Aussicht auf die Verwendung solcher Kenntnisse, so unterbleibt der Regel nach das Studium und damit der Abschluß der jedem deutschen Beamten unentbehrlichen Ausbildung, die Erweiterung des hierdurch gegebenen Gesichtskreises und die Hebung der Geisteskräfte.

Niemand kann behaupten, daß in Lippe die seiner Bevölkerungszahl entsprechenden tüchtigen, im Reichsdienste verwendbaren Beamtenkräfte nicht zu finden gewesen wären. Die Schule der Fürstin Pauline und ihrer Mitarbeiter hatten wissenschaftlich tüchtige und praktisch erfahrene Beamte erzogen. Die Revolution von 1848 hatte unverkennbar die besten Kräfte

dieſer Schule an die Spitze der Regierung gerufen und 1866 waren dieſe und ihr Einfluß noch auf vielen Gebieten in voller Kraft. Die Reaktion und ihre Dunkelmänner hatten, trotz aller Verſuche, die in der Volksgunſt feſtſitzenden Männer bis dahin nicht gebeugt. Sie wirkten im Geiſte wahrer Volkswohlfahrtspflege und fanden als hervorragende Staatsdiener überall, auch bei den fremden Miniſtern Anerkennung, nur nicht bei Hofe, bei den Junkern und bei den ſervilen Fürſtendienern. Dieſe herrliche Schule hätte ganz beſonders nach Gründung des deutſchen Reiches gewiß Großes geleiſtet, wenn die in Lippe verletzten, zurückgeſetzten, oft in ungerechteſter Weiſe behandelten Charaktere im Reichsdienſte Gelegenheit gefunden hätten, zu beweiſen, daß ſie beſſeres Verſtändnis von den Aufgaben der Volkswohlfahrtspflege hatten, wie die fürſtlichen Günſtlinge. Dieſe hätten ſich naturgemäß Zügel anlegen müſſen, wenn ſie in den oft mutwillig verletzten Beamten ein ſpäteres, an Einfluß reiches Bundesamtsmitglied befürchten konnten.

Die bewährten, charakterfeſten Männer würden auch im Reichsdienſte feſt geſtanden, manche Ueberwucherung der kaiſerlichen und preußiſchen Beamten bekämpft und die Intereſſen ihrer von ihnen nach echter Lipper Art geliebten Heimat energiſch, treu und gewiſſenhaft vertreten haben. Sie wären vorausſichtlich im ſtande geweſen, manche jetzt unverkennbare Ungerechtigkeit aufzudecken und auch zu verhindern. Sie hatten eben die beſte Auffaſſung der Aufgabe der Kleinſtaaten und ſtrebten, das Ideal dieſer zu erreichen und überall in das rechte Licht zu ſtellen. Ihre Gegner haben dieſes mehr wie billig und gerecht verdunkelt.

Die alten Beamten Lippes wurden nach 1866 immer mehr verkannt und zurückgeſetzt. Im Laufe der Reaktionszeit drängten ſich Höflinge und Fürſten- oder richtiger Miniſterdiener immer ſtärker in den Vordergrund. Die Rechte des Volkes zu vertreten wurde für Beamte gefährlich und hatte oft, ja zeitweiſe regelmäßig, für dieſe verletzende Folgen.

Aus der Zahl der Beamten waren früher die liberalen Führer des Landtags und die Oppoſition gegen die Junker hervorgegangen.

Dieſe Erſcheinung wurde immer ſeltener und aus Preußen kommende Miniſter verſtanden es, den Widerſtand ſelbſtändiger Beamten zu brechen.

In dem zwiſchen Preußen und Lippe abgeſchloſſenen Vertrage bezüglich des Oberlandesgerichts vom 4. Januar 1879 iſt folgende Beſtimmung enthalten:

III. Zu Art. 6.

„Die Fürſtlich lippiſche Staatsregierung wünſcht, daß ihr für den Fall des ſpäter hervortretenden Bedürfniſſes ein Vorſchlagsrecht für die Beſetzung einer Richterſtelle bei dem Oberlandesgerichte eingeräumt werde. Die Königlich preußiſche Staatsregierung erklärt ſich zu einer dahingehenden Vereinbarung auf denſelben Grundlagen bereit, auf denen in neueren Staatsverträgen anderen Staaten ein Vorſchlagsrecht für die Beſetzung von Richterſtellen bei preußiſchen Gerichten eingeräumt worden iſt.“

Beide Staaten haben von dieſem Rechte bislang keinen Gebrauch gemacht, trotzdem dazu die größten und mannigfaltigſten Veranlaſſungen vorlagen. Lippe hat viele beſondere Geſetze und manche ſich vielfach auf Gerichtsgebräuche ſtützende, ja ausſchließlich hierin ihrer inneren Begründung nach beruhende Rechtsverhältniſſe.

Das Kolonatrecht Lippe's weicht weſentlich vom gemeinen Rechte ab und lippiſche Juriſten haben das Partikular-Recht theoretiſch und praktiſch ganz umfangreich ausgebildet und gründlich in Lehrbüchern, Abhandlungen und Konferenzen vervollſtändigt und ergänzt. Die Bedeutung dieſer lippiſchen Juriſten-Thätigkeit war ſo groß, daß wiederholt bei präjudiziellen Entſcheidungen des Oberlandesgerichts das lippiſche Landgericht ſpäter die ergangenen Entſcheidungen nicht berückſichtigte und dann ſpäter das Oberlandesgericht ſich reformierte und die aufrecht erhaltene Anſicht der Lipper als richtig anerkannte. Die Wirkung ſolcher Vorgänge war natürlich für alle Beteiligten von peinlichſter Wirkung und erſchütterte oft das Vertrauen des Publikums in die Rechtspflege überhaupt und beſonders Lippe's. Letzteren Staat trifft beſonders der Vorwurf, daß er dieſen ſo offenkundigen und unverkennbaren Mißſtand nicht beſeitigt hat. Mehrere lippiſche Miniſter waren nicht Fachmänner, anderweit vielfach beſchäftigt und kümmerten ſich um den lippiſchen Staat nicht berührende Angelegenheiten oft mehr, wie um die Juſtizpflege.

Der Miniſter von Oertzen raffte ſich endlich wenigſtens zu dem Entſchluſſe auf, eine Thätigkeit der Referendare am Oberlandesgerichte durchzuführen.

Die lippiſchen Juriſten ſind bei dieſer Sachlage ganz beſonders verantwortlich für die hervortretenden Mißſtände. Aus dem Rechtsanwaltsſtande iſt wiederholt und dringend eine anderweite Organiſation der Rechtspflege angeregt. Die Beamten haben ſich ablehnend dagegen verhalten.

Wenn ſie die ganz notwendige Aenderung freimütig, dringend und unausgeſetzt verlangt hätten, würde ſie längſt ausgeführt ſein. Die Staatsregierung würde dann ihren höchſt partikulariſtiſchen Standpunkt längſt verlaſſen haben.

Dasſelbe würde der Fall ſein, wenn die Juſtizverwaltung Preußens den Mangel gründlich feſtgeſtellt und den Staatsvertrag nicht ohne Verbeſſerung der qu. Zuſtände erneuert hätte. Wäre das lippiſche Publikum gefragt, ſo hätten ſicherlich die wiederholt ausgeführten und ſchließlich nur wegen zeitweiſer Ausſichtsloſigkeit ausgeſetzten ſchweren Beſchwerden eine ſchnelle Berückſichtigung gefunden und wäre namentlich nicht die auf dieſem Gebiete ſich breit machende Auffaſſung angeblicher Beeinträchtigung lippiſcher Staatshoheit und Souveränität zu einer höchſt nachteiligen Wirkung gelangt. Wie man bei den von preußiſchen Juriſten ſo oft beſpöttelten Zuſtänden, bei den zeitweiſe höchſt mangelhaften Leiſtungen, bei den am Oberlandesgerichte ſo oft auftretenden Klagen über ungenügend begründete und abgefaßte Urteile von Hoheit ſprechen kann, iſt mindeſtens unverſtändlich. Preußiſche Beamte haben zwar einige Male in beſonderem Auftrage das lippiſche Landgericht revidiert, aber die Reviſionen haben ſich ausſchließlich auf den Verkehr mit den lippiſchen Beamten beſchränkt, haben nicht einmal den Rechtsanwälten und am allerwenigſten dem Publikum Gelegenheit zu mündlichen Beſchwerden gegeben. Die revidierenden Beamten ließen ſich nicht einmal die Rechtsanwälte vorſtellen und haben mit verſchuldet, daß nach den Reviſionen einige Zuſtände ſchlechter geworden ſind. Das Verhalten der Reviſoren erſcheint um ſo unverſtändlicher, als es ſonſt üblich iſt, jedem Beſchwerdeführer Gelegenheit zur mündlichen Begründung ſeiner Wünſche zu geben, weil der Hauptbeſchwerdeführer mindeſtens vom lippiſchen Rechte ebenſo viel verſteht, wie die Reviſoren und an Erfahrung in der lippiſchen Gerichtspraxis ſie weit zurückläßt. Die Reviſion erfolgte auf Beſtellung, erſtreckte ſich nur auf das Landgericht und war dieſem lange vorher bekannt. Nun iſt ſogar einer der Reviſoren preußiſcher Miniſter geworden und doch iſt eine früher vom damaligen peeußiſchen Miniſter

ſehr gewünſchte Vereinigung Lippe's mit Preußen nicht eingeführt und ſind auch andere ganz unentbehrliche Einrichtungen unterlaſſen worden. Wären z. B. wenigſtens lippiſche befähigte Richter und Staatsanwälte nach Verhältnis der Bevölkerungszahl Lippes zu der des Oberlandesgerichts Celle an dieſem angeſtellt — alſo etwa bei der 18. Vakanz — ſo würde das ſchon auf die Dauer von unverkennbarer Bedeutung für Lippe geweſen ſein und dazu führen, daß hier ein Wandel geſchaffen würde und auch eine Hebung des ganzen Juriſtenſtandes erfolgte. Die Wirkung ſolcher Ausſicht der lippiſchen Juriſten iſt an anderer Stelle auseinandergeſetzt.

Im höchſten Grade auffallend bleibt der Gegenſatz in der Auffaſſung der Begründer des deutſchen Reichs und der jetzigen preußiſchen Beamten. Jene haben bereitwilligſt von den für die Vereinigung lippiſcher Gerichtsbarkeit mit Preußen ſprechenden Stimmen aus dem Publikum Kenntnis genommen, verwertet und mit dem Publikum in Lippe verkehrt. Der jetzige preußiſche Juſtiz-Miniſter hat das Publikum Lippe's vollſtändig ignoriert.

Kein mit den Verhältniſſen vertrauter Lipper, ſicherlich nicht der Hauptbeſchwerdeführer, wird ſich jetzt mit Beſchwerden an den preußiſchen Juſtiz-Miniſter wenden. Die Wirkſamkeit der am Königlichen Oberlandesgerichte Celle für Lippe ausgeübten Reviſionen fällt deshalb fort. Sämtliche erfahrene und im öffentlichen Leben verkehrende Männer wiſſen, daß die größte Zugänglichkeit der leitenden Beamten und das Verſtändnis dieſer für mündliche Beſchwerden weit mehr nutzt, wie 10 Anker Tinte und hundert Zentner mit Beſchwerden verdorbenes Papier. Leitende, revidierende Beamte ſollten dies wiſſen und ſo auftreten, daß ein Verkehr mit ihnen leicht möglich wäre und nicht jeder unabhängige, ſelbſtändige Mann wegen ihres Verhaltens ſich fern von ihnen halten muß. Die Folgen dieſes Auftretens der preußiſchen Reviſoren zeigen ſich ganz klar und nichts findet mehr Nachahmer „wie das Auftreten eines höheren Beamten mit gewiſſer Höhe und Würde". „Wie er ſich räuſpert" uſw. Hier iſt die Nachahmung am allerwenigſten am Platze und nutzt dieſe ganz beſonders lippiſchen Beamten nicht.

Auf dem Gebiete der Rechtspflege ſind ſeit 1879 rieſige Fortſchritte zu verzeichnen und iſt zwar manches Stück mittelalterlicher Zuſtände beſeitigt, aber ein konſequenter, klarer Ausbau des deutſchen Reiches iſt auch auf dieſem durch

natürliche Grenzen beſchränktem Gebiete nicht erfolgt. Die Souveränität der deutſchen Fürſten hat vielfach unüberſteigbare Schranken geſetzt und ſind viel zu wenig volkstümliche, das Volk ſelbſt zur Mitwirkung zwingende und erziehende Einrichtungen getroffen.

Die Strafprozeßordnung, das Gerichtsverfaſſungsgeſetz und die Strafgeſetze leiden an großen inneren Widerſprüchen, an Unklarheiten und mehr den Intereſſen der Beamten wie dem Volke dienenden Beſtimmungen.

In dem Schwurgerichte entſcheiden Laien über die ſchwerſten Verbrechen; die Rechtsmittel dagegen ſind im höchſten unvollſtändig. Die Strafkammern der Landgerichte wirken überhaupt ohne das Laien-Element.

Im Schöffengerichte wirken Laien in der für dieſe ungünſtigſten Weiſe.

Der Vorſitzende hat überwiegenden Einfluß und beherrſcht in unnatürlicher Weiſe die Verhandlung und Urteilsfindung. Berufsrichter bilden die Berufungs-Inſtanz und dann können ſogar in dritter Inſtanz die Sachen an das Oberlandesgericht gebracht werden. Mehr Inkonſequenz iſt kaum möglich.

Die Handelskammern führen wieder auf das Gebiet der Mitwirkung der betreffenden Laien. Die neueſten Gerichte der Berufsgenoſſenſchaften uſw. tragen zwar denſelben Gedanken, aber überall fehlt die unumwundene, klare Anerkennung des überall im deutſchen Volke hervortretenden Gedankens, in allen öffentlichen Angelegenheiten die Thätigkeit der Berufsbeamten auf das geringſte Maß der Hülfeleiſtung gelehrter Ratgeber zu beſchränken. Die Berufsbeamten ſind jetzt die Herren und treten überall, mehr als notwendig, nützlich und dem Volksgeiſte entſpricht, als leitende Herren auf.

In deutſchen Gerichtsſälen der Zivil- und Strafgerichte ſieht man meiſtens nicht Diener des Staates, nein, ſehr oft ſtrenge und hochfahrende Herren und Gebieter. Man hört nicht eine reine, verſtändliche deutſche Sprache, nein ein dem deutſchen Volke, ſelbſt den gebildeten Gliedern dieſes oft nicht verſtändliches Gemiſch von Latein, Griechiſch und ſeltſam klingenden, fachmänniſchen Ausdrücken. Das Ergebnis ſolcher Verhandlungen befriedigt die in Wahrnehmung der Rechte des Volkes mitwirkenden Perſonen ſehr oft ganz außerordentlich wenig und bedauern dieſe, daß oft ſo viel Geräuſch ohne erkennbare Veranlaſſung gemacht wird, daß nicht Männer mit weniger heutiger juriſtiſcher Vorbildung und mit mehr praktiſchem

Verſtande, mit reicherer Kenntnis des Volkslebens und Charakters des Volkes und der ſtreitenden Teile mitwirken. Das überall in Schwurgerichten, Schöffengerichten, Schiedsgerichten, Handelsgerichten und namentlich in wichtigen Fällen hervortretende Streben, in Fachgenoſſengerichten bezw. vereinbarten Schiedsgerichten, nicht auf dem ordentlichen Wege vor den heutigen Gerichten Streitigkeiten zum Austrag zu bringen, charakteriſiert die Volksſtimmung aller Kreiſe. Es wäre längſt eine gründliche Aenderung der geſamten Rechtspflege durchgeführt, wenn nicht die Berufsbeamten einen unverdienten und durchaus ungerechtfertigten Einfluß auf die geſetzgebenden und entſcheidenden Stellen ausübten. Dieſe hemmen auch hier eine natürliche Entwickelung des Volkes und halten dieſes in vielen Beziehungen von eigener Thätigkeit ab, wo dieſe das Ziel aller Politik ſein ſollte.

Wie der Einfluß des Volkes überhaupt zurückgedrängt wird, zeigt beſonders das erſt ſeit 1879 in vielen deutſchen Staaten eingeführte Inſtitut der Staatsanwaltſchaft. Ein ſtrammes und ſtrenges Beamten-Regiment bedarf dieſer und kann namentlich den jetzt in die Erſcheinung getretenen Charakter dieſer Einrichtung nicht entbehren. Vom ausſchließlichen Standpunkte der Pflege der Volkswohlfahrt würde die Staatsanwaltſchaft vorausſichtlich eine ganz andere Entwickelung und Ausbildung erhalten haben und zu einem für die Entwickelung der Volkskräfte wichtigen Organe ausgebildet ſein. Jetzt nutzt ſie gerade in dieſer Richtung nicht nur nicht, nein, ſie hat auf die Rechtsentwickelung nicht einmal erheblichen oder wohlthuenden Einfluß.

Es iſt eine eigentümliche Erſcheinung, daß das Inſtitut der Staatsanwaltſchaft ganz ausſchließlich von dem Einfluſſe der Staatsbeamten abhängt, daß die Volksvertretungen bei der Beſetzung und Ausbildung dieſes in das deutſche Volksleben der Kleinſtaaten neu eingetretenen Inſtituts nicht zugezogen ſind und daß dieſes nur bei den Zivil- und Strafgerichten und nicht auch bei den übrigen Behörden eingeführt iſt. Von vornherein war ſicherlich das Bedürfnis mindeſtens ein gleich großes. An den Verwaltungsbehörden der Bundesſtaaten und des Reichs, an den ſeit Errichtung des Reichs eingeführten Gerichten aller Art uſw. würde im Intereſſe der Wahrung der Rechte der Staatsbürger ein Staatsanwalt vielfach beſſere Gelegenheit finden, das Volkswohl zu fördern, als wenn er

durch Beamtenbeleidigungsklagen die vermeintlich verletzte Rechtsordnung zu wahren versucht.

Der Verfasser dieser Broschüre schwärmt sicherlich nicht für Einführung neuer Beamten und ist vielleicht der letzte, welcher hierfür nach dem bis jetzt beobachteten Verfahren zu bewegen wäre, aber er würde es nicht beklagen, wenn im deutschen Reiche eine unter mittelbarer oder unmittelbarer Mitwirkung des deutschen Volkes eingeführte, besetzte und verwaltete Volks- und Staatsanwaltschaft mit der Aufgabe geschaffen würde, die Gebote einer gesunden Volkswohlfahrtspflege überall zur Geltung zu bringen; jede dem Geiste und Sinne der Reichsgesetzgebung widersprechende Erscheinung zu beseitigen; jede in der Verwaltung sich zeigende Rechtsverletzung unnachsichtlich zur Bestrafung zu bringen und überall da einzugreifen, wo der Starke den Schwachen in einer der Gesamtheit nachteiligen oder nach der Rechtsordnung nicht erlaubten Weise unterdrückt. Gerade eine solche Reichsinstitution müßte selbstverständlich in erster Linie durch das Vertrauen des Volkes getragen werden. Gerade die Ansichten und Lebensauffassungen aller Kreise des Volkes sind außerordentlich wichtig und der Regel nach bei dem Rechtsuchen wichtiger wie die einseitigen Anschauungen der Juristen. In der weit überwiegenden Anzahl von Fällen kommt es überhaupt nur oder doch in erster Linie auf die richtige, gründliche Feststellung von Thatsachen, die Absichten der betreffenden Personen und ihre Auffassung des in Betracht kommenden Rechts an. Die genaue Feststellung der Thatsachen begründet die erste Kunst der Rechtsprechung und die Anwendung der Gesetze darauf bildet den Fortbau des Kunstwerkes. Der deutsche Richter mittlerer Qualität behandelt jeden Fall umgekehrt, sucht erst im Gesetzbuche, welche Bestimmung auf die ihm vorgelegte Klage Anwendung findet, bemüht sich, die Anwendbarkeit einer schließlich aufgefundenen Bestimmung festzustellen und tritt, befangen durch solche Handlungen, erst in die Untersuchung der thatsächlichen Unterlage des Falles.

Nun lehrt die tägliche Erfahrung, daß die Mehrzahl der Fachjuristen zu einseitig erzogen, ausgebildet und beschäftigt ist und deshalb außerordentlich oft die Sachlage nicht klar übersehen kann. Die Staatsanwaltschaften leiden ganz besonders unter diesem Mangel und bieten Staatsanwälte so oft das Bild eines Mannes, welcher nur den einzelnen Fall und das darauf bezügliche Strafgesetz sieht, starr darauf lossteuert, die

nach dem Wortlaute des Gesetzes erforderlichen Feststellungen herauszubringen und ein mit der Revision unanfechtbares Urteil auf das Papier niederlegen zu lassen. Der Volkswitz sagt: Der Staatsanwalt streicht den Mann schwarz an und der Verteidiger sucht die Farbe wieder abzuwaschen. Schroffere Gegensätze, wie oft die Ausführungen der Staatsanwälte und Verteidiger bieten, sind kaum denkbar und immer mehr ziehen sich ältere Rechtsanwälte von der höchst widerwärtigen, peinlichen und im höchsten Grade undankbaren Aufgabe der Verteidigung zurück. Den Beamten mag dies erwünscht sein, dem Publikum und dem Ansehen der Rechtspflege nützt es nicht. Das Bewußtsein, nicht einmal einen gern eine Verteidigung übernehmenden Vertreter bekommen zu können und mit der Abneigung tüchtiger, erfahrener Männer gegen die Art der Rechtspflege kämpfen zu müssen, wirkt natürlich in denkbar schädlichster Weise, da das Verfahren an sich schon an allgemein anerkannten wesentlichen Mängeln leidet. Das Uebergewicht der Staatsanwälte in der Beweisführung über die Verteidigung kommt hinzu und erbittert in zahllosen Fällen gerade das gebildete Publikum, die Rechtsanwälte, Sachverständigen, Zeugen, Geschworenen und Schöffen. Der Staatsanwalt hat die Anklage erhoben und verwächst mit dieser in je stärkerem Maße, je ehrgeiziger, eitler und menschlich schwach er ist. Sein oft blinder Eifer entgeht dem Publikum nicht und begreift dieses so oft nicht, daß die Richter die Sachlage nicht überschauen. Mehrere Richter haben bei dem Eröffnungsbeschlusse schon mitgewirkt, haben hier ihre Ansicht kämpfend durchgesetzt, sind in den intimeren fachmännischen Kreisen für ihre Auffassung mit leidenschaftlicher Erregung eingetreten und können den Augenblick nicht erwarten, daß ihre Ansicht als richtig im Urteile niedergelegt wird. Wie oft wird ein Fall durch Einwirkungen der Gesellschaft und geschickte Verteidigung außerhalb der Gerichtssäle zur Entscheidung gebracht und wie wirkt die Kenntnis solcher Zustände auf die Verteidiger! Je enger die Verhältnisse, je weniger geistige Anregung die Beamten haben, je mehr bilden die sogenannten interessanten Fälle ihre geistige Nahrung. Wehe dem armen Angeklagten, der einen schneidigen Referendar, Assessor oder Staatsanwalt zu einem ihm unbekannten Gegner bekommt. Er ist gerichtet, ehe er auf die Anklagebank kommt und wächst seine Schuld nach der Heftigkeit der außergerichtlichen Kämpfe! In unendlich zahlreichen Fällen hat die regelmäßige Wirtshausgesellschaft der Juristen

nicht ein berufenes, fähiges, unabhängiges Urteil und ist sie am allerwenigsten berufen, auf die Urteilsfindung einzuwirken. Die besten Kräfte bleiben solchen Kreisen fern, weil sie nicht mit den größten Schreiern unnütze Kämpfe führen und sich von ernster Arbeit erholen wollen. Ihnen ist die Ruhe Bedürfnis.

Leider kommen gerade in engen, kleineren Verhältnissen solche Auswüchse der Rechtspflege verhältnismäßig oft vor. In größeren Staaten kommen die Beamten mit großartigerer Auffassung ihrer Aufgaben in die Praxis und bleibt ihnen die Möglichkeit, das Feld zu räumen, wenn sie sich einmal zu sehr in puri naturalibus gezeigt haben. Die Staatsanwaltschaft verfügt über Gensdarme, Polizeidiener, Förster und Beamte aller Art und findet hierin leider zu oft willige Gehülfen bei Verfolgung falscher Fährten und bei der Durchführung vollständig unbegründeter Anklagen. Viel wichtiger ist ohne Zweifel die Unterlassung dieser, wie die stramme Durchführung einmal erhobener Anklagen. Gerade in der Klageeinleitung und in der Art der Durchführung der Anklagen werden die am schärfsten einwirkenden Fehltritte gemacht und ist die jetzige Macht der Staatsanwaltschaft durchaus nicht im Interesse der Volkswohlfahrt gerechtfertigt. In der Amtsanwaltschaft sehen wir obendrein so oft durchaus ungeeignete Vertreter des Staats. Diese werden oft in ganz unerklärlicher Weise ernannt und sind die Oberförster mit dem Einrücken in ihr Amt Forstanwälte. Es macht keinen Unterschied, ob sie alt oder jung, fachmännisch gebildet oder ungebildet, zur Vertretung von Anklagen geeignet sind oder nicht. Ein lippischer Amtsgerichtsrat pflegte, sobald ein Beklagter die Einrede der Verjährung geltend machte, zu sagen: „Hören Sie, in meinem Amtsgerichtsbezirke erheben nur der Oberförster und der Forstanwalt und der Haderlump die Einrede der Verjährung!“ Er bewirkte dadurch regelmäßig, daß der Angeklagte auf die Einrede verzichtete. Forstkasse und Wälder wurden ausgeplündert, die Wilddieberei wurde in großem Maßstabe ungestraft betrieben und das arme Gras suchende Weib wurde unnachsichtlich bestraft. Die Volksüberzeugung hatte den Forstanwalt längst gerichtet, er wurde überall verachtet, er blieb indeß in seinem Dienste. Solche Beamtenthätigkeit richtet sich, aber sie bleibt so lange möglich, als das Volk unter dem Drucke eines falschen Systems gehalten und nicht mit Vertrauen in eigene Kraft zu pflichtvoller Pflege der Ge-

ſamtheit erzogen wird, wo immer ſich Gelegenheit findet. Die jetzigen Staats- und Amtsanwaltſchaften tragen in ihrer Ausſchließlichkeit und in dem künſtlichen, unnatürlichen Fernhalten der Mitwirkung der vom Volke gewählten Vertreter den Keim der Krankheit und ihres über kurz oder lang unvermeidlichen Todes in ſich. Sie müſſen dem Einfluſſe der Beamten mehr entrückt und zu praktiſchen Organen des Volkslebens umgeſtaltet werden. Jetzt verpufft der Staatsanwalt bei der ſkandalöſeſten Geſchichte eine unendliche Fülle von Kraft und die faulſten Zuſtände bleiben unverändert.

Der geſamte Juriſtenſtand der Gerichte ſetzt oft nicht einmal eine Feder darum an, um ſtaatliche, durch eine Unterſuchung als klägliche und im höchſten Grade bedauernswerte erwieſene Zuſtände zu beſeitigen und die Verwaltungsbeamten laſſen Gras über die alten Wunden wachſen. Wie anders würde ſich die Sache geſtalten und wie luftreinigend würden viele Unterſuchungen wirken, wenn eine Volks- und Staatsanwaltſchaft in jedem krankhafte Erſcheinungen des Staatslebens zeigenden Falle bei der Staatsleitung und den geſetzgebenden Faktoren eine Aenderung durchzuführen oder auch nur anzuregen verpflichtet wären. Die Behörden würden dadurch nicht allein an Anſehen und Bedeutung gewinnen, nein, ſie würden in vielen Fällen ſich die Liebe der ſie jetzt der Regel nach haſſenden Angeklagten erwerben. Mancher von dieſen hat eine Unterſuchung lediglich aus dem Grunde provoziert, um eine Beſſerung unerträglicher Zuſtände zu bewirken und iſt bereit, alles zu ertragen, wenn er zu ſeinem Ziele gelangt. Wird er von der Staatsanwaltſchaft auf dem Gebiete ſeines begründeten Strebens unterſtützt, ſo belebt ihn freudige Hoffnung und läßt ihn die ſchmerzhaften Folgen eines menſchlich entſchuldbaren und vom ſtarren Standpunkte des Geſetzes ſtrafbaren Fehltrittes überwinden.

Jetzt wird ſo oft das beſte, ſelbſtloſeſte Streben unterdrückt, weil ein Geſetzesparagraph und ein ſäumiger, nichtswürdiger, fauler Beamter verletzt iſt, und die Quelle der Unzufriedenheit fließt in verſtärktem Maße, weil die Unterſuchung nichts nützt, ſondern ſchadet.

So tritt auch auf dem Gebiete der Rechtspflege eine Menge von unnatürlichen und ungeſunden Zuſtänden hervor und liegt auch hier Veranlaſſung zu vielen Veränderungen vor.

Die „Nation" schreibt: „Verfolgungssucht.

Es giebt kaum eine widerwärtigere Erscheinung im politischen Leben Preußens, als die kleinliche Verfolgungssucht, die allmählich bei uns den Charakter eines trockenen Systems angenommen hat. Heute wird ein Arbeiter gemaßregelt, weil er in den Verdacht sozialdemokratischer Gesinnung gekommen ist; morgen wird ein Schulmeister versetzt, weil er sich an einer politischen Agitation beteiligt hat, die der herrschenden Richtung nicht paßt, hier wird der ganze juristische Scharfsinn der Staatsanwaltschaft aufgeboten, um einen Journalisten, dem man sonst nicht an den Kragen kommen kann, auf Grund des elastischen Groben-Unfugs-Paragraphen zur Bestrafung zu bringen; dort interpretiert man so lange an ein paar unvorsichtigen Sätzen herum, bis man glücklich eine Majestätsbeleidigung herausgepreßt hat. In den Kriegervereinen ist es zu einer ständigen Gewohnheit geworden, Sozialistenriecherei zu treiben. Besonders schneidige Militärbehörden gehen gleich noch einen Schritt weiter, belegen selbst Lokale mit dem großen Bann, in denen Sozialdemokraten sich aufgehalten haben. Eine ständige Rubrik bilden außerdem die Mißgriffe der Verwaltungsbehörden bei der Behandlung von Polen, Dänen, Elsässern, Welfen usw.

Aus allerjüngster Zeit sind es besonders zwei Vorgänge, die in weiten Kreisen ein starkes Unbehagen hervorgerufen haben: der eine betrifft den Militärboykott, der über das Carl Schultze-Theater in Hamburg verhängt worden ist, der andere die erneuten Ausweisungen harmloser dänischer Arbeiter aus Nordschleswig."

Es ist das in Kreisen einiger Beamten ausgebildete System einseitiger Auffassung der Staatsaufgaben und der Behörden, besonders der Staatsanwaltschaft und Gerichte. Diese werden so oft zu untergeordneten Organen der Verwaltungsbeamten gedrängt und treten dann gleich jenen zu der Elite des Volks in grellsten Widerspruch! Geistig, wissenschaftlich und nach Charakter hochstehende Männer verachten solche Systeme und im echten deutschen Volkscharakter finden diese keinen Rückhalt.

Bei fast jeder größeren öffentlichen gerichtlichen Verhandlung, in allen Wahlverhandlungen und fast bei jedem wichtigen Vorgange im Volksleben treten Mängel der gerichtlichen Einrichtungen, der Handhabung der an sich mangelhaften Gesetze und bitterste Klagen hierüber hervor.

Die „Nation“ z. B. schreibt in Nr. 6, November 1898: „Ueber den sogenannten ambulanten Gerichtsstand der Presse finden wir in einer soeben im Verlage von Otto Liebmann erschienenen sehr beachtenswerten Schrift „Strafrecht und Politik“, deren Verfasser ein sich hinter dem Pseudonym Justus Clemens verbergender überaus erfahrener und billig denkender alter Richter ist, ein neues, sehr absprechendes Urteil. Bei der Erörterung der Gründe für die nicht abzuleugnende Mißstimmung gegen die Gerichte, die in neuerer Zeit um sich gegriffen hat, sagt der Verfasser, diese Mißstimmung werde u. a. erzeugt durch die Urteile, in denen die Anwendung von Theorien, die der Menge unverständlich sind, dem Volke nicht als Recht, sondern als unleidliche Tiftelei und Spitzfindigkeit erscheint. Dergleichen Urteile, z. B. die, durch die für die Presse ein wechselnder Gerichtsstand begründet werde, seien allerdings, wenn sie auch von den Gegnern als himmelschreiendes Unrecht bezeichnet und mit Hohn und Spott übergossen würden, durch Gesetze, Praxis und Wissenschaft begründet — aber sie seien dennoch zu beklagen. Denn die Begründung bleibe doch eine haarspaltende Tiftelei und solche Tifteleien gehörten nicht in Strafurteile, um so weniger in Fällen, in denen, wie bei dem ambulanten Gerichtsstand der Presse, die Möglichkeit erwachse, daß sich der Ankläger ein seinen Anschauungen günstiges Gericht aussuchen kann. Solche dem gesunden Menschenverstand unbegreifliche Urteile könnten freilich nicht vor dem Volke gerechtfertigt werden, würden aber wohl ganz vermieden werden können, wenn die Sucht gelehrter Richter zu geistreichen Tifteleien durch gleichberechtigte Volksrichter eingedämmt würde.“

Die Presse beschäftigt sich zwar außerordentlich oft mit solchen Klagen und steht bei ihr längst fest, daß die jetzigen Zustände weder dem Volkscharakter, noch dem Bedürfnisse des Volkes, noch dem Ideale des Fachmannes und der bedeutendsten Volksvertreter entsprechen. Sämtliche gelehrte Liberale und auch die überwiegende Mehrzahl der anderen politischen Ansichten huldigenden Richter und Rechtsanwälte räumen unumwunden ein, daß viele der oben gerügten Mängel beseitigt werden müssen. Die juristischen Fachschriften und die wichtigen Konferenzen der Juristen und Rechtsanwälte haben wiederholt Aenderungen anzuregen versucht. In diesen Kritiken, Anregungen und Besserungsvorschlägen wird leider keine ausreichende Ausdauer und Einmütigkeit bekundet. Die Presse

besonders wäre berufen, in einem Zentralorgane aller Zeitungen und Zeitschriften solche wichtige Erscheinungen genau ihrer unvermeidlichen Unhaltbarkeit nach zu sammeln, die Beschwerdepunkte genau festzustellen und unnachsichtig bis zu erfolgter Aenderung die Aufgabe zu verfolgen, Besserung solcher unerträglicher Zustände herbeizuführen. Würden in bestimmter Ordnung öffentliche Mißstände von der gesamten Presse Deutschlands und, von dieser angeregt, auch des Auslandes behandelt, so würde schnell eine jetzt vermißte Energie in der Gesetzgebung und in der Rechtspflege selbst hervortreten. Die Presse kann die Kräfte des Volkes zu solcher im Interesse der Gesamtheit und namentlich der Schwachen notwendigen Thätigkeit zusammen fassen, dadurch an Ansehen und wirklicher Bedeutung gewinnen und die Einigkeit und die Macht Deutschlands besser fördern, wie dies die jetzt vorhandenen Beamten innerhalb der engen Schranken der Reichsverfassung erreichen können.

Die vorhandene Zentralstelle des deutschen Reichs hat ersichtlich nicht die Kraft, solche Mißstände in entsprechender Weise, sicher, fest, ohne Rücksicht und rechtzeitig zu beseitigen.

Die bis jetzt beobachteten Versuche, allgemein als nachteilig und verderblich anerkannte Einrichtungen zu beseitigen, bekunden wesentliche Mängel der Organisation der Zentralstelle und der Art der Behandlung der vorkommenden Beschwerden. Die in den Artikeln 8, 52, 77 der Reichsverfassung enthaltenen Bestimmungen weichen wesentlich von den Bestimmungen bezüglich des deutschen Heeres, der deutschen Marine, der deutschen Post und der übrigen Reichsorgane ab. An sich lag mindestens ebenso viel Veranlassung vor, die Rechtspflege den Bedürfnissen und dem Charakter des Volkes entsprechend einheitlich unter dem Oberbefehle des Kaisers einzurichten, wie bei jenen Reichsorganen, indeß gebot die Rücksicht auf die Selbständigkeit und Unabhängigkeit nicht allein der Bundesstaaten, sondern besonders des deutschen Volks, auf diesem Gebiete nicht sofort den Riesensprung allseitiger Zentralisation zu machen.

Auf dem Gebiete der Gesetzgebung ist volle und ausschließliche Zentralisation undenkbar und vollständig unmöglich.

Die Anstellung der Justiz-Beamten kann der deutsche Kaiser aus den an andern Stellen erörterten Gründen auch nicht ausführen.

Die Justiz-Aufsicht könnte indeß für das ganze deutsche Reich einheitlich geordnet und auch von einer Zentralstelle in höchster Instanz überwacht werden.

In einem im Wege der Gesetzgebung zu schaffenden, vollständigst den Volksinteressen entsprechenden, nicht den vermeintlichen Souveränitäts- und Hoheitsrechten mehr als durchaus notwendig ist Rechnung tragenden Reichsorgane ließe sich eine einheitliche Leitung der Rechtspflege und durch die hierbei sich ergebenden Bedürfnisse auch eine einheitliche, die Kräfte des Volkes zusammenfassende und überall zur Geltung kommen lassende Thätigkeit einer Reichs-Zentralstelle erreichen.

Der schwächste Mann in Deutschland muß das felsenfeste Bewußtsein haben, daß ihm nicht das geringste Unrecht geschehen kann und daß er zu jeder Zeit Schutz gegen gewaltthätige Uebermacht finden kann.

Leider ist aus dem deutschen Bundesrate, aus dem Reichstage und auch aus dem deutschen Volke heraus nicht der Weg beschritten, welcher die Wohlthaten einer unentbehrlichen Zentralisation des Rechtslebens des deutschen Volkes und die Wahrung der Eigentümlichkeiten dieses sichert. Ungeheuerlich würde die Uebertragung einer Gewalt an den deutschen Kaiser ähnlich der auf dem Militärgebiete gegebenen sein. Gerade das Rechtsbewußtsein des deutschen Volkes erfordert die Kräftigung der einzelnen Glieder und die Erhaltung der Kräfte und Machtbefugnisse in den einzelnen Kreisen des deutschen Volkes, die nicht mit zwingender Notwendigkeit in eine Zentralstelle gelegt werden müssen. Die Vergangenheit ist auch hier der Spiegel der Zukunft. Aus Beamten des alten deutschen Reichs sind vielfach im Laufe der Zeit despotische, souveräne Fürsten geworden, denen erst durch Revolution und gewaltsame Akte anderer Art wider die Flügel beschnitten sind.

Der Volkscharakter gebietet gerade auf diesem Gebiete, Einrichtungen zu treffen, welche dem Volke selbst ein Mitwirkungsrecht und dadurch eine Aufsicht gestattet. Das zu schaffende höchste Organ des Reiches darf nichts anderes sein, wie die die Thätigkeit des Volkes und seiner Organe zusammenfassende Zentralstelle und muß vollständig unabhängig sein von einer unnatürlichen, nicht aus dem Bedürfnisse des Volkes gerechtfertigten Einwirkung des Kaisers oder der deutschen Fürsten oder der Beamten.

Die im Heere geschaffene Organisation bietet auch hier treffliche Vorbilder und zeigt, wie sorgfältig und selbständig

ein tüchtiger Heerführer den Vorpostendienst, die Verbindung dieses mit der Hauptheeresmasse, die Bewegung der Seitenpatrouillen, den Rekognoszierungsdienst überwachen muß und wie er überall den Gliedern des Heeres seine Aufmerksamkeit widmen muß; wie er stets wissen muß, wo und wie die einzelnen Truppenteile sich befinden, wenn er über sie im entscheidenden Augenblicke verfügen will. Die deutsche Heeresleitung vertieft sich immer mehr in die Pflege und Ausbildung der Individuen und bemüht sich unausgesetzt, die einzelnen Glieder der großen Armee zu brauchbaren, überall selbst zur Handlung fähigen, willigen und in selbstbewußter Freude am Berufe der Gesamtheit dienenden Soldaten auszubilden.

Wie steht es mit entsprechender Thätigkeit des Reiches auf dem Gebiete der Rechtspflege? Dies zu untersuchen, soll hier unterbleiben. Nur die Bemerkung sei gestattet, in Lippe weiß das höchste Reichsorgan nicht genügend Bescheid und hat es auch keine richtige Auffassung und Kenntnis von der wirklichen Lage der Dinge, von der Stimmung des Volks, von den Bedürfnissen dieses auf dem Gebiete des Rechtslebens, von den sehnlichsten Wünschen vieler im Rechtsleben thätiger und erfahrener Männer und der in den Kreisen der ungebildeten Massen herrschenden Anschauungen über die lippischen Organe der Rechtspflege. Gerade in Lippe hätte auf diesem Gebiete das Reich trefflichste Gelegenheit gehabt und hat sie noch heute, eine mächtig strömende Quelle der Sozialdemokratie in gebührende sorgfältige Pflege zu nehmen. Der Mangel jeglicher Thätigkeit auf diesem Gebiete während der langen Dauer des Bestehens des Reiches führt zu dem Schlusse, daß eine Zentralisation im Sinne der Volksthätigkeit und nicht nach dem Systeme von Beamten erfolgen muß.

Wohin wir blicken, lippische Beamte sind nicht gesucht, nicht außerhalb und auch nicht innerhalb Lippe's. Keine der sämtlichen Bürgermeisterstellen ist von lippischen Verwaltungsbeamten besetzt. Die städtischen Wahlkörper haben wiederholt in anderen Staaten gescheiterte Juristen — sogar Salzuflen einen dreimal durch das preußische Richter-Examen gefallenen Künstler — zu Bürgermeistern gewählt.

Die städtischen Verwaltungen haben oft ein großartiges Feld der Thätigkeit für junge Beamte geboten und hätten diese hierin vielfach Ruhm und Ehre ernten können. Die Selbstverwaltung ist unter der Aufsicht reaktionärer Regierungsbeamte vielfach verkümmert und hat oft zu trostlosen Zuständen

geführt. Seltsamer Weise leisteten daneben und unter denselben Gesetzen einzelne Städte Ausgezeichnetes und entfalteten eine durchaus gesunde, normale Thätigkeit. Statt die Ursachen dieser Gegensätze in eigener Thätigkeit zu suchen, verfielen Regierungsbeamte auf die befremdliche Idee, die Selbstverwaltung tauge nicht, die Städte hätten zu weitgehende Machtbefugnisse und wollten selbst entscheiden. Ein solcher Mangel an Kenntnis der lippischen Zustände ist recht bedauerlich und führte zu einem schlimmen Gegensatze zwischen den Regierungs- und städtischen Beamten. Jene sind in der städtischen Verwaltung mit verschwindend geringer Ausnahme nicht praktisch thätig gewesen und scheinen auch prinzipiell eine Ausbildung der jungen Juristen in den städtischen Behörden nicht zu wünschen. Sie wollen die Erziehung selbst und allein besorgen. Jede Frau lobt ihre Butter und so hält auch die lippische Regierung ihre Auffassung und ihre Schule für die beste und bewahrt den Nachwuchs der Verwaltungsbeamten vor dem oft frischen Winde der städtischen Verwaltungen. Die städtischen Verwaltungsstellen bleiben das Ziel der Examen-Scheuen. Die Idee, hier Sommerfrischen oder Heimathäuser für solche Existenzen zu gründen, hat Anklang gefunden. Vielleicht üben gerade diese Zustände auch nach anderer Richtung eine gewisse Anziehung und so kommen vielleicht mit der Zeit noch mehr Examen-Scheue oder durch ein Examen gefallene Juristen hierher. Jetzt steht diese Spezies hier auf der Höhe und erfreut sich besonderer Pflege. Als jüngst ein sehr beschäftigter liberaler Rechtsanwalt sich in Lippe nicht zu erlangende Hülfe aus Preußen verschaffen wollte, wurde die Rücksicht auf die jungen Juristen als Ablehnungsgrund geltend gemacht. Auch der Einwand, der Staatsminister selbst habe nicht die beste Stelle den Herren in Lippe vor der Nase wegnehmen wollen, blieb ohne Erfolg. Der liberale Rechtsanwalt kann sich die von ihm für notwendig erachtete Hülfe nicht verschaffen und ist durch lippische Politik in seiner Freiheit beschränkt.

Die lippische Staatsregierung, besonders die jetzige, mit dem jüngst ins Land gekommenen Graf-Regenten und dem früher in der preußischen Landrats-Karriere thätig gewesenen Staatsminister, hatte weder nach der bisher beobachteten Praxis, da gerade vorher 3 Nichtlipper zur Advokatur zugelassen waren, noch vom Standpunkte der Bedürfnisfrage aus Veranlassung, den Betrieb der Advokatur eines im öffent-

lichen Leben ſehr thätigen Rechtsanwalts unnatürlich einzuſchränken und ihm die Konkurrenz mit Kollegen ſchwer zu machen. Auf vielen Gebieten iſt ſolche ihm überhaupt unmöglich.

Dem Rechtsanwalt der fürſtlichen und gräflichen Familie, der Staatsregierung, der Rentkammer, der Forſtdirektion, des Konſiſtoriums und ſämtlicher öffentlicher Behörden war es ſtets möglich, ſich mit juriſtiſchen Hülfsarbeitern zu umgeben und ſich vertreten zu laſſen, wie es ihm beliebte. Sämtliche Beamte arbeiten ihm in die Hände und die Konkurrenz mit ihm iſt ſo ſchwierig, daß es in Lippe heißt, die Advokatur iſt preußiſch, nur nicht das Verfahren der Behörden.

Selbſtverſtändlich wenden ſich Beſchwerdeführer mehr an den Führer der Oppoſition, wie an den Vertreter der Behörden und iſt die Zahl der Beſchwerden außerordentlich groß. Nun ſagt jener liberale Rechtsanwalt, für mich liegt ein Bedürfnis vor, wenn ich meine öffentliche Thätigkeit beibehalten will, mich in der Advokatur zu entlaſten und die eigene Partei und ein ganz erheblicher Teil faſt aller Parteien wünſcht, daß ich meine öffentlichen Aemter beibehalte. Selbſt konſervativſte Männer und entſchiedene politiſche Gegner würden dies beſtätigen. Namentlich jüngere lippiſche Juriſten und beſonders die durch ein Examen gefallenen Herren hielten es für gut, den Staatsminiſter zu belehren, daß jetzt plötzlich ein Bedürfnis der Zuziehung eines fremden Juriſten nicht vorliege. Sie machten, ſo oft ihm Veranlaſſung gegeben iſt, Vertretungen jenes Rechtsanwalts zu beſorgen, Schwierigkeiten. Noch weniger erboten ſie ſich auf erfolgte Bekanntmachung zur Vertretung. Auch in dieſem Falle haben nicht die beſten Kräfte der Lipper entſcheidenden Einfluß geübt und würde, wenn Vertreter aus unabhängigen Kreiſen gefragt wären, eine andere Entſcheidung erfolgt ſein. Auch hat nicht die Logik geſiegt.

Dieſe Bilder der hieſigen Zuſtände ſind charakteriſtiſch. Wer die lippiſchen Juſtizverhältniſſe genauer ſtudieren will, möge die „Lippiſche Poſt“ von 1875 bis 1894 und die Landtagsverhandlungen prüfen.

Die erlaſſenen Reichsgeſetze haben ſich auf dieſem Gebiete nicht bewährt und wegen des Mangels der Zentraliſation der ſämtlichen Kräfte des deutſchen Volkes in der Erledigung der Verwaltung der Juſtiz und der Oberaufſicht zu nicht normalen und in vielen Beziehungen hinter den billigſten Anforderungen zurückbleibenden Zuſtänden geführt. Dies iſt um ſo bedauer-

licher, weil die Macht der Kleinstaaterei hier über den Reichsgedanken gesiegt und zu einer vollständigen Mutlosigkeit der Anhänger dieses geführt hat. Die jüngsten Vorgänge haben namentlich in liberalen Kreisen geradezu vernichtend gewirkt und die Hoffnung auf Besserung so gründlich zerstört, daß hier Schritte auf diesem Gebiete bei Behörden nicht mehr unternommen und höchstens die Richter der öffentlichen Kritik angerufen werden können. Wozu es führen wird, wenn auch dieser Schritt vergeblich sein sollte, werden die zu erwägen haben, welche schließlich die Verantwortung tragen und die sich sagen müssen, ihre Existenz steht auf dem Spiele, wenn nur ganz außerordentliche Maßregeln Aenderung und Besserung erwirken können. Gerade die Rechtspflege ist von allergrößtem Einflusse im Leben der Völker und sagt die Bibel sehr zutreffend: „Gerechtigkeit erhöhet ein Volk.“ Wie steht es nun mit den Erscheinungen im Rechtsleben des lippischen Volkes und besonders mit Rücksicht auf den Thronfolgestreit?

Die Beamten befanden sich oft in verzweifelter Lage und boten ein bemitleidenswertes Los.

Viele lippische Beamte ließen ihre Söhne im preußischen Dienste ausbilden und bekundeten so, wie sie über den lippischen Staatsdienst dachten. Die den lippischen Fürsten vielfach durch Abkommandierung von preußischen Beamten geleistete Hülfe hat sicherlich dem lippischen Volke nicht genutzt, auch den Frieden im deutschen Reiche nicht gefördert und noch weniger das Ansehen der Monarchie im allgemeinen gehoben.

Wie tüchtig und brauchbar das lippische Volk 1866 war, haben die lippischen Soldaten und ihre Offiziere in herrlichster Weise bewiesen. Ueberall haben sie sich ausgezeichnet und ihren Patriotismus bekundet, der sicherlich in keinem deutschen Bundesstaate kräftiger und in einer für das deutsche Reich glühenderen Gestalt hervorgetreten ist. 1870 traten aus allen Kreisen der Bevölkerung und namentlich aus dem Kreise der Juristen, nach alten lippischem Gesetze vom Militärdienste befreite Jünglinge und Männer als Kriegsfreiwillige in das große deutsche Heer und haben sich hier große Anerkennung erworben. Die Bravour der Lipper in allen Lagen des harten und anstrengenden Felddienstes ist von Offizieren aller Grade einmütig anerkannt und oft außerordentlich rühmend hervorgehoben.

Aus dem lippischen Bataillon sind seit 1867 Offiziere in die höchsten Stellungen aufgerückt und es ist interessant,

gerade das Verzeichnis der urſprünglichen lippiſchen Offiziere und ihrer im deutſchen Heere erlangten Stellungen mit gleichſtehenden preußiſchen Bataillonen zu vergleichen. Sicherlich ſtehen die Lipper nicht zurück.

Bei den großen Schwierigkeiten, die die urſprünglich lippiſchen Offiziere zu überwinden hatten, bei dem Mangel an Verbindungen, bei ihrem verhältnismäßig geringen Vermögen ſind die von ihnen erreichten Auszeichnungen, Orden, Erheben von 2 Offizieren in den Adelſtand, mehrere Generalsſtellungen in höchſtem Grade der Bewunderung würdig. Viele frühere lippiſche Offiziere können ſogar preußiſchen Offizieren als Vorbild dienen.

Während früher der lippiſche Offizier gerade von den lippiſchen Beamten nicht beneidet wurde, weiſen dieſe umgekehrt jetzt oft auf das glänzende Los ihrer Altersgenoſſen beim Militär hin und wie frei, unabhängig, ſelbſtändig, finanziell gut ſtehen dieſe überhaupt und namentlich nach der Penſionierung da.

Mehrere der Väter von lippiſchen Offizieren gehörten dem Subalternbeamten- oder Volksſchullehrerſtande an, oder waren Landwirte, hatten große Familie oder doch nur ganz geringe Mittel. Manche Großeltern der qu. Offiziere waren ganz ſchlichte Arbeiter oder ganz kleine Handwerker. Das große deutſche Heer hat den Beweis geliefert, daß es beſte Kräfte gerade in Lippe aus dem Volke entnommen und Großes mit dieſen erreicht hat. Der hohe und niedere Adel und die höheren Beamtenſöhne Lippes haben bis jetzt ähnliche Stellungen im deutſchen Heere nicht erlangt und ſich nicht annähernd ſo ausgezeichnet, wie die früheren Lipper Offiziere. Gerade das lippiſche Volk in ſeinen mittleren und unteren Volksklaſſen hat Veranlaſſung, ſtolz auf ſeine Söhne zu ſein.

So zeigt Lippe vielfach, wie notwendig eine engſte Verbindung zwiſchen der Reichsregierung und ſeinen Gliedern iſt und wie eine ununterbrochene Ausnutzung aller Kräfte, eine alle Kreiſe des Volkes durchdringende, im Volke ſelbſt fußende Teilnahme an der öffentlichen Thätigkeit erforderlich iſt und wie höchſt mangelhaft dagegen die jetzigen Einrichtungen ſind. Gerechtes, offenes Bekennen dieſer Urſachen der im deutſchen Vaterlande herrſchenden und beſonders die Arbeitermaſſen immer mehr aufregenden Unzufriedenheit wird mehr nutzen, wie irgend eine Maßregel der heutigen Sozial-Politiker. Dieſe verkennen namentlich, daß die immer mehr zunehmende Leiſtungsfähigkeit

des Volkes und Bildung der Massen eine vollständig veränderte Situation geschaffen haben. Unvereinbar mit dieser sind namentlich die einzelnen Volksklassen gewährten Sonderrechte und besonders das künstliche Zusammenhalten des Grundbesitzes.

Die deutsche Sozialdemokratie ist ihrer Entstehung nach hauptsächlich zurückzuführen auf Mißbrauch der Fürstengewalt, auf unnatürliche und unberechtigte Ausnutzung der Güter deutscher Länder im Interesse deutscher Fürstenfamilien, auf die Unterdrückung der Ausnutzung der Kräfte der Natur und der Erde, auf Bann- und Zwangsrechte, auf Regalien zur Füllung der Säckel deutscher Fürsten, auf Aneignung wichtiger den sich stets vermehrenden Volksstämmen zur Ansiedelung unentbehrlicher Kammer- und Domanial-Güter, auf den unnatürlichen Zug der nach Selbständigkeit und Unabhängigkeit lechzenden Ueberschüsse der einzelnen Kreise in die Massengräber der Großstädte.

Die deutsche Sozialdemokratie hat in Lippe keine Heimat gefunden, trotz aller ihr in die Arme arbeitenden Staatskünstler und trotzdem in Lippe seit unvordenklichen Zeiten ungesundeste Zustände mit höchster Kunst gepflegt und gehegt sind, trotzdem das National-Vermögen verschleudert ist, trotzdem die jämmerlichste Unfähigkeit in der Ausnutzung der großen Kammergüter überall klar und unverkennbar hervorgetreten und ohne Erbarmen und Rücksicht in puris naturalibus vorgezeigt ist. Die Lehren der Sozialdemokratie fanden bis jetzt in Lippe keine dauernde Stätte und sind unvereinbar mit dem lippischen Volkscharakter. Der Arbeiter auf eigener Scholle ist der natürliche Feind der heimatlosen Sozialdemokratie der Großstädte. Er besitzt, wenn auch nur in beschränktem Maße, das, was jeder echte deutsche Mann erstrebt, einen Sitz, auf dem er seine Familie geborgen weiß, auf dem er Herr ist, auf dem sein Arbeitgeber nichts zu sagen hat, auf dem er in schlechten Zeiten ein liebevolles Unterkommen hat. Die Sozialdemokratie hat in denjenigen Menschen, welche das natürliche, dem Germanen ureigene Streben nach Unabhängigkeit und Selbständigkeit nicht befriedigen können und vor allen Dingen in den nach Ruhe sehnsüchtigen zahllosen Heimatlosen, in den in allen Teilen Deutschlands umhergejagten Massen der Arbeiter ihre größten Reservetruppen und eine immer wachsende und ihre Reihen ergänzende Macht, so lange immer wieder von neuem die Ueberschüsse der Bevölkerung fort von der

heimatlichen Scholle ziehen müſſen und nicht eine überall dauernd ſeßhafte Bevölkerung herangezogen iſt.

Wenn in Lippe auch deutlich von den ſervilſten Fürſtendienern gezeigt iſt, was im Intereſſe der Volkswohlfahrt nicht ausgeführt werden darf, ſo hat das lippiſche Volk bewieſen, was ihm dient, was es liebt und was zu wahrer Pflege des Gedeihens der Familie notwendig iſt.

Hätten die verſchiedenen aus Preußen nach Lippe gekommenen Politiker, Staatsmänner und vor allen Dingen Se. Durchlaucht der Prinz Adolf den Volkscharakter der Lipper voll erfaßt, ihm Rechnung getragen, den Anſchluß an Preußen in den Eiſenbahnfragen, beſonders in der Juſtizverwaltung und überall da geſucht, wo dieſer im Intereſſe des Reichs und der Bundesſtaaten notwendig oder unvermeidlich erſcheint, ſo würde ihr Geſchick vorausſichtlich ein ganz anderes geweſen ſein und das Reich und Lippe würden aus der Pflege nationaler Güter den größten Vorteil gezogen haben. Fraglich iſt es, ob der Graf-Regent im Falle anderer Staatsleitung unter der früheren Regentſchaft überhaupt im ſtande geweſen wäre, den Widerſtand der mächtigen Partei zu überwinden, der ein enger Anſchluß an Preußen und eine Beſeitigung der Auswüchſe der Kleinſtaaterei ein ſehnſüchtiges Ziel war.

Die Führer der Oppoſition gegen den Prinz-Regenten waren zeitweiſe in recht ſchwieriger Lage und wurden ſelbſt von ihren eigenen Anhängern ſchwer bedrängt, weil die Anſicht ſich vielfach geltend machte, es ſei möglich, die Monarchie überhaupt abzuſchaffen, oder aus der Sachlage Vorteile für die Bevölkerung zu ziehen.

Wenn das Recht trotzdem ſiegte und die monarchiſche Rechtsordnung beſtehen blieb, ſo iſt das nicht auf Rechnung deutſcher Fürſten und Beamten zu ſchreiben, ſondern iſt lediglich das Verdienſt des Volkes.

Auch die als Hüter und Schützer von Altar, Thron und Herd ſich ſeit Alters her aufdrängenden Konſervativen, Orthodoxen und Nationalliberalen Lippes hielten in dem Kampfe nicht Stand an der Seite der wirklich erbberechtigten Thronerben, ſie wichen der Macht und dem dumpfen Geräuſche der Bajonette. Sie bewieſen, daß die hiſtoriſche Annahme deutſcher Fürſten, die ſogenannten Konſervativen ſtänden ihnen am nächſten, vollſtändig trügeriſch iſt und daß ein Fürſt

durchaus keinen Unterschied zwischen den Staatsangehörigen machen darf, wenn er gerecht und klug sein will.

Die vorherrschende konservative Strömung deutscher Regierungen hat deshalb durchaus keine innere Berechtigung.

In Lippe hätte wenigstens Herr von Oertzen durch eine vollständig gleichmäßige Behandlung aller Parteien bessere Erfolge erzielen können, wie durch seine in seiner bekannten Prophezeihung gipfelnden Stellungnahme zu den Liberalen.

Der Herr versuchte diese zunächst zu übersehen und bekämpfte sie dann, trotzdem ihm bekannt sein mußte, daß die Konservativen einen schon sieben Mal als Reichstags-Kandidaten durchgefallenen Führer hatten. Auch zum achten Male ist dieser sogar im Sommer 1898 durchgefallen. Trotzdem behandelte der Herr v. Oertzen den Führer der Konservativen als Träger des Vertrauens des Volkes.

Die Ursachen der immer stärker zunehmenden Mißstimmung, Unzufriedenheit, Zerfahrenheit sind leicht zu erkennen.

Die Vorgänge in Frankreich, im Dreyfus- und Zola-Prozesse, die ungewöhnliche Zunahme der Sozialdemokraten und Anarchisten und die Mordthaten dieser führen unwillkürlich zu der Ueberzeugung, daß dem Rechtsgefühle des Volkes eine ganz bedeutende Rolle in jeder Staatsleitung gebührt und daß die Verletzung derselben zu schweren Gefahren führt.

In den Kreisen der französischen Machthaber zeigte sich in den erwähnten Prozessen eine vollständig falsche Auffassung des Rechts und eine noch stärkere unberechtigte Rücksichtnahme auf persönliche Wünsche, Neigungen und Ansichten. Die Gewalt der Machthaber und ihr Einfluß auf die öffentliche Meinung war so außerordentlich stark, daß ganz Frankreich davon in ganz hervorragender Weise beherrscht wurde und es wiederholt den Eindruck machte, die Stimmen des Gewissens des französischen Volkes würden einer unmoralischen Haltung einiger Generäle und Staatsmänner unterliegen. Die unnatürliche Zentralisation des französischen Volkslebens in der Metropole und in den Stimmführern dieser machte sich in widerwärtigster Weise breit.

Jene großen politischen Prozesse schlossen mit einer vollständigen Niederlage der Vertreter der Rechtsordnung vor den gefährlichsten Feinden des französischen Volkes und schwebte dieses beständig am Rande des Staatsbankerottes. Schließlich rafften sich zwar einige Männer zu energischer That auf und riefen das öffentliche Gewissen wach, aber die Erscheinung des

franzöſiſchen Volkes blieb eine traurige und geknickte. Die unabhängigen Franzoſen verkannten die Sachlage nicht und teilten durchaus nicht die Anſichten der Pariſer Wortführer, aber die Mehrzahl von ihnen ſchreckte zurück vor der Macht der Gewalthaber. Dieſe fanden nicht den in kleinen Zentren des Volkslebens ſich ſammelnden Widerſtand der unabhängigen, aber ſchwächeren Staatsbürger.

Immermehr iſt im Laufe der Jahrhunderte und beſonders unter den Napoleoniden die Zentraliſation aller Staatsgewalt in Paris und in deſſen jeweiligen Herrſchern zum Ausdruck gelangt.

Wäre nicht aus der Bevölkerung ein ſchließlich immer ſtärker werdendes Verlangen nach der Reviſion des Dreyfus-Prozeſſes hervorgetreten, ſo würde dieſe nicht erfolgt ſein, trotzdem den Machthabern im Staate die große Gefahr einer ſolchen Unterlaſſung klar und unverkennbar war. Selten iſt die wohlthätige Wirkung der Kraft des Gewiſſens eines Volkes ſchärfer hervorgetreten, wie in den jüngſten Akten der franzöſiſchen Geſchichte, und drängt ſich unwillkürlich die Anſicht auf, menſchliche Schwächen treten in dem Kreiſe der Machthaber der Völker mit derſelben Kraft hervor, wie im Volke ſelbſt. Die Gefahren ſolcher Erſcheinungen können nur beſeitigt werden, wenn in allen Kreiſen der Bevölkerung das Bewußtſein des Rechtes und der Pflicht der Mitwirkung in der Volkswohlfahrtspflege ungeſchwächt zur Geltung gelangen kann und wenn auch der ſchwächſte Staatsbürger im ſtande iſt, dem Mißbrauche der Staatsgewalt mit Erfolg entgegenzutreten, wenn die alle Kreiſe des Volkes beherrſchende Ueberzeugung und Rechtsauffaſſung ſtärker iſt, wie jede andere Macht im Staate, wenn überall beſonders die perſönlichen Wünſche und Neigungen hinter den Geboten der Volkswohlfahrtspflege zurücktreten müſſen.

Das geiſtige Leben des franzöſiſchen Volkes gipfelt in der Hauptſtadt, alle Fäden des Staatslebens laufen dort zuſammen, die Bedeutung der Provinzial-Hauptſtädte und anderer geiſtiger und materieller Zentren des Volkslebens iſt immer mehr gegen Paris zurückgetreten und die Selbſtändigkeit und Unabhängigkeit der Staatsbürger haben nicht den Rückhalt in Stützen, wie ſolche in Deutſchland noch zahlreich vorhanden ſind. Der Kaiſer Louis Napoleon brachte dieſe Strömung immer ſtärker in Fluß und ſuchte ganz Frankreich von ſich abhängig zu machen. In blindem Verkommen der Bedeutung der Selbſt-

verwaltung der Provinzen, Städte und Gemeinden war immer mehr die Herrschsucht der Präfekten, Beamten und Kreaturen des Hofes in den Besitz der Macht gelangt und erzog Napoleon in den Pariser Politikern seine Todfeinde. Er selbst hatte nicht begriffen, daß gerade der Monarch eines großen Staates seine natürliche Stütze gegen die Wortführer des Volkes in leidenschaftlich erregten Zeiten in den großen Massen der ländlichen Bevölkerung und in den kleineren Städten suchen muß. Die Interessen dieser sind gerade in Zeiten der Gährung eines Volkes ganz wichtige Faktoren und ist ihr Einfluß je nach der Pflege, die ihm zu Teil geworden, von ausschlaggebender Bedeutung. Napoleon hatte seiner selbst willen die französische Staatsleitung centralisiert und damit auch die Liebe und Achtung des Volkes verloren.

Seit 1870 hat man zwar einen Wandel insofern geschaffen, als der Präsident der Republik gewählt werden muß, aber die Folgen der unnatürlichen Zentralisation dauern um so stärker fort, je mehr das ursprüngliche gute Zusammenfassen der französischen Volkskräfte in der Staatsgewalt dem Bedürfnisse des Volkes entspricht und dieses sich daran gewöhnt hat, die im Interesse der Volkswohlfahrtspflege notwendigen Handlungen nicht selbst auszuführen, sondern der Staatsregierung zu überlassen und von dieser zu erwarten. Mehrere französische Gewalthaber dieses Jahrhunderts, besonders Napoleon I., haben durch Anlage von Chausseen, Kanälen, Ent- und Bewässerungs-Einrichtungen, durch Zerstörung mittelalterlicher Institute und Erbgesetze, durch Erlaß eines für alle Franzosen gleichen Rechts, durch Hebung der Schifffahrt, des Handels, der Gewerbe usw. die Wohlthaten kräftiger einheitlicher Staatsleitung in das beste Licht zu setzen verstanden und dadurch wesentlich mit dazu beigetragen, daß die französische Industrie viel früher wie die deutsche zur Entfaltung der Volkskräfte, zu bedeutender Kapital-Bildung und zum Hervortreten auf dem Weltmarkte gelangte und daß der Wohlstand des französischen Volkes ein durchgehends größerer, gleichmäßigerer, mehr über alle Provinzen verteilter und mehr auf den Grundbesitz sich stützender ist, wie in Deutschland. Wer die Bedeutung der Verkehrsadern für die Volksentwickelung berücksichtigt und Frankreich und Deutschland miteinander auf diesen Gebieten vergleicht, wird die Ursachen der von ihnen festzustellenden Ursachen leicht auffinden und zu der Ueberzeugung kommen, daß Zustände, wie sie oben und besonders

in den oben erwähnten Broschüren, namentlich in der „Lage der Eisenbahnverhältnisse in Lippe usw." beschrieben sind, in Frankreich nicht möglich sind und daß die Wirkungen der im Interesse der Gesamtheit gebotenen Zentralisation überall hervortreten. „R. von Kaufmann, Die Eisenbahnpolitik Frankreichs, Stuttgart, J. G. Kotta's Nachfolger, 1896" zeigt, wie die französischen Politiker systematisch die Ausstattung des ganzen Landes mit Eisenbahnen mit Hülfe der Privatunternehmungen gefördert haben und wie weit der Staat hierzu Opfer bringt. Die deutschen Eisenbahn-Politiker betrachten die Eisenbahn als Einnahmequelle und unterdrücken die Schwachen.

Frankreichs Zentralisation, so mangelhaft sie immerhin ist, läßt solche Kämpfe der Gesamtheit oder einzelner Provinzen oder Behörden gegen das einzelne Glied nicht zu, wie sie Preußen gegen Lippe führt. Der deutsche selbstmörderische Kampf der Reichsglieder untereinander kostet mehr, wie der französische Krieg gekostet, und fordern die deutschen Junker immer neue Opfer. Sie leben eben vom Kampfe.

Die französischen landwirtschaftlichen Kleinbetriebe haben den Wohlstand Frankreichs begründet und sind die die Volksvermehrung erhaltenden Elemente. Ohne dies wären Paris und Frankreichs größeren Städte längst entvölkert. Diese sind die Massengräber der Franzosen. Nach den vom französischen Ackerbau-Minister auf der Pariser Welt-Ausstellung 1878 ausgestellten Karten ist der französische Grundbesitz folgendermaßen verteilt:

Größe der Güter	Zahl der Güter	
Unter 5 ha	1,700,839	75,6 % des gesamten Grundbes.
Von 5—10 „	599,544	
„ 10—20 „	355,370	19,1 % „ „ „
„ 20—40 „	268,717	
Ueber 40 „	151,296	5,3 % „ „ „

Die Zahl der auf ihrer Scholle sitzenden Besitzer beträgt 1,728,720, davon wirtschaften 1,672,396 selbst und 56,324 mit Hülfe eines Verwalters oder Großknechts.

Wie steht es dagegen in Deutschland?

Das Erbrecht der Lehn- und Stammgüter, der gemeinrechtlichen Familienfideikommisse und das ältere bäuerliche Anerbenrecht begründen Sonderrechte der für das Staatswohl heute allerschlechtesten Art und bilden ein Hindernis der Ent-

wickelung der deutschen Volkskräfte, wie es schlimmer nicht erfunden werden könnte. Die wichtigsten Grundgüter befinden sich in gebundenem Besitze. Das Sonderrecht einzelner Personen jagt jährlich unzählbare Scharen in die Reihen der Besitzlosen und vermehrt der Grundbesitzerstand die Scharen der Sozialdemokraten viel stärker als der Bürgerstand. Deutschlands Grundbesitz ist sehr verschieden verteilt und sind deshalb die Wirkungen der bestehenden Erbgesetze auch sehr von einander abweichende. Die Sonderrechte einzelner Personen fanden früher in den Wehrverhältnissen, in den wirtschaftlichen Zuständen, in den Anschauungen des Volkes eine gewisse Berechtigung. Im Laufe der Zeit ist mit dem Wandel auf allen Gebieten des Volkslebens diese Grundlage jener Gesetze der Hauptsache nach auch gefallen. Bis zum Anfange dieses Jahrhunderts saßen in Stadt und Land meistens neun Zehntel der Bevölkerung auf eigener Scholle und trugen diese ganz allein die Staats-, Gemeinde-, Schul- und Kirchenlasten. Selbstverständlich war solche Bevölkerung von anderer Auffassung beherrscht wie die heutige zahlreiche Masse der Besitzlosen. Diese stellen heute die Hauptmassen des Heeres, tragen die Hauptlast der Reichssteuern, sind die unentbehrlichen Arbeiter auf allen Gebieten der Vermehrung des National-Vermögens und verstehen nicht, wenn heute ihnen unausgesetzt neue Konkurrenten aus allen Teilen Deutschlands vom Grundbesitze zugejagt werden, auf dem statt einiger Junker oder Pächter der gesamte Ueberschuß der Bevölkerung Deutschlands eine behagliche, gesunde, reichlich ernährende Heimstätte finden könnte. Der Großgrundbesitzer verlangt unausgesetzt Reichs- und Staatshülfe und gleicht einem Greise, der sich nicht zu helfen weiß. Ueberall zeigt der große Grundbesitz Spuren längst verklungener Zeiten.

Settegast in „Landwirtschaft und ihr Betrieb“ führt S. 150 an:

„Die Zahl der kleinen Besitzungen innerhalb der verschiedenen Provinzen des preußischen Staates giebt z. B. einen ziemlich genauen Maßstab für deren landwirtschaftliche Kulturstufe. So finden wir in den Provinzen Preußen, Pommern und Posen, welche in der Bodenkultur am wenigsten vorgeschritten sind, nur 67—76 kleine Landbesitzungen unter 30 Neumorgen und 114—154 mit Landwirtschaft beschäftigte Grundeigentümer auf der Quadratmeile, während auf derselben Fläche in Westfalen 383, in Rheinland 488 Grundeigentümer

wirtſchaften und 406 resp. 1123 kleine Landbeſitzungen auftreten. Um wie viel die letztgenannten Provinzen bezüglich der landwirtſchaftlichen Kultur die erſteren überragen, iſt bekannt."

Die oben aufgezählten Broſchüren führen zahlloſe Mißſtände in der Ausnutzung des Grund und Bodens in den Erbgeſetzen vor und beſchäftigt ſich die Broſchüre „Die Bedeutung des Grund und Bodens für den uſw." mit der Frage bezüglich der Stellung der geſetzgebenden Faktoren auf dieſen Gebieten und der Urſache der immer ſtärker werdenden Unzufriedenheit. Letztere findet in der Sozialdemokratie überall den ſtärkſten Ausdruck und iſt das Bekennen zur Sozialdemokratie oft nur der Ausdruck der kraſſeſten Unzufriedenheit, des Gefühls der Ungerechtigkeit der vorhandenen Zuſtände, des Mangels an Kraft und Einſicht, die eigene Lage zu verbeſſern. Die Sozialdemokratie Deutſchlands iſt an ſich kein Beweis für die Schwäche des Volkes, nein, ſie liefert den ſchlagendſten Gegenbeweis. Die in allen Teilen Deutſchlands hervortretenden Uebelſtände werden vom Volke nicht mit derſelben Apathie und Energieloſigkeit hingenommen, wie in abſterbenden Völkern dies zu geſchehen pflegt, wo die Staatsleitung alle Kraft an ſich geriſſen hat und jede natürliche Neigung des Volkes unterdrückt. Deutſche Männer und Charaktere reißen ſich los von ſchlechter, unwirtſchaftlicher Scholle und führen ein Leben, wie es oft anderwärts und auch in den Aufſätzen „Ackerbau und Induſtrie", „Erbrecht bei Grundgütern" uſw. geſchildert iſt. In der Sozialdemokratie wird die aus allen Gauen Deutſchlands mit elementarer Kraft hervorbrechende Unzufriedenheit des Volkes zuſammengefaßt, die ſozialiſtiſchen Führer verſuchen, dieſe Kräfte an ſich zu feſſeln und zu organiſieren. Die gährende, von der Sehnſucht nach Verbeſſerung der Lage beherrſchte, grundverſchiedene, ſich gegenſeitig vielfach abſtoßende, teils wilde, teils ſchroffe, oft leidenſchaftlich erregte, oft dumpf und ſtumpf hinbrütende, ſich gegenſeitig ſtets aufregende, nie beruhigende Maſſe greift nach jedem Klange der Verheißung und kann nicht erkennen und beurteilen, wohin dieſe führt. Je ſtärker die ſchnell raſend wachſende ſozialiſtiſche Strömung zunimmt und ihre Wirkungen hervortreten, je mehr wird es darauf ankommen, daß die Führung der Sozialdemokratie eine ideale, tüchtige, dem deutſchen Volkscharakter entſprechende und der Volkswohlfahrt ausſchließlich dienende wird und daß dieſe erkennt, woher die wahren Urſachen der Unzufriedenheit kommen

und wie die Quellen zu verstopfen sind. Der Strom läßt sich schwer oder gar nicht leiten und lenken, die Quellen sind ein Spielzeug für starke Kräfte und werden von Weisen zum Segen ihrer Entstehungsgebiete ausgenutzt.

In den kleinsten und kleinen Kreisen des Volkes muß der Heilungsversuch begonnen werden.

Verschiedene Vorgänge während der Herstellung dieser Broschüre veranlassen folgenden Nachtrag:

Die Lage wird eine immer ungemütlichere und unbehaglichere. Schroffer und schroffer treten die persönlichen Gegensätze hervor. Im Bundesrate soll der Gebrauch des Titels Erlaucht und den Offizieren der Garnison Detmold der militärische Gruß, die Annahme und das Tragen lippischer Orden oder Denkmünzen usw. verboten sein. Lippische Staatsdiener als Reserve-Offiziere dürfen nicht so grüßen, wie es ihnen Sitte und Gebrauch vorschreibt!!

Das Tragen lippischer Orden ist lippischen Soldaten oder Offizieren nur in Zivilkleidern gestattet, in Uniform machen sie sich einer schweren strafbaren Handlung schuldig, wenn sie ihre Brust mit den verbotenen lippischen Zeichen zu schmücken vermeinen. In anderen Bundesstaaten nehmen die Offiziere gern Orden und Ehrenzeichen von den Bundesfürsten an und bekunden ihre Freude auch darüber, wenn ihnen unterstellte Soldaten das Recht, einen kleinstaatlichen Orden zu tragen, erworben haben!

Auch in der Eisenbahn-Verwaltung sind den in Lippe angestellten, vom Graf-Regenten dekorierten Beamten Schwierigkeiten wegen der Annahme von lippischen Orden gemacht. Ob von Seiten der lippischen Staatsregierung ähnliche Maßnahmen zu befürchten sind, ist noch nicht bekannt geworden. Die lippischen Heißsporne verlangen beschleunigte Verbote des Tragens jeglicher nicht lippischer Orden innerhalb der gelbroten Grenzpfähle.

Prinzipiell muß auch ihrer Ansicht nach der Streit zum Austrage gebracht werden!

Die eigentlichen Hauptfragen erscheinen oft vollständig nebensächlicher Natur.

Die lippischen Strafrichter und der Staatsanwalt arbeiten mit aller Kraft. Der Staatsminister von Miesitscheck ist ganz

ungewöhnlich viel in Straſſachen thätig. Bald bereitet er eine Anklage vor, bald wird er im Vorverfahren, bald im Hauptverfahren als Zeuge vernommen. Am 1. Dezember 1898 erfolgte ſeine Vernehmung in der Unterſuchungsſache gegen den Redakteur Bruder vom Bückeburger Hetzblatte. Lange Zeit hindurch iſt von dieſem an ſich unbedeutenden Redakteur eine Hetze ganz eigener Art getrieben. Die veröffentlichten Artikel bekundeten Arbeiten hieſiger und fremder Geiſteskräfte in ſolchen Stellungen, welche Kenntnis der intimſten Vorgänge des öffentlichen Lebens und der Fürſtenhöfe faſt aller Staaten geſtatteten.

Die gerichtliche Verhandlung hat überall den peinlichſten Eindruck gemacht, weil ſie ganz klar höchſt bedenkliche Zuſtände in der Umgebung des Graf-Regenten offen deckte und weil das Urteil neben dem Ziele weit vorbeigeht. Der Graf-Regent wünſchte nicht, daß die Kaiſer-Depeſche veröffentlicht wurde und doch iſt ſie in die Preſſe gebracht. Wer dies gethan hat, iſt zwar nicht vom Landgerichte feſtgeſtellt, aber ganz unverkennbar für diejenigen, welche wiſſen, wie ſonſt die geheimſten Vorgänge des lippiſchen Hofes und der Staatsleitung in die Oeffentlichkeit kommen.

Wer weiß, daß viele Angelegenheiten der Reife und der Vorbereitung bedürfen und daß, ehe dieſe vorliegt, eine Veröffentlichung darauf bezüglicher Pläne und Gedanken höchſt verderblich wirkt, dem wird das hier beobachtete Verfahren im höchſten Grade befremdlich erſcheinen. Die Hof-, Kammer- und Staatsbeamten-Kamarilla kennt der Regel nach ſämtliche Angelegenheiten des Graf-Regenten und bearbeitet dieſe nach ihrem Ermeſſen. In jüngſter Zeit iſt wiederholt in ganz ſcharf hervortretender Weiſe bekannt geworden, wie dieſe — ihrer Anſicht nach die eigentliche ſogenannte Geſellſchaft bildenden — Elemente wirken. Dieſe ſind namentlich deshalb beſonders gefährlich, weil der Graf-Regent überhaupt wenig im Publikum und faſt gar nicht mit Liberalen verkehrt, der Zutritt zu ihm — beſonders für die Liberalen — mit Schwierigkeiten verbunden iſt und erſichtlich nicht gern gewünſcht wird. Selbſt in Fällen hervortretender Gegenſätze, die im Leben unvermeidlich ſind, wo perſönliche Verhandlung unvermeidlich, ja allein möglich erſcheinen ſollte, wird dieſer Weg nicht gewählt und wird natürlich leicht aus einem kleinen Riſſe ein nicht mehr zu überbrückender Abgrund. Dem Verfaſſer dieſer Broſchüre wurde, ſo lange der Graf-Regent außerhalb des Landes wohnte, oft, ja meiſtens vor den jetzigen Ratgebern, Gelegenheit ge-

geben, seine Ansichten in wichtigen Angelegenheiten dem Graf-Regenten gegenüber auszusprechen. Erst am 22. Oktober 1897, also nach länger als drei Monaten nach dem Einzuge, wurde er zu einer Audienz eingeladen und in so überraschender Weise mit Vorwürfen und Urteilen der Kamarilla überschüttet, daß er sich ganz energisch dagegen verwahren mußte. Am 27. Oktober 1897 wurden die Vorwürfe und Verletzungen der Hauptsache nach zwar zurückgenommen, aber die Wirkungen blieben. Andere liberale Parteiführer sind viel später zur Audienz zugelassen.

Die Maulwurfsarbeit hat gewirkt, das frühere Verhältnis des Graf-Regenten zur liberalen Bevölkerung ist zerstört und das Vertrauen ist erschüttert. Früher bekundete der Graf-Regent, wo sich nur Gelegenheit bot, daß er unbedingtes Vertrauen in die Gerechtigkeitsliebe des Verfassers dieser Schrift und die liberalen Parteiführer hatte, jetzt wird jener von der Kamarilla als ein höchst ungerechter, verbissener Feind des Graf-Regenten in gemeinster Art verläumdet. Das ist die selbstgewählte Aufgabe der Kamarilla, sie zahlt nach einem deutschen Sprüchworte jedem treuen Biesterfelder Dank.

Die Bückeburger Hetzer sprechen vom Danke des „Hauses Biesterfeld", freuen sich an dem Kampfe und schüren, wo sich nur Gelegenheit bietet.

So hat die Kamarilla es stets getrieben und so wird es stets gehen, so lange wie bisher beliebt verfahren wird.

Die lippischen Strafrichter können nicht helfen und wird einigen der Hauptführer unter ihnen die Aufgabe, in solchen Fällen zu urteilen, nach verschiedenen Richtungen sehr schwer werden. Diese Richter stehen gleichfalls in dem entfesselten Kampfe aller gegen alle und gehören einige von ihnen sogar zu den Führern der Bückeburger.

Fast täglich wird eine neue mit der Erbfolgestreitsache entfernt zusammenhängende Klatscherei über irgend einen Biesterfelder oder Bückeburger verbreitet und um Hülfe des Strafrichters gebeten. Die erbitterten Gegner finden immer neue Stoffe zum Streiten und erkennen diejenigen, auf deren Kosten ausschließlich gekämpft wird, nicht, wie viele Menschen größtes Interesse daran haben, die Aufmerksamkeit des Publikums von sich ab auf solche Skandalgeschichten zu lenken.

Viele treue Biesterfelder haben wiederholt gebeten, die öffentliche Aufmerksamkeit auf Reformen zu lenken, in öffent-

lichen Dingen, im Gebiete der Rentkammer und überall da, wo Verbesserungen notwendig sind.

Zahllose Gelegenheiten liegen hierzu vor und würde der Jubel über energisches, frisches, gesundes Schaffen das Gekläffe aller den Mond anbellenden Möpse übertönen, statt daß jetzt Bulldoggen ähnliche Hetzer diejenigen suchen, welche sie zerfleischen. Unglaubliche, einen Mangel an Treue und Glauben bekundende Vorgänge wiederholen und überbieten sich und machen das Eintreten für die an sich gerechte Biesterfelder Sache unmöglich. Hierzu gehört mehr wie Langmut und Geduld. Die gegenseitigen Beziehungen gebieten gegenseitige Pflichten und Rücksichten und sollte es gerade jetzt unmöglich sein, daß immer wieder neue Beleidigungen und Schmähungen der Freunde ausgeführt werden.

Im Kampfe ums Recht haben gerade die Mitkämpfer den größten Anspruch auf unentwegtes Verharren am Recht, auf ungeschmälerte Anerkennung ihrer Rechtsansprüche und ihrer Ehre, sowie auf liebevollste, treueste Behandlung und auf möglichst weitgehendste Berücksichtigung ihrer Interessen. Gerade die Pflege der eigenen Truppen bekundet so oft die Tüchtigkeit des Feldherrn. Da, wo gegen mittelalterliche Erscheinungen gekämpft wird, und da, wo gerade aus den liberalen Kreisen des Volkes die besten Hülfstruppen zugezogen sind, da, wo die Liberalen nach einer Erklärung der Konservativen allein die Vertretung der Biesterfelder Sache besorgt haben, da sollten längst überlebte Hofgebräuche und lediglich im Interesse weniger, durchaus nicht als treu bewährter Menschen erfundene Verkehrsregeln nicht unausgesetzt dazu führen, immer tiefer gehende Erbitterung zu erwecken und aus Freunden viel schlimmere Feinde, wie die Bückeburger sind, zu erziehen. Jedermann weiß, daß die neuesten Skandal- und Klatschgeschichten mit raffinierter Bosheit verbreitet und ausgenützt sind, lang gehegter Feindschaft möglichst galligen Ausdruck zu verleihen. Ganz unerklärlich bleibt dabei, daß nicht längst der Weg gefunden ist, solchen nur mit Verletzung von offenbaren Geheimnissen, teils vollständig erfundenen, teils aufgebauschten Klatschereien ein Ziel zu setzen und eine alle Kreise des Volkes in gleicher Weise berücksichtigende Staatsleitung einzuführen. Die Gerechtigkeit erfordert schon, daß neue Fürsten den Ansichten aller Parteien zugänglich sind und daß besonders die Bedürfnisse größerer Massen des Volkes nicht zurückgesetzt werden hinter Vorurteilen einzelner Kreise.

Wer will schließlich das an sich gute Recht der Biesterfelder vertreten? Die große Masse des Volkes gewiß heute viel weniger wie früher, weil sie keine entsprechende Berücksichtigung findet, weil kein erheblicher Wandel und namentlich da keine Veränderung und Verbesserung eingetreten ist, wo solche selbstverständlich erschien.

Die früheren, treuen Biesterfelder Anhänger sind auseinandergesprengt, sind teilweise empfindlich verletzt, weil ihnen nicht einmal das gewährt ist, was sie erwarten konnten, oder weil wie in neuester Zeit sogar ein unbestreitbarer Anspruch streitig gemacht wird. Die Wirkung solcher Vorgänge kann keine Gewalt verhindern, sie bricht sich Bahn und untergräbt die besten Stellungen. Weshalb erfolgt alles? In majorem gloriam bekämpfter Ansichten? oder zur Vermehrung des Ansehens einiger Treulosen?

Die sich vordrängenden Hof-, Kammer- und sonstigen Beamten werden zwar mit ihren Etiketten-, Gesellschafts- und Hofgebräuchen ähnlich wie früher den festgefahrenen Karren zu bewegen versuchen und dabei ihre schlauesten Ellenbogen- und Diplomaten-Systeme glänzen lassen, um den deutschen Michel zum Vorspann zu verwenden. Ob der Lipper sich zu solchen Zwecken benutzen läßt, wird die Zukunft lehren und ebenso, ob er überhaupt jetzt irgend einen Schritt ausführt, ehe er sich davon überzeugt hat, ob dadurch sein ausschließliches Interesse gewahrt wird.

Die in Lage am 27. November 1898 abgehaltene freisinnige Vertrauensmänner-Versammlung bekundete klar und bestimmt, daß das frühere lebhafte Interesse an der Biesterfelder Sache ganz bedeutend zurückgegangen ist; daß das liberale Publikum von dem Streite des Kaisers und Regenten nichts wissen und vor allen Dingen keine Stellung darin nehmen will. Das Publikum verlangt Pflege der öffentlichen arg vernachlässigten Angelegenheiten, eine gründliche, überall bethätigte Volkswohlfahrtspflege und ein Zurücktreten aller diese hemmenden Interessen. Der fast vollständig vom Gebiete der Staatsangelegenheiten abgelenkte, gegen das Interesse der gräflichen Familie geführte und die darin hervortretenden Gegensätze höchst persönlicher Art sind um so unpopulärer, weil die gefährlichsten Intriganten und Feinde des Friedens den Graf-Regenten und den Staatsminister in Opposition zu denjenigen zu bringen verstanden haben, welche bis dahin die Biesterfelder Sache vertreten, ja, wie viele Konservative ein-

räumen, oft ganz allein gehalten und vor vollständigem Niedergange bewahrt haben, und ſich auf das Vertrauen der der großen Maſſe nach liberalen und auch der intelligenten, unabhängigen Kreiſe der Bevölkerung ſtützen. Das Bieſterfelder Recht wird vom Volksbewußtſein getragen, nicht der jetzige Kampf.

Wenn der Graf-Regent auch ſeine Stellung ſelbſt ſchwieriger und unangenehmer gemacht hat, wie ſie ſein könnte, ſo iſt doch nicht das Vertrauen in die Gerechtigkeit ſeiner und ſeiner Familien Erbanſprüche erſchüttert und noch weniger die Neigung gewachſen, die Kleinſtaaterei überhaupt aufzugeben. Gegen die Art der jetzt hier hervortretenden und ſich breit machenden Kleinſtaaterei richtet ſich der Kampf aller unabhängigen Lipper, nicht gegen die Berechtigung der Exiſtenz des Kleinſtaates. Der Gedanke, dieſe in Frage zu ziehen, tritt vor der Furcht einer unnatürlichen Zentraliſation und einem übermächtigen Willen immer mehr zurück. Selten iſt dem Streben nach Zentraliſation mehr und nachteiliger entgegengearbeitet, wie im lippiſchen Streite, trotzdem die Schattenſeiten der Kleinſtaaten in den denkbar ſchärfſten Tönen hervortraten.

Dies auszuſprechen iſt durchaus notwendig, wenn nicht noch mehr, wie ſchon geſchehen, die Gegenſätze vermehrt und eine friedliche Löſung der Wirren möglich bleiben ſoll.

Die Saat der jetzigen Vorgänge und des jetzt geſtreuten Mißtrauens in alle öffentlichen Verhältniſſe wird als Frucht der Sozialdemokratie zufallen und vorausſichtlich werden bald alle Thronfolgeſtreitigkeiten, wenn nicht überall in Deutſchland, ſo doch in Lippe überflüſſig werden, wenn ſo weiter die Monarchie untergraben wird. Spätere deutſche oder lippiſche Thron-Prätendenten würden dann höchſtens noch als Kandidaten ſozialdemokratiſcher Republiken auftreten können.

77 90764

Lippische Landesbibliothek
04375206

